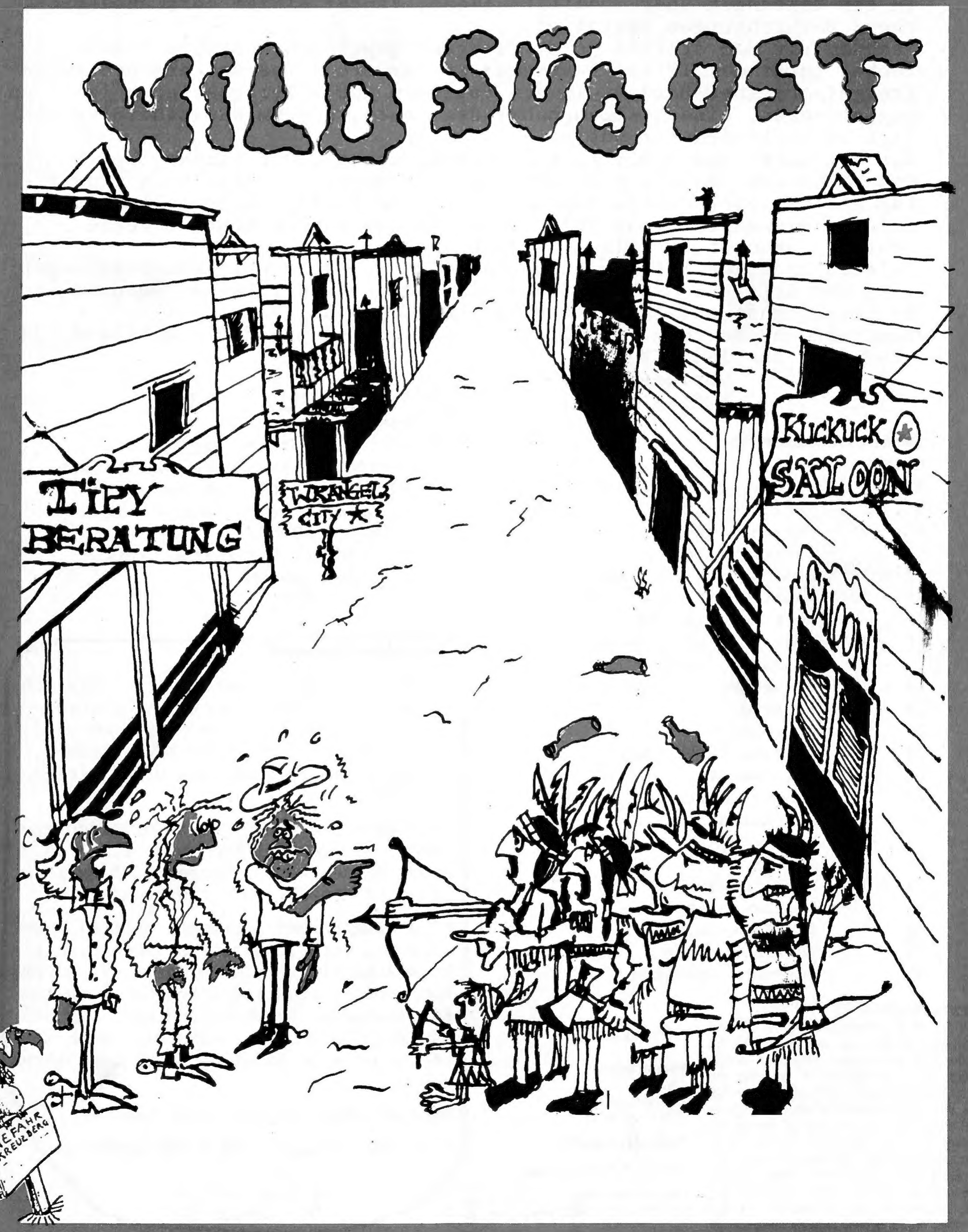
INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM



Nr. 89

8. Februar 1990

VORWORT:

Beim Boris-Interview letzte Woche sind wir wohl einer Fälschung aufgesessen, leider Eine ohne Fortsetzung. Diesmal etwas ganz Anderes, aber auch sehr "Nettes": die WILD-WEST in SÜD-OST Seite, garantiert keine Fälschung, ebensowenig wie das Titelbild, sondern beinharte Realitäten.
Aber erst noch eine Korrektur zum letzten Heft: Der Südafrika-Artikel war irreführend übertitelt, er ist nicht direkt zu den Shell-Aktionen, sondern er beschreibt sehr gut das, was z.Z. in Südafrika passiert, mögliche Entwicklungen des ANC und hinterfragt kritisch unsere Positionen aus denen wir Solidaritätsarbeit machen. Wer heute in den Zeitungen über Südafrika liest, findet einige dort angesprochene Befürchtungen bestätigt.
Nachdem wir den Artikel jetzt genügend gepriesen haben,zu dieser Woche: Unter dem Titel:"Rassismus in der Szene" werden erschreckende Ereignisse eines Hauses, in dem PolInnen und W.BerlinerInnen leb(t)en angesprochen, eine Stellungnahme der Leute, die am Rausschmiß beteiligt waren fänden wir nötig.
Zur SFE haben wir 2 Beiträge erhalten, einen davon findet ihr im Ordner wieder, da sie relativ identisch waren. Ebenfalls im Ordner ist ein weiteres Mlotow-Papier, wir haben einfach keinen Bock mehr auf die Diskussion ohne Ende. Wenn ihr uns eure Kontakt-Adresse schickt, drucken wir sie natürlich ab.
Zuletzt noch zur Aufgabe eines unserer Projekte: auf unsere Anfragen nach den Erfolgen eurer Anfragen haben wir leider keine Resonanz erhalten-offensichtlich besteht kein Interesse daran.
Beschwerden, Beiräge, Bestellungen (ab 5 St.) und die Schokolade !!!
wie immer an: **INTERIM**
Gneisenaustr.2a
1/61

INHALTSVERZEICHNIS:

ORDNERVERZEICHNIS:

Bezugsbedingungen:

Einzelabos: Wir versenden grundsätzlich keine Einzelabos - ist uns schlichtweg zu viel Arbeit. Einzige Ausnahmen sind Gefangene und Info-Läden bzw. -Cafe's, in denen die Zeitung dann öffentlich ausliegt.

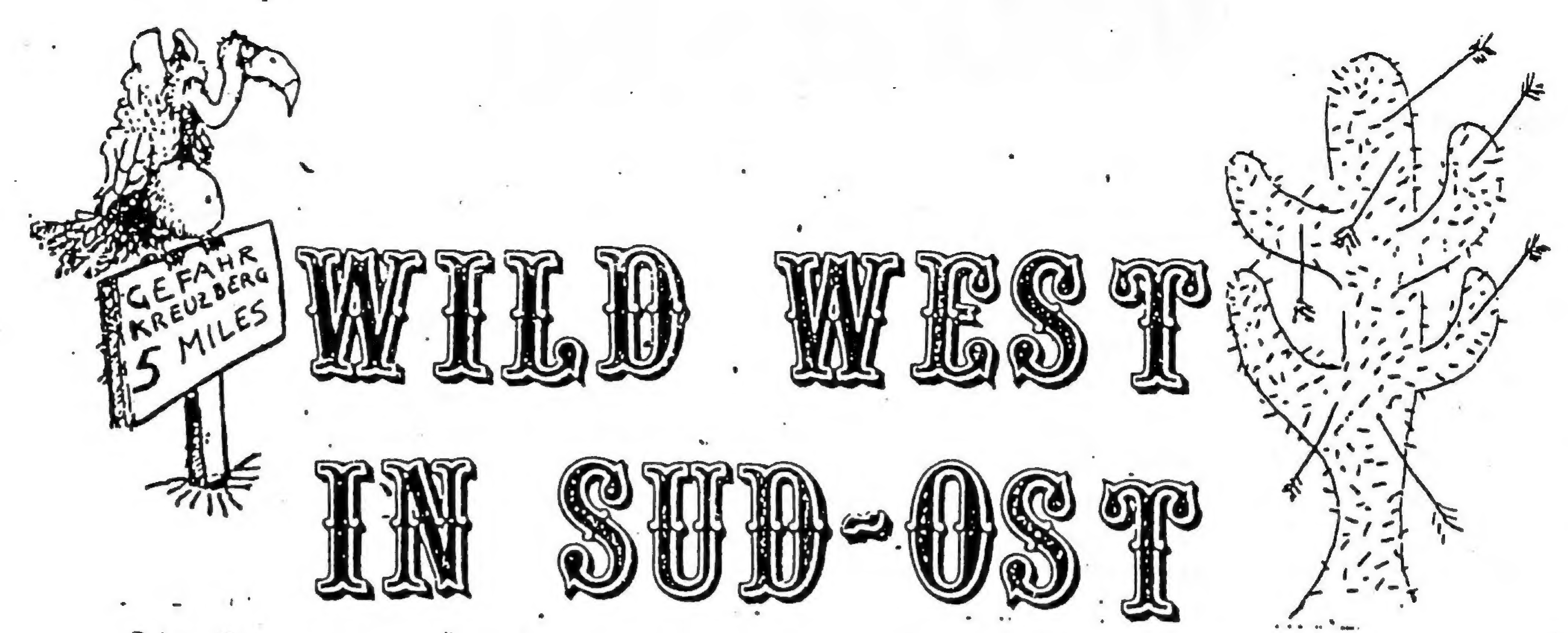
Buchläden und sonstige WiederverkäuferInnen: Wir verschicken unser Blatt ab einer Mindestbestellmenge von 5 Exemplare zu den üblichen Bedingungen.

Alte Nummern und bestimmte Artikel verschicken wir grundsätzlich auch nicht. In Westberlin gibt's in der M.99 und im Papiertiger eine komplette Sammlung zum Fotokopieren. In Wessiland müßt ihr den nächsten Info-Laden aufsuchen; auch dort sollte es eine Sammlung zum fotokopieren geben.

Bibliotheken werden nicht beliefert.

Alle **Bestellungen und Beschwerden** an:
INTERIM
Gneisenaustr.2a
1000 Berlin 61

IMPRESSUM
Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61
Redaktionsanschrift: s. o.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Die Bleichgesichter vom Verein SO 36 und taz reden mit gespaltener Zunge.

Ein Häuptling vom Verein, Rainer Sauter, sprach:

„Das", so Sauter, „ist genau, was sie wollen: ihre autonome Kiezburg im Krieg gegen alle und jeden."

Doch sogar ihre Scouts brachten die Botschaft: Alle führen Krieg gegen die Bleichgesichter.

Viele kommen als Jungtouristen aus Holland, England, Italien und dem Baskenland, die Nachfolgegeneration der Landjugend aus Baden-Württemberg.

»Wir haben auch von einer türkischen Jugendbande gehört, die in der Gegend herumballert« meinte eine Vereinsmitarbeiterin. Und der Laden in der Wrangelstraße biete ja auch eine ideale Zielscheibe.

Gemeinsam mit allen Stämmen haben wir das Kriegsbeil ausgegraben gegen jene, die mit honigsüßen Worten versuchen, die Stämme voneinander zu trennen und aus ihren Wigwams in Betonreservate zu vertreiben.

Die bleiche Brigitte Fehrle von der taz redet:

Es grenzt an mafiose Strukturen, wenn sich Leute mit kriminellen Methoden einen Vorteil über gleichberechtigt neben ihnen Lebende verschaffen wollen.

Ihre Lügen sind schlimmer als Feuerwasser. Sie wollen uns das Hirn vernebeln und uns auf eine falsche Fährte locken, auf daß die fetten Wigwamdealer unsere Jagdgründe um so besser zerstören können.

Sechs Schüsse fielen auf den Laden des Vereins SO36 in der Wrangelstraße im Kreuzberger Südosten am Freitag abend. Die Tür ist durchlöchert und nun notverglast, Projektile wurden nicht gefunden. »Wir wissen nicht, ob das nun ein Gewehr war oder eine Zwille, aber irgendwie müssen die Löcher ja in's Glas gekommen sein« sagte ein Vereinsmitarbeiter.

Die Fährtenleser der Bleichgesichter haben Augen wie Maulwürfe und Ohren wie Fische. Noch schlechter als ihre Augen und Ohren sind ihre Lügen. Wir haben keine Donnerbüchsen: aber wenn wir unsere Pfeile abschiessen wird der Tag zur Nacht und sie werden die Sonne nicht mehr sehen.

VERGIFTE STAMM PRODUCTION

HUGH! WIR HABEN GESPROCHEN!

SOLLEN SIE IN IHREN BLEIWÜSTEN VERENDEN

UND DIE GEIER IHRE GEDÄRME FRESSEN!

WIGWAMDEALER AN DEN MARTERPFAHL!

Volxdoku

Immer wieder tauchen sie auf. In unseren Flugblättern und Anschlagserklärungen werden sie als Integrations- oder Kiezstrategen, ZerstörerInnen einer über längere und kürzere Zeit entstandenen Stadtteilkultur, HelfershelferInnen des Kapitals etc - kurz gesagt als Täter-Innen bezeichnet. In ihrer Selbstdarstellung sind sie sozialbewußte, fortschrittliche StadtplanerInnen, Bollwerke gegen die Kahlschlagpolitik der Baumafia und Regierung; Opfer der Borniertheit und Kurzsichtigkeit einer gewaltsamen Minderheit. Es geht um den Verein SO 36, STERN, SPASS, STATTBAU etc..
In der Zwischenzeit haben sich diese Institutionen verselbständigt. Fällt ihr Name, können wir alle ein paar schweinische Episoden dazu erzählen. Manche sehen sie als offenen Feind; andere betrachten sie als Reformisten, die durch Sachzwänge (Geld vom Senat, das Gefühl das Schlimmste verhindern zu können) zwischen die Fronten geraten sind. Was unter uns nie richtig gelaufen ist, ist die Zusammenstellung bzw. Dokumentation (Versuche gab es wohl) unsere Erfahrungen mit diesen Institutionen - besonders in den Jahren nach dem 1.Mai 87 - zusammenstellen. Mit einer Solchen Zusammenstellung wäre es möglich, die Ziele und Methoden dieser Institution genauer zu analysieren. Es sind die gleichen Ziele und Methoden, die anderswo in Berlin, in der Brd und auch bald in der DDR verwendet werden. Eine solche Dokumentation kann auch zur Präzisierung unserer eigenen Politik dienen. Nach den Erfahrungen mit der Inter-Doku, worin wir versuchten, die Ziele und Methoden eines Amtes zur Integration oder zur Vertreibung von Roma in Köln herauszukristalisieren, möchten wir in dieser Dokumentation die Ziele, Mothivation und Methoden verschiedener Institutionen die keine Regierungsämter sind, herauszuarbeiten. Es wäre wichtig, eine genaue Feststellung ihrer Rolle, auch mit ihren Unterschieden, zu erreichen, da diese auch für andere Bereiche übertragbar sein könnten. Was diese Istitutionen für Stadtplanung sind, sind ähnliche Institutionen im Bereich Ausbildung, Gesundheitswesen, Bildung, Arbeit, Entwicklungshilfe, etc.. Für eine solche Feststellung brauchen wir nicht nur Analysen, sondern auch Erfahrungen aus dem Alltag. Viele haben sich auf sie eingelassen, Hilfe oder politische Allierte gesucht. Es wäre gut, wenn ihr diese Erfahrung zusammenfassen würdet und uns schickt. Wenn genug Material zusammenkommt, werden wir es zusammenstellen uns Allen zugänglich machen. Wir wollen danach schauen, daß dies Dokumentation auch in die richtige Hände in der BRD und der DDR kommt.
Post an: INTERIM, Gneisenaustr.2a, 1000 Berlin 61

Wild-West in Süd-Ost 36

Schüsse auf den Laden des Vereins SO 36 in der Wrangelstraße / Keiner weiß, wer's war / Polizei muß erst einmal einen Vorgang anlegen / Mitarbeiter streiken

Sechs Schüsse fielen auf den Laden des Vereins SO 36 in der Wrangelstraße im Kreuzberger Südosten am Freitag abend. Die Tür ist durchlöchert und nun notverglast, Projektile wurden nicht gefunden. »Wir wissen nicht, ob das nun ein Gewehr war oder eine Zwille, aber irgendwie müssen die Löcher ja in's Glas gekommen sein« sagte ein Vereinsmitarbeiter. Die Spurensicherung der Kripo war trotz Anfrage noch nicht vor Ort.

Den Mitarbeitern in der Wrangelstraße reicht es nun: Sie streiken. Gestern blieb der Laden geschlossen, ab heute streiken vermutlich auch die anderen drei Läden und stellen die Mieterberatung ein. Endgültig darüber beschließen wird heute eine Mitarbeiterversammlung. Auch die Leute, die sich im Vereinsbüro um Obdachlose kümmern, etwa Kiezdach e.V., streiken vermutlich.

Daneben ärgert es die Vereinsmitarbeiter, daß sich das Interesse der Polizei in Grenzen hält: Ein am Freitag herbeitelefonierter Streifenwagen nahm zwar die Anzeige gegen Unbekannt auf. Die Kriminalpolizei jedoch, von der Streifenwagenbesatzung angerufen, kam bis heute nicht. Sie teilte dem Verein gestern mit, man habe noch »keinen Vorgang angelegt«, außerdem sei der zuständige Experte nicht da. Von der Polizei war gestern keine Stellungnahme mehr zu erhalten. Dieser Anschlag auf einen der Läden des Vereins, in dem sich zu diesem Zeitpunkt zum Glück niemand aufhielt, war nicht der erste. Seit dem letzten halben Jahr haben sich handfeste Aktionen gehäuft: Schaufensterscheiben wurden mehrmals eingeworfen, der Vereinsladen in der Cuvrystraße war überfallen worden, Mieterakten geklaut worden. Dagegen erstattete der Verein jedoch keine Anzeige, der Vorstand entschied dagegen. Auch das Büro der Stadterneuerungsgesellschaft S.T.E.R.N. wurde besetzt, in das der BeWoGe eingebrochen.

Einer türkischen Mieterberaterin wurden die Autofenster eingeworfen, sie selbst wurde bedroht. Nachdem die taz darüber berichtet hatte, seien alle Leute, die in dem taz-Artikel erwähnt worden sind, auf der Straße angepöbelt worden, erzählte ein Mieterberater.

Ob der Anschlag vom Freitag aus der gleichen Ecke kommt, ist trotzdem fraglich. »Wir haben auch von einer türkischen Jugendbande gehört, die in der Gegend herumballert« meinte eine Vereinsmitarbeiterin. Und der Laden in der Wrangelstraße biete ja auch eine ideale Zielscheibe. Auch ausländerfeindliche Anschläge hat es in SO36 schon gegeben. »Aber mich interessiert es nicht mehr, welche politische Haltung diese Leute von sich zu haben glauben«, sagt ein Mitarbeiter. Der Verein plante schon seit längerem einen Aktionstag gegen Gewalt im Kiez für den 14. Februar. Denn den zu erwartenden »heißen 1. Mai« wolle man verhindern. Solange werde man nun jedoch nicht mehr warten, sondern sofort etwas unternehmen.

esch

STADTERNEUERUNG

Werkstadt Verein für die Förderung der behutsamen Stadterneuerung in der DDR gegründet:
Am 15.1.90 haben Westberliner BürgerInnen — unter ihnen im Bereich der behutsamen Stadterneuerung tätige Ökonomen, Stadtplaner, Architekten u. Juristen, z.B.: Werner Orlowsky, Baustadtrat Kreuzberg a.D.; Conny v. Geisten, S.T.E.R.N.; Wulf Eichstädt, Stadtplaner; Gerd Behrens, Steuerberater; Volker Härtig, AL Baupolitiker; Gisela Sommer u. Sigi Kleimeier, Stattbau; Johannes Eisenberg, Rechtsanwalt — den Verein Werkstadt zur Förderung der behutsamen Stadterneuerung u. Denkmalpflege in Berlin u. seinem Umland gegründet.
Stellvertretend für den Verein ARGUS aus Potsdam, der dort seit Jahren für den Erhalt der denkmalgeschützten Altstadt kämpft, ist Michael Heinroth Gründungsmitglied.
Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, Bürgerinitiativen in der DDR bei der behutsamen Stadterneuerung u. dem Erhalt alter Stadtteile zu unterstützen u. dort die Selbsthilfe zu fördern. Er strebt dazu die Erlangung der Gemeinnützigkeit an. Er plant, durch die Bildung von Beiräten verschiedene DDR-Bürgerinitiativen direkt an der Arbeit des Vereins, insbesondere der Mittelverwendung teilhaben zu lassen.
Der dringende Erhaltungsbedarf vieler historischer Stadtkerne in der DDR aber macht schnelle Aktion dringend erforderlich. Im Dezember haben deshalb bereits West-Berliner Handwerker, ehemalige Hausbesetzer u. Mitglieder des Vereines zusammen mit ARGUS u. interessierten Potsdamer BürgerInnen u. Bausoldaten der NVA bei 11 vom Abriß bedrohten Häusern dringende Winterfestmachungsarbeiten ausgeführt.
Kreuzberger Handwerker planen derzeit mit einer Ost-Berliner Bürgerinitiative eine Winterfestmachungsaktion im Scheunenviertel. Der Verein will sie dabei unterstützen. Er ruft daher zu Spenden auf das Konto der Berliner Volksbank e.G., Nr. 060 36 724, BLZ 100 900 00, Gerd Behrens u. Johannes Eisenberg, Stichwort Behutsame Stadterneuerung auf, die nicht steuerlich absetzbar sind, weil eine Gemeinnützigkeit des Vereins noch nicht besteht.
Der Geschäftssitz des Vereins wird zunächst sein: Werkstadt Verein, c/o Gerd Behrens, Steuerberater, Postfach 33 01 47, Auguste-Victoria-Str. 62, 1/33

Der Werra-Block - KONTUREN eines GEOMETRISCHEN MISSvERSTÄNDnissEs ?

In den letzten Wochen gab es von verschiedenen Seiten Unklarheiten, Mißverständnisse und Kritik über unser Vorgehen mit dem Werra-Block. Wir wollen dies zum Anlaß nehmen, etwas ausführlicher zu den Ereignissen seit November 1989 Stellung zu beziehen und hoffen, dabei einige Punkte klären zu können, bzw. den in schöner Regelmäßigkeit erscheinenden Werra-Block Papieren in der "INTERIM" etwas Zusammenhang zu verleihen.

Vorwärts heißt nichts vergessen! Zurückblickend lassen sich die Aktivitäten um den Werra-Block in vier Abschnitte unterteilen. Denersten von den allerersten Recherchen bis zu den MieterInnenversammlungen November/Anfang Dezember, dann die Zeit bis zu den Blockaden der Modernisierungsarbeiten und der gescheiterten Besetzung Ende Dezember. Der dritte Abschnitt fand seinen Abschluß am 15. bzw. 16. Januar mit der von Skoblo als Reaktion auf einen offenen Brief der MieterInnen einberufenen Versammlung, der Besetzung von 11 Wohnungen und der anschließenden Räumung. Und schließlich der vierte Abschnitt, den wir, vielleicht etwas breiter, zusammen füllen können.



DIE "MORGENPOST" GIBT WOHNUNGSTIPS!

Am 1. November 1989 erschien in der "Berliner Morgenpost" ein Artikel, dem zu entnehmen war, daß in den Häusern Werrastrasse, Treptowerstrasse und Weigandufer 70 Wohnungen leerstehen. Selbst eine durch den Bezirk Neukölln verhängte Leerstandsbuße von 140.000 DM hätte den Besitzer, der nicht weiter genannt wurde, nicht zur Vermietung zwingen können. Für uns war dieser Block Neuland, allein schon wegen der doch recht abgeschiedenen Lage im Süden Neuköllns. Dennoch, der Leerstand reizte, zumal drei Hinterhäuser in der Treptowerstrasse beinahe vollständig leerstanden (und -stehen). Hintergrund der Leerstandsbuße, so war zu hören, war das Interesse des Neuköllner Bezirksamtes den Werra-Block mit öffentlichen Mitteln zu modernisieren. Dem aber widersetzten sich Besitzer und Hausverwaltung (das Ehepaar Skoblo und die "IMMOBILIEN BRAUN"). War schon ein von ihnen geplantes Aussiedlerwohnheim und das damit verbundene schnelle Geld am Veto des Bezirks gescheitert, so sollte nun zumindest eine privat finanzierte Modernisierung mit der ihr eigenen Mietpreissteigerung und Amortisierung der Kosten binnen 9 Jahren die Rendite der Skoblos sichern.

Wie nun vorgehen?
Nicht zuletzt vor dem Hintergrund unserer eigenen Erfahrungen mit den Besetzungen in der Weserstrasse 39 wurden wir uns darüber einig, die Sache mit dem Werra-Block einmal anders rum anzugehen. Wir wollten also nicht mit einer Besetzung den Anfang machen und dann schauen, was an Motivation und Energie zu einer anschließenden Kampagne übrigbleibt, wir wollten vielmehr die Zustände und den Leerstand im Block öffentlich machen, die Verursacher beim Namen nennen und Kontakte mit den dortigen MieterInnen schließen, um so den Boden für eine spätere Besetzung zu bereiten. Weil wir selbst dazu zu wenige waren, und weil uns daran lag, dieses Herangehen breiter zu diskutieren, haben wir zu einem ersten Treffen für den 12. November über die "INTERIM" aufgerufen. Die MieterInnen selbst haben wir zunächst nicht eingeladen, sie aber über dieses Treffen informiert, und ihnen vorgeschlagen, ein zweites Treffen, dann als eine Art MieterInnenversammlung in der Nähe des Blocks abzuhalten. Daß schließlich dennoch 5 MieterInnen erschienen waren, hat uns überrascht. Die Diskussion war somit auch von der Situation der MieterInnen im Block bestimmt und so haben wir praktisch die erste MieterInnenversammlung vorbereitet, ohne größeres eigenes Zutun und doch zusammen mit einigen MieterInnen

Wir waren alle gespannt auf diese Versammlung. Die MieterInnen wahrscheinlich genauso, immerhin waren etwa 40 von ihnen anwesend. Über den Verlauf der Versammlung selbst ist schnell berichtet. Das Durcheinander regierte und wir waren froh, daß am Schluß ein neuer Termin und die Aufforderung, die geschilderten Mängel schriftlich zu sammeln, herausgekommen war. Uns ist auf diesem Treffen klar geworden, daß fast alle MieterInnen eine Rechnung mit der Hausverwaltung offen haben. Die von ihnen beschriebenen Mängel waren z.T. kaum vorstellbar: undichte Dächer, infolgedessen Wohnungen, in denen das Wasser knöcheltief steht; offene Stromleitungen; defekte Gasanschlüsse; Löcher in Decken und Wänden; durchgebrochene Öfen - eine Liste ohne Ende. Die Hausverwaltung, aber auch die Wohnungsaufsicht und das Gesundheitsamt reagierten auf die zahllosen Beschwerden der MieterInnen nicht oder nur unverbindlich. Angesichts solcher Zustände stellten wir erstmal unser eigenes Interesse, nämlich mit den MieterInnen über den Leerstand zu reden, zurück und versprachen, für die nächste Versammlung uns nach einem Anwalt umzusehen.

Auf dieser zweiten Versammlung dann erschienen nur noch etwa 30 MieterInnen. Viele von denen, die beim ersten Mal anwesend waren, waren zu Hause geblieben. Die meisten der Anwesenden waren zudem wohl lediglich wegen des Anwalts erschienen. Ein Bedürfnis nach eigenständiger Organisierung, so sahen wir das jedenfalls damals, war bei den wenigsten zu erkennen. Eher schien es so, als hätte mensch als Mieter oder Mieterin mit dem beim Anwalt abgelassenen Ärger seine/ihre Pflicht erfüllt und könne nun des kommenden harren, auf das alles besser werde. Unter uns, d.h. auf den Werra-Block Plena, waren wir uns dann, v.a. nach dem Frust mit der 3. MieterInnenversammlung darüber einig, daß wir nicht länger nur die AntreiberInnen von MieterInnenangelegenheiten sein wollen. Wir hatten ohnehin mehr über die Mängel von anderen geredet als über uns, unser Interesse an den leeren Wohnungen und wie wir da rangehen woller

20. DEZEMBER: BESETZUNG UNTER ZEITDRUCK

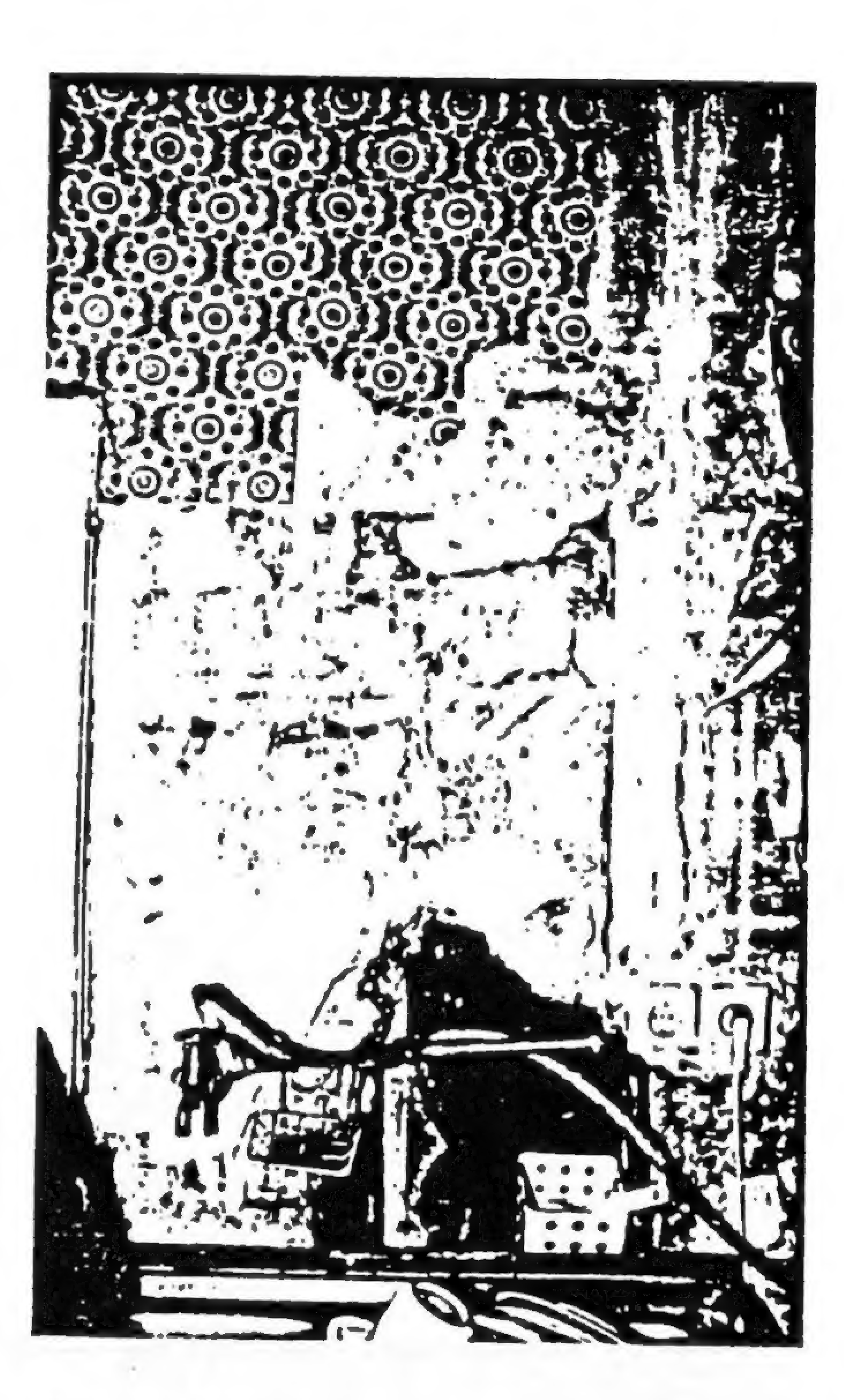
Die Werra-Block Plena zu dieser Zeit waren recht fluktuierend, ständig kamen neue Leute und Gruppen und viele der Diskussionen, sei es nun über unsere Erfahrungen mit den MieterInnen, unsere Vorstellungen von Öffentlichkeitsarbeit oder unsere Forderungen mußten wieder von vorne geführt werden. Das wäre nicht weiter schlimm gewesen, wenn nicht die meisten zu dieser Zeit davon ausgegangen wären, daß wir uns unter erheblichem Zeitdruck befänden. Die "IMMOBILIEN BRAUN" hatte nämlich, unter dem Eindruck sowohl unserer Aktivitäten, als auch des unerwarteten Presseechos (es gab mehrere Beiträge im SFB und in Radio 100) die Bauarbeiten am Block intensiviert. Gerüchte gingen um, nach denen ein Großteil der Wohnungen bereits zum 1. Februar fertig modernisiert sein sollten. Wir hatten bereits die zweite Dezemberwoche und es ging die Diskussion los, ob wir, unter diesen Vorzeichen, nicht bereits besser im Dezember als , wie ursprünglich gedacht, im Januar besetzen sollten. Dafür sprach einmal der besagte Zeitdruck und zweitens die Befürchtung, daß nach der Pause über Weihnachten und Neujahr die Luft raus sein würde. Dagegen sprachen die Bedenken, wir würden uns damit selbst unter Druck setzen und eine Besetzung nicht nach uns selbst, d.h. unseren eigenen Kräften, sondern an den vermeintlichen Sachzwänegn der Gegenseite ausrichten. Überlagert wurden diese Erwägungen zudem durch die Position, wir hätten bislang viel zu wenig mit den MieterInnen geredet und hätten folgerichtig in Zukunft darauf unseren Schwerpunkt zu richten. Die daraus folgende Kontroverse ist insofern von Interesse, als sie den Kern dessen berührt, was wir vorsichtig einmal mit "autonomer MieterInnenarbeit" benennen wollen. Es ging um die Frage, was wir von den MieterInnen wollen, wie sie von sich aus die Bedingungen für eine Besetzung der leeren Wohnungen verbessern könnten, aber auch wo die Grenzen der Zusammenarbeit sind, d.h. wo die Interessen auseinandergehen oder auch wo wir einfach keine Lust mehr auf diesen ganzen Streß mit rumrennen, Kaffee trinken und in der Kneipe rumhängen haben. Diese Art von MieterInnenarbeit oder , wie wir es immer genannt haben, "Klinken putzen", war bis zu dem Zeitpunkt an wenigen hängengeblieben, was einige andere wiederum nicht daran gehindert hat, immer wieder die "Intensivierung der Zusammenarbeit mit den MieterInnen" einzufordern. Mittlerweile hatte sich ein loser Kontakt zu etwa 10-15 MieterInnen gebildet, ohne daß uns das einer wie auch immer gearteten "neuen Qualität" der Zusammenarbeit näher gebracht hätte.
Die meisten Gespräche drehten sich vielmehr weiterhin um die Mängel und die Möglichkeiten ihrer Beseitigung. Wir wurden zwar des öfteren auch von MieterInnen nahezu zur Besetzung gedrängt, was blieb war allerdings das Problem, wie wir oder besser wie die MieterInnen eine solche Unterstützung transparent machen könnten. Bisher gab es zwar ein gemeinsam geschriebenes Flugblatt ("Wenn Ärzte krank machen") und den offenen Brief mit den sattsam bekannten Forderungen, beides ist aber, wie leider so vieles, durch unsere Initiative zustandegekommen.

War mehr drin?

Für die meisten war jedenfalls die Grenze (auch ihrer Belastbarkeit) erreicht. Stellvertreterpolitik macht bakanntlich wenig Spaß und schließlich konnten wir immerhin damit rechnen, daß auch aus etlichen Fenstern von MieterInnen eine Besetzung mit Transparenten unterstützt werden würde. Außerdem war der offene Brief zu dem Zeitpunkt bereits von über 50 Mietparteien unterschrieben worden.

Leider konnte die Kontroverse so nicht zu Ende geführt werden, weil diejenigen, die für eine Verstärkung der MieterInnenarbeit eintraten, selbst nur sporadisch auf den Plena anwesend waren. Warum wissen wir nicht, wir würden es jedenfalls spannend finden an dem Punkt mit den betreffenden Leuten und Gruppen weiterzureden, gerade auch, weil der Werra-Block und die mit ihm mittlerweile in Zusammenhang gebrachte "MieterInnenarbeit" in der Szene an Interesse gewinnt, aber auch, weil wir meinen, daß es hi er mit so manchen Illusionen, die in den Köpfen rumspuken, aufzuräumen gelten sollte.

Tatsache war damals, daß wir mit unserer bisherigen Arbeit oder unseren Kontakten mit MieterInnen an Grenzen gestoßen waren. Ein Grund dafür, der v.a. von den MieterInnen selber geäußert wurde, war unsere Anonymität. Wir waren für viele MieterInnen diejegen, die immer wieder Zettel in die Briefkästen steckten, die zu Versammlungen aufriefen, die aber nie oder nur unvermittelt deutlich gemacht haben, woher sie kommen und vor allem was sie wollen. Diese Kritik wurde zu einem Zeitpunkt geäußert, an dem es mit den von uns einberufenen MieterInnenversammlung man gels Interesse eh ein Ende hatte. In einer Art Flucht nach vorne schrieben wir ein Papier, in dem wir uns als das vorstellten, was wir sind, unterschrieben mit "eure ChaotInnen von nebenan" und luden zu einem Treffen, um darüber, und aber auch über das von uns nur sporadisch angerissene Interesse von uns an den leeren Wohnungen zu reden. Dieses Treffen war dann sozusagen zu einer Art Wende in unserem Verhältnis zu den MieterInnen geworden. Von nun an jedenfalls legten wir mehr Wert darauf, die bestehenden Kontakte zu verstärken, d.h. auch mehr über uns zu reden, anstatt weiter der Illusion der Organisierung von MieterInneninteressen nachzuhängen. Aus der heutigen Sicht jedenfalls finden wir den Standpunkt, nicht unentwegt und v.a. ausschließlich die Arbeit der MieterInnen machen zu wollen, richtig. Die Tatsache, daß einige MieterInnen die Sache mit den Mängeln nun selbst in die eigenen Hände genommen haben, spricht immerhin für sich. Wenn mensch diesen Punkt zusammenfassen soll, so könnte mensch sagen, daß es richtig war, von uns aus die Sache mit den Mängeln anzuschieben auch mal einen Rechtsanwalt zu besorgen, daß es dabei aber wichtig war, sich nicht darin zu verrennen und vor allem zu sehen, wann der Punkt gekommen ist, wo es, wenn sich nicht bei den MieterInnen selbst was entwickelt, angesagt ist, von diesem Zug abzuspringen.



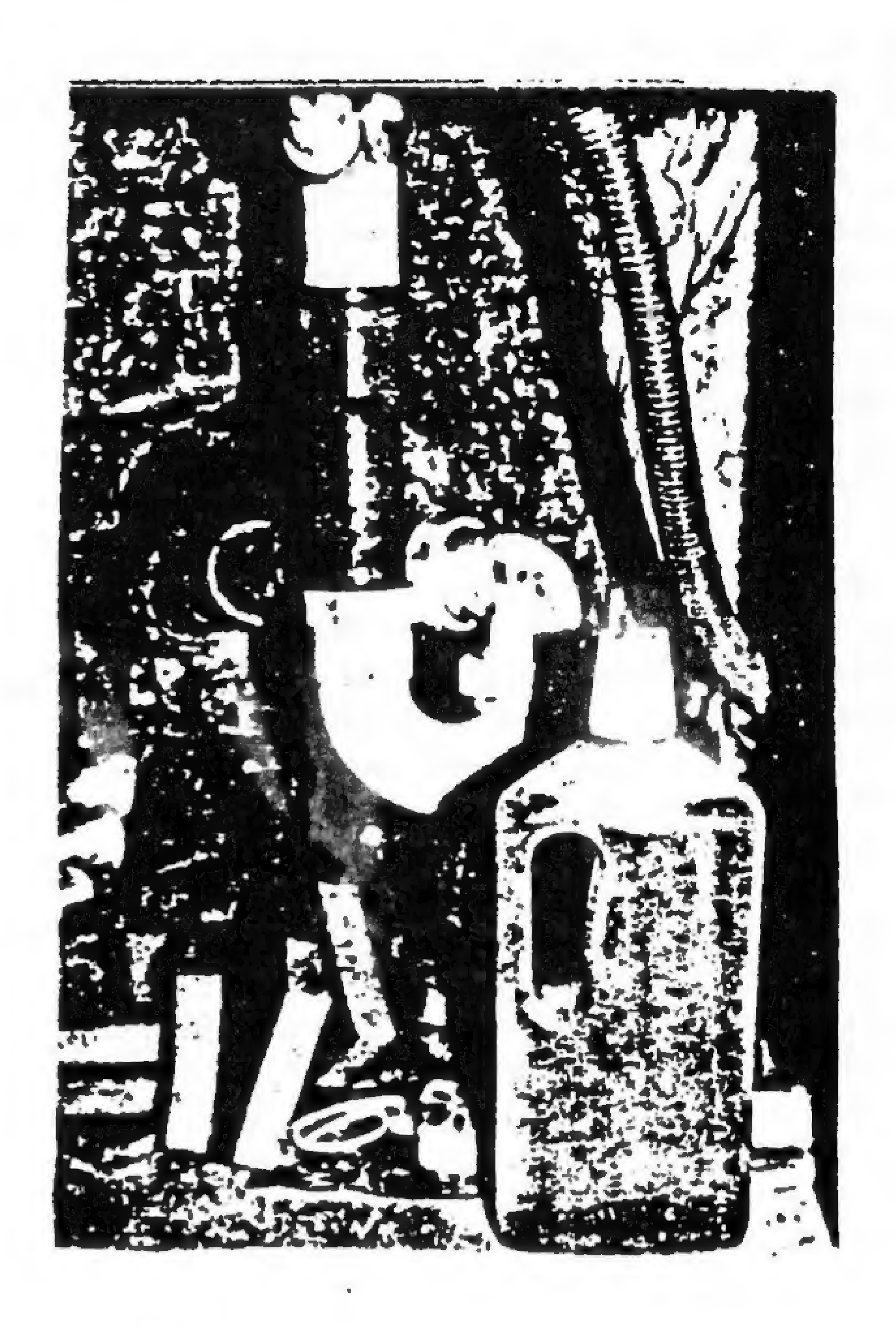
Wenn das Vorgehen gegen die Mängel jetzt, und es hat den Schein, unter den MieterInnen breite Zustimmung findet, dann liegt das u.E. daran, daß eine solche Initiative, wenn sie von den MieterInnen selber ausgeht, auf einer ganz anderen Grundlage steht als wenn sie von außen an sie herangetragen wird.

Aber zurück zum Dezember. Von der Diskussion um die Zusammenrabeit mit den MieterInnen abgesehen, stellte sich ja immer noch die Frage, ob wir nun den Zeitdruck oder die eigene Vorbereitung und v.a. die zu erwartende Beteiligung und Unterstützung zum Maßstab unseres timings machen sollten. Das Ergebnis war, wie sollte es anders sein, ein Kompromiß. Wir einigten uns darauf, in der Woche vom 18. Dezember an am Block präsent zu sein. Diese Woche war die letzte Arbeitswoche im Jahr und unser erklärtes Ziel war es, die Modernisierungsarbeiten am Block so weit als möglich zu behindern. Die für Montag und Dienstag früh angesetzten Blockaden sollten zudem ein Gradmesser dafür sein, mit welcher Unterstützung und Beseiligung an einer Besetzung am Mittwoch zu rechnen wäre. Das Ergebnis war überraschend! Sowohl Montag als auch Dienstag waren 30-40 Leute bei den Blockaden anwesend, um 6.30 Uhr in der früh! Und zumindest Montag wurde während unserer Anwesenheit nicht gearbeitet. Dies hatte allerdings weniger mit unserer "Blockade" selbst zu tun (angesichts der Bullenpräsenz

wollten wir keine Konfrontation, die nur zu unseren ungunsten hätte ausgehen können), sondern vielmehr mit der Tatsache, daß in der Nacht die Schlösser aller von den Bauarbeiten betroffenen Wohnungen verkelbt wurden. Die politische Zielrichtung der Blockaden scheint ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Zu unserer aller Überraschung tauchte am Dienstag das Bezirksamt Neukölln in Person der Herren Baustadtrat und Sozialstadtrat auf. Doch die wogen, die die Amtsträger zu glätten angetreten waren, schlugen ihnen unvermindert entgegen. Die Blockadetage wurden damit mehr oder weniger zum Punktsieg für uns.

Dieser Erfolg versperrte uns dann wohl aber die Sicht auf die (Besetzungs-) REalität. Wir hatten es nicht vermocht, den TeilnehmerInnen der Blockaden unsere Pläne für den Mittwoch zu vermitteln, genausowenig wie wir es geschafft haben, uns untereinander erstmal über die beiden Tage auszutauschen und so vielleicht eine realistische Einschätzung für den Mittwoch zu diskutieren. So war es auch nicht weiter verwunderlich, daß die Beteiligung bei dem Plenum Dienstag abend mit 10-15 Leuten mehr als mager war und wir zudem überhaupt nicht wußten, was der Stand bei den anderen war.

Wir sind dann schließlich mit dem Kopf durch die Wand. Das Ergebnis ist bekannt. Der 20. Dezember ging gründlich in die Hose, das witzigste daran war noch die Tatsache, daß die taz auch mal zu unseren Gunsten log ("Werra-Block beschlagnahmt") Wir waren schließlich so wenig Leute, sowohl in den Wohnungen als auch davor, daß niemand, als das erste six-pack auftauchte, mehr drinnen blieb, und die Bullen in aller Ruhe die Transparente abhängen konnten. Nett war allerdings die Irritation der Bullen, hinter welchem Transparent sich wohl eine leere und hinter welchem eine "Sympi"-Wohnung verbarg. Wie auch immer - unter diesen Umständen hätte diese Aktion nicht stattfinden dürfen. Völlig überflüssig seitens der Bullen war allerdings die Festnahme von 7 PassantInnen geschlagene drei Stunden nach der Räumung.



WENN DIE NACHT AM TIEFSTEN IST. IST EIN BRIEF AM NÄCHSTEN ...

Nach dem 20. Dezember gings mit all dem Frust erstmal in die Feiertage. doch der Besinnung und Ruhe war keine Dauer vergönnt. Bereits beim nächsten Plenum am zweiten Weihnahctsfeiertag kam die Bescherung, beihnahe ein Geschenk des Himmels! Skoblo selbst lud in einem Schreiben an alle MieterInnen zu einer Versammlung für den 15. Januar, um, wie er es formulierte, "durch ein kooperatives Gespräch mit Ihnen persönlich alle Mißverständnisse auszuräuumen, uns ihre Sorgen anzuhören und womöglich baldige Abhilfe zu schaffen."
Skoblo wollte also eine grandiose Befriedungsshow abziehen, und sich diesen spaß, wie wir erfahren haben, auch noch 2.000 DM kosten lassen. Sollte er haben! Auch wenn die Gefahr bestand,daß es ihm gelingen sollte, uns von den MieterInnen, bzw. die MieterInnen untereinander durch Zugeständnisse zu spalten, die Tatsache, daß Skoblo ins Schwimmen kam, erregte uns freudig. Den Wasserhahn hatte er selbst aufgedreht, nun sollte es an uns liegen, den Stopsel zuzumachen.

Wenn mensch davon ausgeht, daß mensch für eine Besetzung Öffentlichkeit braucht, also Presse, FotographInnen, Radio usw., sowie Unterstützung sowohl aus der Szene als auch durch die MieterInnen, dann hätte Skoblo diese Bedingungen für den 15. jedenfalls nicht besser schaffen können. Davon gingen wir aus. Für uns stand schnell fest, daß wir während der MieterInnenversammlung bereits in den Wohnungen drin sein wollen. Bereits vor Sylvester wurde die erste Wohnung schleichend besetzt. Damit sollte ursprünglich der Kontakt zu den MieterInnen, zumindest in dem betreffenden Haus auf eine andere Ebene gestellt werden. Doch es kommt so oft anders, als mensch es sich denkt. Die Angst, entdeckt zu werden, war schließlich größer als der Mut (oder die Verwegenheit?) zu offensivem Herangehen. Dazu kam die latante Perspektivlosigkeit der BesetzerInnen selbst. Lohnte es sich, eine Wohnung einigermaßen herzurichten , von der mensch nicht wußte, ob mensch sie nachher auch wirklich bewohnen kann?
Ein Ende gesetzt wurde dieser Besetzung aber von außen. Eines Tages wurde das Schloß verschlossen vorgefunden. Die Bullen hatten anscheinend Wind davon bekommen.

Wir hatten ursprünglich vorgehabt, bis zum 15. Januar bereits mehrere Wohnungen im Block hergerichtet zu haben, um dann im Anschluß an die MieterInnenversammlung mit den MieterInnen und der Presse durch die Wohnungen gehen zu können. Davon mußten wir nun Abstand nehmen. Die Bedingungen schätzten wir aber weiter als recht gut ein. Schließlich wollte Skoblo persönlich auf der Versammlung anwesend sein und mußte sich nun, davon gingen wir aus, zum erstenmal öffentlich zu einer Besetzung verhalten, ohne in der gewohnten Ruhe eines Schreibtischtäters einen Strafantrag stellen zu können. Doch ganz so einfach wollte er es uns denn doch nicht machen. Am 12. Januar bekamen die MieterInnen ein weiteres Schreiben der Hausverwaltung, in dem ihnen mitgeteilt wurde, daß sie vor der Versammlung Personalausweis, bzw. polizeiliche Anmeldebestätigung vorzulegen hätten. "Aufgrund der Ihnen bekannten Übergriffe der vergangenen Wochen bitten wir um Verständnis für diese, uns alle betreffende Schutzmaßnahme" so Skoblo lapidar. Damit war ein Teil unseres Konzeptes über den Haufen geworfen. Die meisten von uns wollten nämlich auf der Versammlung anwesend sein, und erst im Anschluß daran, bzw, wenn die Stimmung besonders günstig zu sein schien, die Besetzungen öffentlich machen. Nun, nach diesem Schreiben, mußte die Bekanntgabe der Besetzungen und die Teil-/Einflußnahme auf die MieterInnenversammlung unabhängig voneinander stattfinden. Auf keinen Fall wolten wir die Versammlung auf irgendeine Art sprengen, die meisten MieterInnen freuten sich bereits auf die Gelegenheit mit der Hausverwaltung abzurechnen.

Einen Tag vor der Versammlung zeigten wir im Hof der treptower 19 eine kurz zuvor fertig gewordene Dia-Show über die Firmen und Besitztümer der Skoblos. Daß der Montag, also der 15. kein Honigschlecken werden würde, zeigte sich bereits während dieser Show, zu der die Bullen extra mit einem Hudeführer aufgelaufen waren.

Am Montag dann liefen, wie es das zweite Schreiben befürchten ließ, zwei Filme nebeneinander. Zuerst die MieterInnenversammlung:

Zweien von uns war es gelungen, sich als Amtsoder sonstwie Personen einzuschleichen, bewaffnet mit einem Redbeitrag und Mietverträgen, die am Ende demonstrativ vorgelegt werden sollten. Es gab bei den MieterInnen ziemlichen Unmut über die Einlaßkontrollen (die meisten Gorillas waren im übrigen Zivis), mehr aber noch über das Gedränge in dem viel zu kleinen Nebenzimmer. Einige ältere MieterInnen hatten sich davon allerdings nicht abhalten zu lassen und sich bereits seit längerem über die kredenzten Stullen hergemacht. Diese MieterInnenbildeten im weiteren Verlauf das eher Skoblofreundliche Auditorium. Am Anfang ging es um den Zustand der Wohnungen. Skoblo war offensichtlich bemüht, einen interessierten Eindruck zu machen, solange es jedenfalls um kleinere, d.h. schnell behebbare Schäden ging. Kam die Sprache allerdings auf die eklatanten, und das sind die überwiegenden Mängel, versuchte er entweder dem/der jeweils Redenden das Wort zu entziehen oder mimte (was er im übrigen souverän beherrschte,) den Unwissenden. Bewegung kam erst ins Spiel als eine türkische Übersetzer-In den Raum betrat und in der Folge die türkischen Redebeiträge gesammelt vortrug. Skoblo war nun, als sich das ganze Ausmaß seines Herunterwirtschaftens vor der anwesenden Presse offenbarte, daran gelegen diesen Punkt abzubrechen und stattdessen ein Treffen von je einer deutschen und türkischen Mietpartei je Haus vorzuschlagen, die damit zu beauftragen wären, die Beschwerden zu sammeln. Das war der eigentliche Knackpunkt auf der Versammlung. Wir mußten schon mit "demokratisch" und "Gegenprobe" usw. argumentieren um sicherzustellen, daß dies nicht die letzte MieterInnenversammlung ihrer Art war. Nachdem so aber zumindest dieser Tagesordnungspunkt vom Tisch war, und die gesammelten Beschwerden auf die nächste Versammlung verschoben wurden, versuchte Skoblo die Diskussion auf die Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit in den Häusern zu lenken. Die Sauberkeit war allerdings, wenn mensch es so ausdrücken will, ein Treffer für uns. Ein Mieter hatte nämlich der Hausverwaltung vorgerechnet, wie innerhalb kürzester Zeit die Hausmeisterkosten auf 46.000 DM stiegen, obwohl gleichzeitig immer mehr Hausmeister den Block verließen und auch keine Reinigungsfirma, wie von Skoblo behauptet, bestellt wurde. Die Sicherheit dagegen war ein Heimspiel für Skoblo. Vielen MieterInnen lag an der Abschließbarkeit der Haustüren und Skoblo versprach, innerhlab des nächsten Vierteljahres ein Klingeltableau anzubringen.

Gegen Ende der Versammlung wurde es dann draußen vor der UFERLATERNE laut. Skoblo, der bereits zuvor des öfteren von Leuten geredet hat, die eine Kampagne gegen ihn machen würden oder der die Frage "Wer kann sich schon 15 DM/qm leisten?" mit der Antwort quittiert hat "Wenn sie den Sozialismus wollen, dann gehen sie doch nach drüben!", ein solchermaßen also erregter Skoblo erklärte

die Versammlung sofort für beendet, während die Bullen vorne das Lokal dichtmachten. Von unserer Seite wurde drinnen noch versucht, den Beitrag zu verlesen und die Mietverträge vorzulegen. Das war der Punkt, an dem Skoblo aus der Fassung geriet. "Alles Lüge!" schrie er auf die Ansage, daß mehrere Wohnungen besetzt wären. Auf die Erwiderung, daß nur ein Räumung eine halbe Stunde vorher (die uns erst kurz vorher auf der Versammlung bekannt wurde) dem ein Ende bereitet hätte, brüllte er: "Sehen sie, sie haben gelogen! Ich stelle hiermit fest, daß sie in aller Öffentlichkeit gelogen haben!" Diese 'Entgleisung' des ansonsten so distinguiert und wenig cholerisch wirkenden Herrn stimmt uns im nachhinein insofern fröhlich, als es uns bestätigte, in unseren Veröffentlichungen über ihn anscheinend den Kern der Wahrheit getroffen zu haben.

Insgesamt, so darf mensch getrost festhalten, ist Skoblos Rechnung mit der MieterInnenversammlung nicht aufgegangen. Es wurde weder die von ihm geplante Befriedungsshow, noch gelang ihm die Spaltung. Daß unser Beitrag am Ende der Versammlung unterging, war wohl nicht so sehr Zeichen der Ablehnungals vielmehr der Müdigkeit und dem Bedrüfnis nach Schluß der Veranstaltung geschuldet.

Und der zweite Film?
Wie bereits erwähnt wurde draußen noch während die Versammlung lief, geräumt. Es handelte sich isgesamt um 11 Wohnungen, darunter eine Ladenwohnung. 10 Personen wurden dabei vorläufig festgenommen. Die erste Besetzung an diesem Abend war demnach an der massiven Bullen- und Zivipräsenz gescheitert. Die Räumung selbst erfolgte ohne zutun Skoblos. Ob es nun allerdings eine ASOG-Räumung war, oder der Strafantrag vom 20. Dezember weiter Gültigkeit hatte, wissen wir nicht.

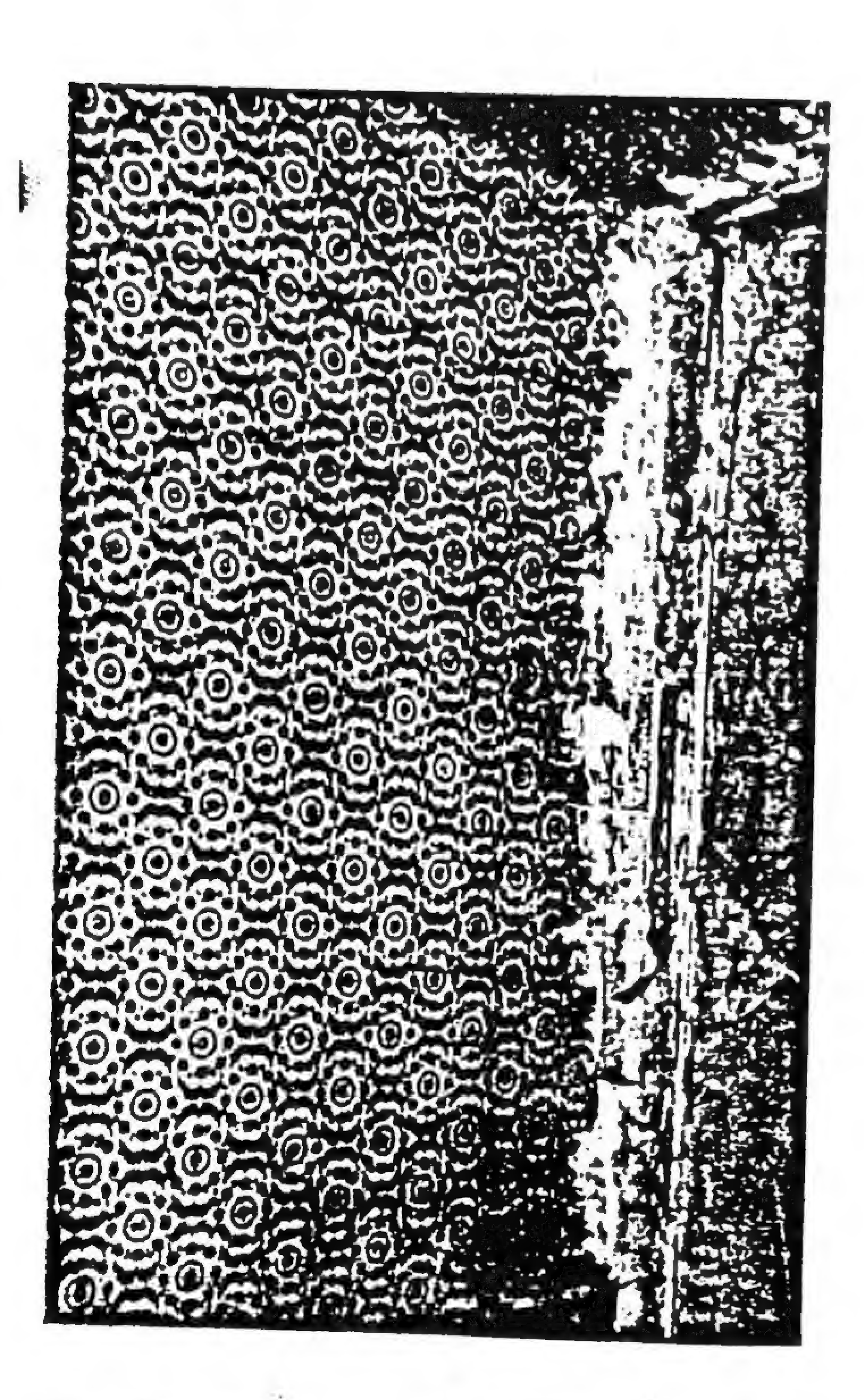
Im Anschluß an die Räumung gab es eine Spontan"demo" zur Uferlaterne (der besagte Krach der drinnen das Ende der Versammlung beschleunigte). Was dann folgte, war für alle etwas überraschend, im nachhinein gesehen, hat es den netten Teil des Abends aber erst möglich gemacht. Nachdem die Kiezküche vor der Versammlungskneipe sich aufgelöst hatte, und Skoblo im Taxi entschwunden war, löste sich gleichsam auch die Bullenpräsenz auf, wir haben wohl einen allzu schlappen Eindruck gemacht. Während aber die Bullen in Richtung Sonnenallee abzogen, begann es vor den Häusern Treptower Ecke Weigandufer wieder lebendig zu werden. Nicht zuletzt aufgrund des Drängens so mancher MieterInnen, vor allem der türkischen, gingen wieder Leute in die Häuser, machten mal hier mal da eine Wohnung auf und plötzlich hingen wieder Transparente. Es kamen auch wieder Leute vor die Häuser und erst jetzt wurde die Stimmung so richtig hübsch. Die Solidarität der türkischen MieterInnen drückte sich zudem durch eine eigene, spontane Besetzung, aus. Die Buellen kamen erst viel später, zunächst nur mit einem six-pack, um dem Treiben erstaunt zuzusehen. Es war nur schade, daß einige der UnterstützerInnen bereits nach der ersten Räumung gegangen waren und den Abend wohl eher als Frust verbuchen mußten.

Auch wenn diese zweite Besetzung dann schließlich doch geräumt wurde, auch wenn dabei weitere 8 Leute festgenommen wurden (eine Frau wurde auf die Friesenwache gebracht und edbehandelt), so war diese zweite Besetzung doch eminent wichtig. Im Grunde war es das gewisse etwas, was uns nun die power gibt, weiter am Werra-Block und an Skoblo dran zu bleiben. Einen ähnlichen Frust wie am 20. Dezember hätten wir wahrscheinlich erstmal nicht verkraftet.

Dennoch, vieles hätte vielleicht besser laufen können an diesem Montag. Hinterher ist mensch immer schlauer, aber das Festhalten an unserem Konzept während der Versammlung in die Wohnungen reinzugehen, um die Besetzung dann zu einem möglichst günstigen Zeitpunkt auf der MieterInnenversammlung öffentlich zu machen, war letzlich doch sehr unfelxibel. Dadurch, daß mensch nicht ohne weiteres aufdie Versammlung gehen konnte, fehlte auch der Kontakt zwischen der Uferlaterne und den Leuten draußen, bzw. in den Wohnungen. Davon ausgehend, wäre eigentlich zu überlegen gewesen, ob die beiden Filme tatsächlich so unabhängig voneinander stattfinden mußten, ob es nicht besser gewesen wäre, den Zeitpunkt der Besetzung auf ein vermuetetes Ende der Versammlung zu legen, um so einer Räumung während der Versammlung (die wir im übrigen so auch nicht mit bedacht hatten) vorzubeugen.
Des weiteren hätte es der miesen Stimmung während des ersten Bulleneinsatzes auch nicht weiter geschadet, wenn mensch sich vielleicht aus den Wohnungen verdrückt hätte, bevor die Bullen kamen. Wir hatten zwar beschlossen drin zu bleiben, weil wir nur so dachten, unseren Anspruch auf die Wohnungen auch ernsthaft deutlich machen zu können, abevr wenn es schon mal so schief geht, dann braucht mensch sich nicht noch unnötig ein Verfahren ranhängen.
Zu guter Letzt hat unser Megaphon sehr sehr schlecht funktioniert. Eigentlich sollte im Falle einer Räumung eine Demo stattfinden, ob es nur am Mega lag, daß dies nicht passierte wissen wir nicht, aufgrund der Umstände mit der schnellen Räumung waren wir wohl aber nicht in der Lage, den UnterstützerInnen draußen etwas von unseren weiteren Vorstellungen (soweit es sie gab) zu vermitteln.

Aber Fehler sind dazu da, aus ihnen zu lernen.

AUF ZU NEUEN UFERN oder GRUNDZÜGE EINER REVOLUTIONÄREN INVESTITIONSPOLITIK



Wie also weiter, so die Standartfrage. Wir hoffen, daß das folgende nicht nur die übliche Standartantwort ist. Wir haben jedenfalls Schwerpunkte gesetzt. Wir werden uns nun vorrangig um Skoblo und die "IMMOBILIEN BRAUN" kümmern, Skoblos Machenschaften immer wieder bennennen, ihn solange traktieren, bis er sich gezwungen sieht, unseren Forderungen und den Forderungen der MieterInnen nachzugeben. Diesen Entschluß haben uns die MieterInnen auf ihre Art leicht gemacht.
Sie nämlich haben nun, unter dem Eindruck des 15. quasi einen neuen Kick bekommen und gehen nun die Mängel und auch die Vorbereitung der nächsten Versammlung mit etwas mehr eigener Kontinuität an. Im Grunde gibt es sowas wie eine Ungleichzeitigkeit der Aktivitäten. Während die meisten von uns nach dem 15. erstmal die Räumung und den Auftritt Skoblos im Kopf hatten, werden wir von den MieterInnen nun immer mehr auf die Besetzung und weitere die folgen müßten angesprochen. Auf der einen Seite Enttäuschung und Desillsuionierung, auf der anderen Seite ein (hoffentlich dauerhafter) Aktivitätsschub. Aber vielleicht ist das gut so, nicht nur die eigene Dramaturgie oder besser Eskalation im Kopf zu haben, sondern mitzukriegen, daß wir oft mit zu wenig Geduld und Blick auf die Leute agieren.
Die Aktivitäten der MieterInnen, insbesondere was die Mängellisten angeht, erfahren breite Unterstützung im Block. Der Rücklauf ist erheblich, und nocheinmal wird es sich Skoblo nicht so einfach machen können wie am 15. Wir selbst werden in Kürze, zusammen mit MieterInnen, ebenfalls im Block rumgehen, und sehen, inwieweit die MieterInnen bereit sind, die Forderung nach Einstellung aller Ermittlungsverfahren und Rücknahme der Strafanträge zu unterstützen.

Wir sind jedenfalls gespannt und voller Erwartung. Es ist uns bewußt, daß die Aktivitäten weniger oder einzelner MieterInnen eine Selbstorganisierung von allen auf Dauer nicht zu ersetzen vermag. Auf der anderen Seite ist ohne solche Aktivität, d.h. auf den von uns einberufenen MieterInnenversammlungen selbst nichts konkretes herausgekommen. Hoffen wir also, daß so jetzt der Stein d.h. auch Instandsetzungsklagen und Mietminderungen, ins Rollen kommt, oder besser: Skoblo gleich in die Knie gezwungen wird.

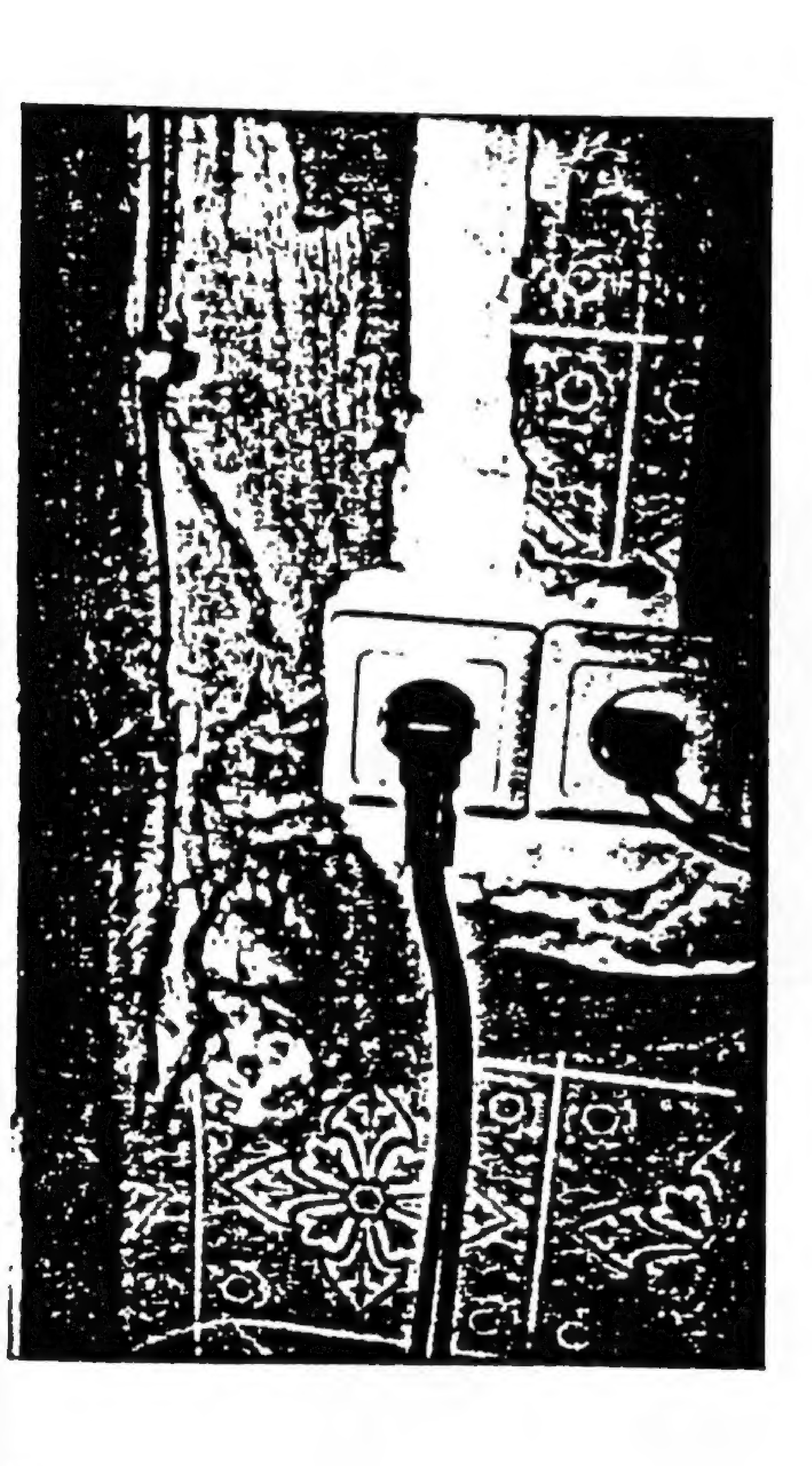
Hat uns das alles bisher, die MV's zu Anfang, die Demo und die Kundgebungen, die Blockaden und jetzt der 15. Januar den leeren Wohnungen näher gebracht?
Schwierig. Die meist doch recht zügigen Räumungen lassen eher das Gegenteil vermuten. Und Skoblo selbst hat es bisher überhaupt nicht für nötig befunden, zu unseren Forderungen Stellung zu beziehen...
Wirklich? Oder ist es nicht eher so , daß wenn so einer, wie Skoblo einer zu sein scheint, Stellung bezieht, es für ihn bereits einer persönlichen Niederlage gleichkommt?
Ist nicht bereits die Tatsache, daß er sich zu einer Versammlung wie der am 15. genötigt sah, Beweis genug für den Druck, dem er sich ausgesetzt sieht?
Sind nicht seine Ausbrüche, seine Nervosität während der Versammlung beredter Ausdruck dafür, daß da einer nicht mehr souverän agiert, sondern, sich unschlüssig und unsicher über alles drumherum, eher nur noch, in einer Art Flucht nach vorne, reagiert?
Ist Skoblo angeschlagen oder einfach nur unschlagbar arrogant?

Materiell sind wir, um es mal im slang zu formulieren, den Wohnungen nicht näher, aber wir sind doch am Drücker. Noch während der Blockadetage hatte Neuköllns Baustadtrat Wolfgang Branoner verkündet, die leeren Wohnungen wären in Kürze dem Markt zugänglich. Knappe drei Wochen später, am 15., hatte Skoblo einer SFB-Reporterin gegenüber eingestehen müssen, lediglich 15-20 (der insgesamt 90!) Wohnungen wären in ungefähr einem viertel Jahr bezugs-

fertig. Es stimmt also vorne und hinten nicht. Noch bekommt Skoblo von Branoner uneingeschränkte Unterstützung, so auch am 16. Januar, als Branoner über die "Morgenpost" verlauten ließ, "die meisten Wohnungen im Block wären bereits fertig saniert." Diesem Treiben des Neuköllner Bezirksamtes, das sich einmal mehr zum Erfüllungsgehilfen des Spekulantensumpfes macht, werden wir jedenfalls nicht weiter tatenlos zusehen.

Wir gehen davon aus, daß es durchaus im Bereich des möglichen liegt, daß sich skoblo in erheblichen Kapitalschwierogkeiten befindet. Wie ist es sonst zu erklären, daß er die Bauarbeiten nicht verdoppelt und verdreifacht, daß es vor aller Öffentlichkeit zugibt, seinen ursprünglichen Zeitplan nicht einhalten zu können. Hier wollen wir etwas nachhelfen. Wir werden den Bezirk nicht auffordern, Leerstandsgelder zu verhängen, wir wollen aber soviel Druck machen, daß es sich ein Branoner lieber zweimal überlegt, ob er nicht auf diese Weise versucht, den Unmut einzudämmen. Skoblo wird sich darüber mit Sicherheit nicht freuen. Wir wollen, um es mal etwas großspurig zu formulieren, dahin kommen, daß Skoblo als einzige Lösung es übrigbleibt, die Wohnungen uns und anderen Wohnungssuchenden zur Verfügung zu stellen, will er sich nicht weiter im Schußfeld der Öffentlichkeit und damit auch des damit erzeugten Handlungsbedarfs etwa beim Bezirk, sehen.





Skoblo scheint erhebliche Probleme damit zu haben, was wir immer so schön als "Kampagne" bezeichnen. Auf diese Wunde wollen wir Salz streuen. Die "Begehung" des Savoy-Hotels einen Tag nach der Räumung war da erst der Anfang. Etwas Kontinuität würde hier nicht schaden. Nicht jeder Savoy-Gast ist wohl bereit oder geduldig genug, ständig den Anblick roter oder grüner Haare über dem eigenen Tellerrand zu ertragen, da wird vielleicht so mancher dem Hotel seinen Rücken kehren, trotz der Pornos, die da im übrigen in jeder Nachttischschublade liegen.

Oder nehemen wie Skoblos Praxis, die ebenfalls als Reaktion auf die Räumung bereits ein erster Mal "besucht" wurde. Wie wäre es, wenn z.B. plötzlich irgendwelche ÖTV-Betriebsgruppen in den Krankenhäusern, etwa im RVK, dazu aufrufen, Skoblos Institut für Laboratoriumsmedizin (Seestr. 50) zu meiden. Wie wäre es,wenn wir erfahren würden, was dort, und vor allem für wen dort geforscht wird, wenn wir des öfteren, wie am 16., dort Flugblätter an PassantInnen und Beschäftigte verteilen und sie wissen lassen, mit wem sie es eigentlich zu tun haben.

Was würdet ihr als Hausbesitzer sagen, wenn sich plötzlich aus ALLEN euren Häusern die MieterInnen zusammentun, auch wenn sie nur fordern, was ihnen nach dem Gesetz ohnehin zusteht (z.b. die Mängelbeseitigung nach § 536, BGB)

An Ideen fehlt es jedenfalls nicht. Einige von ihnen werden z.Zt. auch bereits angegangen. So wird es z.B. Mitte Februar ein Plakat geben, auf dem an die 100 ! Neuköllner Projekte, Kneipen, Betriebe, Inis usw. die Forderungen von MieterInnen und Wohnungssuchenden öffentlich unterstützen werden. Des weiteren wird in Kürze ein zweites Flugblatt erscheinen, das in großer Auflage verteilt werden soll.



Wir können uns nun auf Skoblo und die "IMMOBILIEN BRAUN" konzentrieren, weil die MieterInnen uns vieles an Arbeit abnehmen, und selbst einiges an Ideen entwickeln (Z.B. hängen bereits an drei Wohnungen Transparente, weitere werden folgen). Um dieses alles umzusetzen bedarf es aber der Verbreiterung. Die Beteiligung an den Plena, die Verteilung der alltäglichen Arbeit entspricht nicht dem Interesse, das dem Werra-Block mittlerweile offensichtlich entgegengebracht wird. Nach Aktionen wie der am 15. , zu denen sich auch andere Gruppen eingeklinkt haben, sind wir meistens wieder auf unsere "Stammbelegschaft", d.i. 20-25 Leute, geschrumpft.

Warum?
Ist es unsere Unfähigkeit die jeweils anstehenden Diskussionen neuen Leuten/Gruppen so zu vermitteln, daß sie sich auch, längerfristig, daran beteiligen können?
Ist es der ganze Wust an Alltagsarbeit, die bei einem solchen Projekt ansteht, bei dem wir eben nicht unter uns sind, sondern uns mit Leuten auseinandersetzen müssen, die uns kulturell und polkitisch oftmals fremd sind?
Ist es die scheinbar mangelnde Erfolgsaussicht, irgendwann einmal in die leeren Wohnungen auch einziehen zu können, und sich nicht nur mit dem Ruf als "MieterInnenkämpferInnen" schmücken zu lassen?
Ist es die Lage des Werra-Blocks ganz weit draußen? (Falls ja, habt ihr euch schon mal überlegt, daß das EX vom Zentrum (Heini) weiter entfernt ist, als der Werra-Block)

Wir würden das gerne mit allen ehemals-, noch, und neu-Interessierten diskutieren.

Nicht zuletzt deshalb haben wir auch dieses Papier geschrieben, das hoffentlich auch diskustiert und nicht, auch trotz der Länge, nur abgeheftet wird.

Skoblo ist ins Schwimmen gekommen.
Auch die titanic ist untergegangen.
Helfen wir nach!

WIR TREFFEN UNS JEDEN FREITAG UM 19 UHR
IM KRÜMELLADEN IN DER WESERSTRASSE 155
IN NEUKÖLLN

1989.

- 1.11. Die Mottenpoist berichtet zum erstenmal über den Werra-Block
- 12.11. erstes Werra-Block-Plenum (zuvor erstes Rundschreiben an die MieterInnen
- 19.11. erste MieterInnenversammlung
- 26.11. zweite MieterInnenversammlung
- 1.12. "WEnn Ärzte krank machen" Flugblatt in 10.000er Auflage
- 3.12. dritte MieterInneversammlung
- 8.12. erstes Werra-Block Plakat (ua. Aufruf zu den Kundgebungen am 14.12.)
- 10.12. MV-Krisensitzung
- 14.12. Demo und Kundgebungen am Rathaus Neukölln, auf der Karl-Marx-Str. und am Werra-Block
- 17.12. Treffen mit MieterInnen wegen des Leerstands
- 18.12. erster Blockadetag, die Bauarbeiten konten wgen verklebter Schlösser nicht statfinden
- 19.12. zweiter Blockadetag, starring W. Branoner der offene Brief wird der Hausverwaltung übergeben. Transparente werden rausgehängt.
- 20.12. gescheiterte Besetzung
- 26.12. der Skoblo Brief als Reaktion auf den offenen Brief taucht auf
- 30.12. die erste Wohnung wird schleichend be setzt

1990

- 11. 1. Skoblo kündigt Einlaßkontrollen für den 15. an
- 14. 1. Dia-Show über die Firmen Skoblos in der Treptower 19
- 15. 1. Skoblos MieterInnenversammlung unter Bullenschutz. Zweimal Besetzung , zweimal Räumung
- 16.1. Besuch beim Savoy-Hotel und beim Institut in der seestrasse
- 18. 1. Das Skoblo Flugblatt erscheint in der "INTERIM"
- 28. 1. Kiezküche im Syndikat mit Infos über den Werra-Block

...
...
...
...

Wir werden noch viele Seiten in der "INTERIM" in Beschlag nehmen



remise danckelmannstraße 54 a, 2. hof

15. märz - das ultimatum ?

seit 11. november 89 ist die remise (stallgebäude) von obdachlosen studentInnen, sog. arbeitslosen und schülerInnen besetzt. das haus stand seit mai 89 völlig leer. zusammen mit nachbarInnen und der initiative der "dynamischen obdachlosen" machten wir unser haus bewohnbar.

unsere nachbarInnen - die bewohnerInnen des blocks 117 -, al-fraktion charlottenburg, ajw, andere besetzte häuser u.s.w. unterstützen unsere selbsthilfe. verwunderlich: selbst die w.i.r. (ehemals neue heimat) würde uns mietverträge geben. einzig die spd, baustadtrat dyckhoff und stadtplanungsamt lassen eine friedliche lösung nicht zu:

- sie wollen absolute planungsfreiheit, trotz wohnungsnot
- sie wollen vielleicht eine großkita für 200 kinder, d.h. eine einseitige, belastende nutzung des blocks 117, der wir weichen müßten
- noch lebt das sanierungsmonster in unserem kiez !

unserer forderung, das dach des hauses instandzusetzen, gaben sie bereits nach; gleichzeitig setzten sie uns eine frist:

wir kämpfen gegen eine räumung am 15. märz !

termine:

- donnerstag, 15.2.90, 15.30 uhr:
  übergabe der unterschriftensammlung in der bvv
  treff: rathaus charlottenburg, haupteingang
- freitag, 23.2.90:
  solifete im drugstore (achte auf die plakate) !
- täglich 15.00 bis 24.00 uhr:
  café der 19.000 wohnungslosen in der remise

besetzerInnen danckel 54 a, ch A otenburg
u-bhf sophie-charl.-platz, bus 54, 74, 62

DOKU ...mentation

In der Dezembersitzung der BVV stellte die AL-Fraktion den Antrag, für ein dauerhaftes Wohnen dort die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen. Nachdem die SPD signalisierte, das Ersuchen abzulehnen, einigten sich beide Parteien nach langen Verhandlungen auf folgenden kleinen Kompromiß:

"Das Bezirksamt wird aufgefordert, im Rahmen seiner Möglichkeiten alle Anstrengungen zu ergreifen, den obdachlosen Arbeitslosen, StudentInnen und SchülerInnen, die seit dem 11. November die leerstehende Remise in der Danckelmannstraße 54 (SOK) belegen, dort ein Wohnen bis zum 15. März zu ermöglichen".

(Beschluß Nr. 236 vom 14. 12.89: 22 Ja-Stimmen (SPD,AL; 16 Enthaltungen)

OSTEUROPAS REAKTIONÄRE SAUCE QUILLT ÜBER

Bei diesem Text handelt es sich um einen aktuellen Redebeitrag von Ingrid Strobl, Essen, den 6.12.89

Nie wieder Wiedervereinigung!

Da ich nicht mit euch diskutieren kann, will ich vorab zwei Schwierigkeiten klären, unter denen dieses Referat entstanden ist: Isoliert in einer Gefängniszelle bin ich auf das angewiesen, was ich durch Presse und Radio, Briefe und Besuche an Informationen mitbekomme. Ich kann meine Eindrücke und die Schlüsse, die ich daraus zeihe, mit niemanden diskutieren. Dieses Referat entsteht also in einer Art pervertiertem Elfenbeinturm. Ein möglicher Vorteil daran ist, daß mein Blick dadurch schärfer ist und von keiner Rührung getrübt.

Die zweite Schwierigkeit besteht darin, daß sich die aktuelle Situation in den realsozialistischen Staaten und speziell in der DDR so schnell und ständig ändert. Was heißt, sie wird an dem Tag, an dem ihr dieses Referat hört, schon wieder eine andere sein als an dem Tag, an dem ich schreibe.

Dennoch fürchte ich, daß sich bestimmte Grundlinien, die ich in diesem Referat aufzeigen will, eher verstärken werden, als daß sie verschwinden. Zu den ganz wesentlichen ökonomischen Implikationen und Folgen der aktuellen Situation sage ich hier nichts. Darüber wissen andere mehr und haben auch die besseren Informationen. Ich konzentriere mich hier auf ein offensichtliches und dennoch wenig beachtetes Phänomen: Die faschistoiden, rassistischen und sexistischen Tendenzen, die im Rahmen der sogenannten Volksbewegungen gegen den Realsozialismus auftauchen.

Was heute in Osteuropa stattfindet, ist der Zusammenbruch des sogenannten realen Sozialismus. So weit so gut. Dabei wird jedoch immer deutlicher, daß dieser Zusammenbruch nicht die Geburtsstunde eines anderen Sozialismus bedeutet, eines wahren Kommunismus, einer sozialen Revolution, oder wie immer wir das Kind auch nennen mögen.

Ganz im Gegenteil führt dieser Zusammenbruch zu einem enormen Terraingewinn des Imperialismus, auf ökonomische wie politischem Gebiet. Und das geschieht – zumindest noch mit dem Einverständnis weiter Teile der Bevölkerung in den betroffenen Ländern.

Wenn nun heute aus Polen aber auch aus anderen osteuropäischen Ländern wieder offen antisemitische Töne zu hören sind, dann äußert sich ein gleichsam „befreiter" Antisemitismus, der in Teilen der Bevölkerung traditionell vorhanden war und von der Kirche traditionell geschürt wurde. Diese Form des traditionellen Antisemitismus, den die Kommunistischen Parteien für sich in Anspruch nahmen, ad absurdum geführt.

Der weibliche Teil der Bevölkerung wurde in den realsozialistischen Staaten Osteuropas zwar in die Produktion geschickt, Scheidung und Abtreibung wurden legalisiert und offiziell die Gleichstellung der Geschlechter als vollendete Tatsache verkündet. De facto aber arbeiten die Frauen in diesen Staaten für weniger Lohn als Männer in dr Produktion. Sie sind alleinverantwortlich für den gesamten Reproduktionsbereich. Sie sind alleinverantwortlich für Verhütung und aufgrund der nicht existenten Verhütungsmittel zu permanenten Abtreibungen gezwungen. Und sie dienen quasi selbstverständlich als private Sexual- und Agressionsobjekte ihrer Besitzer, sprich Ehemänner.

Der Aufstand ist bekanntlich gescheitert, und Polen wurde – ziemlich unfreiwillig – kommunistisch, oder das, was die Stalinisten unter kommunistisch verstanden. Unter dem Deckel der dem polnischen Topf gewaltsam aufgesetzt wurde, gärten aber Nationalismus, Katholizismus und Antisemitismus weiter und griffen möglicherweise auch auf Teile der Arbeiterklasse über, die bisher dem Kommunismus indifferent und sympathisierend gegenüber gestanden hatten. Wenn nun heute dieser Deckel gelüftet wird, quillt, eben das an reaktionärer Sauce über, was schon immer darunter war und noch 40 Jahre gären konnte.

Ähnliches gilt für Ungarn, die baltischen Staaten, und mit Einschränkungen auch für die Tschechoslowakei.

Nationalchauvinistische, faschistische und kapitalistische Tendenzen wurden in diesen Staaten nach dem Krieg verboten. Antisemitismus und Sexismus aber erfüllen weiterhin wichtige Funktionen. Sie dienten quasi als Schmiermittel zwischen alter und neuer Gesellschaft und als Konsensangebot an weite Teile der Bevölkerung. Phasenweise griffen die kommunistischen Parteien dieser Länder den Antisemitismus auf; um ihn gegen eigene Mitglieder und gegen Gegner zu wenden. Auf diese Art versuchte zum Beispiel die polnische KP in den 60er Jahren, sich von dem Vorwurf freizumachen, sie sei „verjudet."

Mahnmahl im ehemaligen KZ Buchenwald

Eines ist fast allen Staaten Osteuropas gemeinsam: Die Gesellschaftsordnung, in der die Menschen dort leben, wurde von ihnen nicht erkämpft. Sie wurde nicht einmal von der Mehrheit gewünscht. Sie wurde ihnen von der Siegermacht SU, die diese Staaten von der deutschen Besatzung befreite, aufgewzungen. Die polnische Besatzung zum Beispiel sympathisierte während der deutschen Besatzung mehrheitlich mit der reaktionären Londoner Exilregierung. Die Kommunistische Partei fand nur vergleichsweise wenig Anhänger. Und da viele polnische Kommunistinnen und Kommunisten Juden waren, diskreditierte sich die Partei noch zusätzlich bei der weitgehend antisemitischen Bevölkerung. Der Warschauer Aufstand von 1944 – nicht zu verwechseln mit dem Ghetto-Aufstand – war der Versuch, der Befreiung durch die Rote Armee zuvorzukommen und eine Rückkehr der bürgerlich-reaktionären Exilregierung sicherzustellen. Dieser Aufstand richtete sich zwar praktisch gegen die deutschen Besatzer, von der Intention her aber gegen eine mögliche kommunistische Machtübernahme.

Wenn also nun, im Namen von Perestroika, der offene Sexismus in Form von Pornographie, Miß-Wahlen etc. fröhliche Urständ feiert, dann geschieht das, was bisher in den Privatbereich verdrängt war, nun auch in der Öffentlichkeit und für die – männliche – Öffentlichkeit.

Die sogenannte Öffnung des Ostblockes, die sog. Freiheit, die dort vom sog. Volk eingefordert wurde, bedeutet also – neben allen empanzipatorischen Tendenzen, die darin enthalten sind – folgendes:

Kapitalistische, nationalchauvinistische, rassistische und sexistische Tendenzen, die bisher vom stalininstischen Deckel mehr oder weniger unter Verschluß gehalten wurden, drängen nun radikaler als bisher an die Oberfläche und fordern ihre Rechte.

Menschen, die als Sozialismus Jahrzehnte lang ausschließlich den sog. realen Sozialismus erlebt haben, dürften schwer davon zu überzeugen sein, daß es einen anderen Sozialismus geben könnte, und daß es sich lohnen könnte, ihn nun zu erkämpfen.

Der Imperialismus hat mittels 40 Jahren kalten Krieges systematisch auf das hingearbeitet, was jetzt geschieht. Das EG- und speziell das BRD-Kapital halten schon die Mittel bereit, um diese Staaten wirtschaftlich zu erobern, um Resourcen und Menschen endlich ungehindert und nach eigenen Maßgaben ausbeuten zu können.

Der immer schon vorhandene und sich nun verschärfende Sexismus arbeitet dem imperialistischen Eroberungsprojekt entgegen. Die bei der Umstellung auf Privatwirtschaft nicht nur unvermeidlichen sondern auch erwünschten Massenentlassungen können vorerst von den Frauen aufgefangen werden, die, dank ihrer extremen Doppelbelastung der Produktion zum Teil auch noch „freiwillig" den Rücken kehren werden.

Scheinbar ähnlich und dennoch qualitativ völlig anders stellt sich die Situation in der DDR dar.



Die Staaten Osteuropas haben eine Geschichte gemeinsam, die von Kolonisierung und Fremdherrschaft geprägt ist. Ungarn war vom kaiserlichen Österreich beherrscht. Polen war dreigeteilt unter österreichischer, preußischer und russischer Herrschaft. Die baltischen Staaten waren zum Teil vom Zarenreich annektiert. Alle diese Staaten erlebten nur eine kurze Phase nationaler Unabhängigkeit, und zwar unter reaktionären bis faschistischen Regierungen. Dann wurden sie vom nationalsozialistischen Deutschland besetzt, ausgebeutet und im wahrsten Sinne des Wortes ausgeblutet.

Der Imperialismus macht sich also heute mit der Eroberung dieser Staaten Menschen zu Opfern, die schon vorher Jahrhunderte lang Opfer von Fremdherrschaft und Kolonisierung waren.

Die DDR dagegen ist ein Teil des ehemaligen Deutschland. Des preußischen Deutschland, das ein Drittel Polens beherrschte, des wilhelminischen Deutschland, das den ersten Weltkrieg begann, des nationalsozialistischen Deutschland, das für den zweiten Weltkrieg und die Shoa verantwortlich ist.

Im Gegensatz zu den USA und Großbritanien, die nur ein jahr lang gegen Deutschland kämpften, und das auf fremden Boden, war die SU selbst unmittelbares Opfer des NS. Weite Teile der Sowjetunion waren von Wehrmacht und Einsatzgruppen er-



obert. Vier Jahre lang kämpften Rote Armee und Partisanen gegen die deutschen Eroberer. Nach ihrem Sieg über die mörderischen Herrenmenschen hatten die Sowjets ein massives Interesse daran, den Faschismus tatsächlich zu vernichten. Zumal der ehemalige Verbündete Churchill schon kurz nach Kriegsende verkündete, man habe „das falsche Schwein geschlachtet." So sorgten die sowjetischen Besatzer dafür, daß in ihrer Zone des besiegten Deutschlands Leute die Macht übernahmen, die sich als Antifaschisten bewiesen hatten. Während in der BRD ehemalige Nazis die neuen Machthaber die angeblich neue Gesellschaft aufbauten, erklärten die neuen Machthaber in der DDR den Antifaschismus zur Staatsraison.

Doch was auf einen kleinen Teil edr Bevölkerung und auf die neuen Inhaber gesellschaftlicher Machtpositionen tatsächlich zutraf, daß sie nämlich ausgewiesene Antifaschisten waren, das galt noch lange nicht für einen großen Teil der Gesamtbevölkerung der DDR.

Das deutsche Volk hat während des Nationalsozialismus in seiner großen Mehrheit dem NS-Terror passiv zugesehen, implizit oder direkt von ihm profitiert oder aktiv an ihm teilgenommen. Dieses Volk von schweigenden, applaudierenden und mordenden Ariern wurde jahrelang mit einer Propaganda gefüttert, die russische Menschen als slawische Untermenschen und bolschewistische Bestien darstellte. Und was eine zeitlang reine Propaganda gewesen sein mag, das setzte sich spätestens im letzten Kriegjahr in real empfundene Ängste um. Je mehr sich die Rote Armee dem Reichsgebiet näherte, desto größer wurde die Panik der bestehenden Rache der „Untermenschen."

Die heutige DDR wurde von eben diesen „Untermenschen" und „bolschewistischen Bestien" erobert. Und sie zwangen dem besiegten deutschen Volk ein Regime nach ihrem Willen auf. Den vom hohen Roß gestoßenen Herrenmenschen wurde nun der Antifaschismus per Dekret verordnet. Doch indem Chauvinismus und Rassismus verboten wurden, wurden sie nicht vernichtet, sondern lediglich in den Untergrund gedrängt. Wie sie dort weiterwirkten oder sich womöglich verbreiteten, das weiß niemand, da es Chauvinismus und Rassismus in der DDR offiziell genauso wenig gibt wie eine Unterdrückung der Frauen.



In der DDR wurden 13.000 NS-Verbrecher rechtskräftig verurteilt. Politische und gesellschaftliche Institutionen wurden weitgehend entnazifiziert. Doch die Entnazifizierung der Bevölkerung beschränkte sich größtenteils darauf, einen staatlich verordneten Antifaschismus zur Pflichtübung zu erheben. Und zudem verkam verkam der tatsächliche Antifaschismus zusehends zur Bemäntelung der Machtpolitik der herrschenden Bürokreten.

Heute berichten Lehrer aus der DDR, daß der Besuch von Gedenkstätten rapide nachläßt, seit er den Schülern nicht mehr vorgeschrieben wird. Und daß die Schülerinnen und Schüler selbst neonazistische Gruppierungen als legtimen Protest gegen das verhaßte Regime akzeptierten.

Grüne und Linke in der BRD warnen, daß der Antisemitismus rapide zunimmt. Gleichzeitig konstatieren sie eine erschrekkende Ausländerfeindlichkeit, die sich gegen vietnamenische, cubanische und schwarzafrikanische Menschen gleichmaßen richtet. Traditionell verankert ist die Polenverachtung der DDR-Bürger, die es für ausgemacht halten, daß die „Polacken", die ehemaligen Opfer der Deutschen, faul, dreckig und arbeitsscheu seien. Ungarn, Polen und Rumänen beklagen sich nicht erst seit heute über das arrogante Herrenreiter-Auftreten von Urlaubern aus der DDR. Auch die Deutschen der Demokratischen Republik waren nie gefeit dagegen, sich als Deutsche für etwas besseres zu halten. So wenig wie sie als deutsche Männer gegen patriarchale Privilegien und plattesten Sexismus gefeit waren. Auch in der DDR sind die Frauen allein für den Reproduktionsbereich zuständig. Auch in der DDR gibt es prügelnde Ehemänner und Vergewaltiger und fast alles, was zu einem patriarchalen System gehört. Seit der sog. Vovemberrevolution können DDR-Mämmer endlich auch Penthaus an ihrem Zeitungskiosk erwerben. Und beim Westbesuch lassen sie sich Sexshops und Peep-Shows nicht entgehen.

Auch in der DDR hat also der stalinistische Deckel die vorhandene reaktionäre Sauce nur am Überlaufen gehindert. Nun, da er gelüftet wird, bricht sie sich freie Bahn.

„Wir sind das Volk", die Demo-Parole von gestern, zielte noch auf die Lüge der SED, das Volk (was auch immer das sei) habe die Macht in Staat und Wirtschaft inne. Heute brüllen Hunderttausende „ Deutschland einig Vaterland" und „Wir sind EIN Volk". Morgen wird möglicherweise mit der sogenannten Aufarbeitung des Stalinismus auch der Antifaschismus ausgeräumt. Es werden sich Leute finden, die betonen, daß die Stalinisten auch Antifaschisten waren. Daß also das Volk sich auch vom Antifaschismus befreien muß.

Damit es hier kein Mißverständnis gibt: Ich sage nicht, die Menschen in der DDR seien ein Volk von Faschisten. Vermutlich laufen in der DDR - noch - wesentlich weniger Neonazis herum als in der BRD. Ehemalige Nazis und deren Zöglinge spielen gesellschaftlich keine Rolle, ganz im Gegensatz zur BRD. Auch in der DDR-Opposition sind keine derartigen Tendenzen bemerkbar.

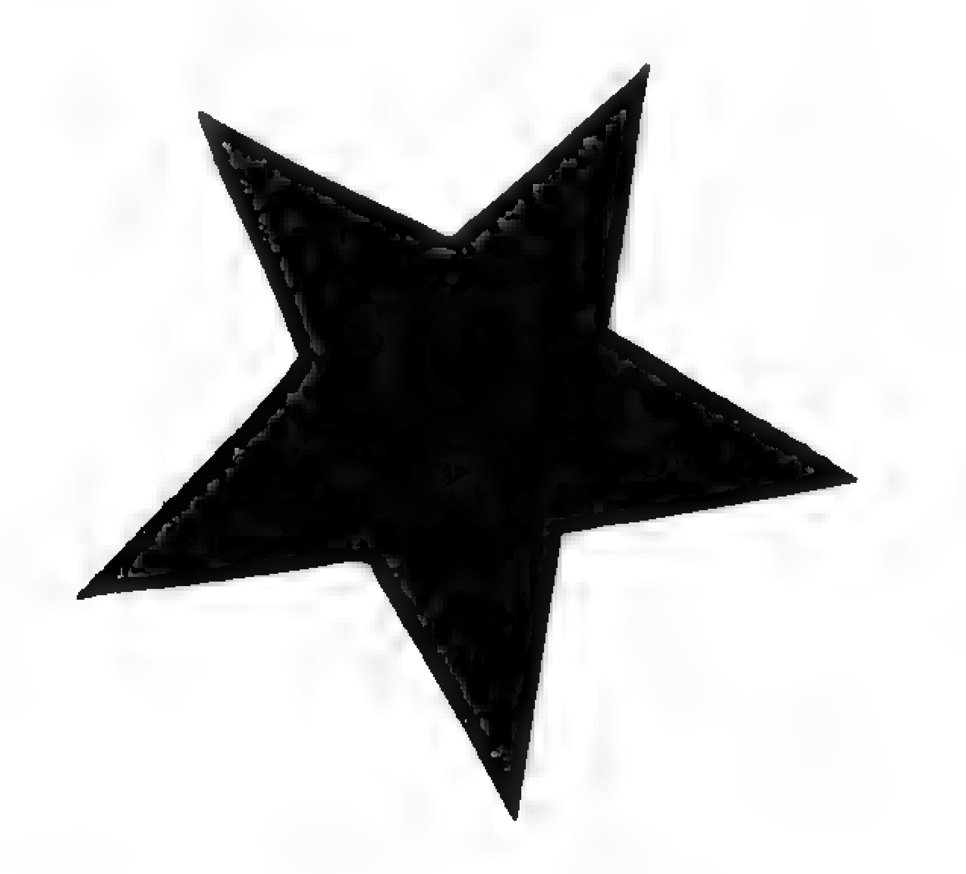
Es zeigt sich allerdings, daß diese Opposition schon heute auch in Opposition zu nicht geringen Teilen der Bevölkerung steht. Zumindest sie - die Opposition - sich für eine Selbständigkeit der DDR, für Sozialismus und gegen eine Wiedervereinigung einsetzt.

Ein nicht geringer Teil der DDR-Bevölkerung beginnt sich als EIN Volk, und zwar ein deutsches Volk zu definieren und fordert als solches sein Recht. Diese Begrifflichkeit und die Bedürfnisse, die darin zum Ausdruck kommen, verweisen auf ein spezifisch deutsches, klassen-ignorierendes Volksbewußtsein. Ein Voksbewußtsein, daß zutiefst reaktionär und potentiell faschistisch ist, und das sich vor nicht allzu langer Zeit als massenmörderisch erwiesen hat.

Ein vermutlich großer Teil der DDR-Bevölkerung lehnt nach 40 Jahren realem Sozialismus jede Form von Sozialismus ab und sympathisiert mit dem kapitalisitischen System der BRD. Das allein wäre schon traurig genug. Dazu kommt jedoch, daß die Sympathien für den BRD-Kapitalismus nicht allein materiell motiviert sind. Zu dem Wunsch nach den vielzitierten Bananen kommt der Anspruch, daß gerade Deutsche als Deutsche darauf mehr Recht haben als alle anderen. So wie DDR-Deutsche hier zutiefst empört sind, wenn sie ihre Notunterkünfte mit „Polacken" oder gar „Asylantengesindel" teilen müssen.

Die Losungen „Wir sind ein Volk" und „Einig deutsches Vaterland" sind sehr ernst zu nehmen, da sie ein Volk einklagen, das noch vor kurzem mit Reich und Führer einig war. Sie arbeiten dem Hegemonialstreben des Imperialismus entgegen, und sie signalisieren gleichzeitig Bestrebungen nach einer ganz spezifischen Machtposition eines künftigen imperialistischen Gesamtdeutschlands.

Daher auch die skeptischen und zurückhaltenden Reaktionen der imperialistischen Staaten. Die Öffnung der osteuropäischen Staaten bedeutet freie Bahn für den Weltmarktangriff. Das Fallen der innerdeutschen Grenze aber bedeutet, daß hier ein Konkurrent mit offenen Großmachtbestrebungen entstehen könnte. Die BRD nimmt schon jetzt die Führungsposition in der EG ein. Sie ist jetzt schon eine der mächtigsten imperialistischen Zentren. Sie bestimmt heute schon über die Verteilung des osteuropäischen Kuchens. Ein wiedervereinigtes Deutschland wird sich weder ökonomisch noch politisch noch militärisch in Bescheidenheit üben



Um es noch einmal zu sagen: Der Zusammenbruch des Realsozialismus führt nicht zu einer Befreiung der Menschen von Herrschaft und Armut. Er führt zu einer Vereinnahmung der osteuropäischen Länder, ihrer Menschen und Resourcen durch das EG-Kapital. Er führt zu einer Stärkung des Imperialismus weltweit und auf allen Ebeben: Ökonomisch, militärisch, politisch und ideologisch. Nach den angeblichen Revolutionen von Budapest bis Leipzig scheint nicht nur der Realsozialismus diskreditiert, sondern der Traum vom Sozialismus an sich. Das kapitalistische System hat scheinbar seine Überlegenheit bewiesen. Wer es jetzt noch bekämpft, muß entweder verrückt sein oder ein übriggebliebener Stalinist. Mit diesem umfassenden Terraingewinn des Imperilaismus erstarken logischerweise auch Sexismus und Rassismus, zwei Fundamente des Systems.

Die spezifisch deutsche Situation führt zusätzlich zu einem Erstarken nationalchauvinistischer und – weitergehend – faschistischer Tendenzen, die sich in der Forderung nach Wiedervereinigung teils verschleiert, teils ganz offen ausdrücken. Die reaktionären Tendenzen, die heute in der DDR unter dem abgeworfenen staatssozialistischen Deckel hochkochen, wirken unmittelbar auch auf die Entwicklung in der BRD.

Übersiedler und Aussiedler werden ganz offen als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt eingesetzt. Deutsche Unternehmer begeistern sich für ihren Arbeitseifer, ihre Mobilität und ihre Anspruchslosigkeit. Wie weitgegehnd oder für wielange die Über- und Aussiedler dieses Spiel mitspielen werden, ist schwer abzuschätzen. Ebenso wenig abzuschätzen ist, ob sie sich, so wie sie sich wehren, nur gegen ihre eigene Billigvernutzung auflehnen werden oder auch gegen die Ausbeutung aller Menschen, gegen die Aussonderung derer, die in der Hierarchie unter ihnen stehen. Wobei sich natürlich auch die Frage stellt, was wir tun können, um diese Entwicklungen mit zu beeinflußen. Tatsache ist, egal ob die neuen Bundesdeutschen das nun wollen oder nicht: Der enorme Nachschub an deutschen bzw. deutsch-stämmigen Arbeitskräften wird dazu benutzt, die Aussonderung und Vernichtung des „unwerten Lebens" hier ebenso voranzutreiben und zu legitimieren wie den weiteren AUsbau der Festung BRD bzw. der Festung Europa gegen nichtweiße Menschen. Dieser Ballast kann nur beschleunigt abgeworfen werden, die nötigen Instrumente stehen schon bereit oder haben ihre Effektivität bereits schon bewiesen. Sie heißen Gesundheitsreform, Sterbehilfe, vorgeburtliche Diagnostik, Ausländerrecht und Asylpolitik. Daß die Mehrheit der Ausgesonderten, der Psychiatrisierten, der Pflegefälle, der Dauerarmen Frauen sind, ist kein Zufall. Auch kein Zufall ist, daß ergänzend zu patriarchalen Ausländerpolitik für Frauen aus den armen Ländern Sonderbedingungen geschaffen wurden: Sie unterstehen nicht dem Asylgesetz, sondern dem Handelsrecht. Der Sklavinnenhandel mit der Ware Frau floriert, das Angebot wird durch die neuen Liefergesetze in Osteuropa weiter differenziert. Angesichts dieser Situation, angesichts dieses umfassenden Etappensieges des Imperilaismus und damit auch von Sexismus und Rassismus, liegt es nahe, zu resignieren. Liegt es nahe sich am Wettrennen um die letzten Nischen im System zu beteiligen, und das schlechte Gewissen damit zu beruhigen, daß jeder Widerstand gegen diesen überlegenen Gegner selbstmörderisch wäre.

Ich will hier keine Durchhalteparolen aus dem Knast plärren. Ich kann hier keine konkreten Handlungsvorschläge machen. Ich weiß nur, daß es angesichts dieser Situation, oder gerade aufgrund dieser Situation, weiterhin Menschen geben wird, die Widerstand leisten. Die die praktische Solidarität mit den ausgesonderten und von Vernichtung bedrohten, mit den nichtarischen und nichtweißen Menschen nicht nur fortsetzen sondern intensivieren werden. Nicht als edle Ritterinnen und Ritter, sondern weil sie selbst unter den herrschenden Verhältnissen nicht atmen können. Wir müssen uns warm anziehen, aber so, daß wir dabei beweglich bleiben können.

RASSISMUS IN DER SZENE

ich schreibe dieses papier, weil es mich ankotzt, daß bestimmtes verhalten von leuten aus "unseren" zusammenhängen totgeschwiegen oder gerechtfertigt wird, um nicht einen skandal heraufzubeschwören. auch ich habe keinen bock darauf, daß sich die counter-taz wieder was zusammenschmieren kann oder die regierungs-al mal wieder ihre these rechtsextrem gleich linksradikal untermauern kann. aber dennoch hab ich selbst erlebt, wie sich menschen -speziell typen-(!)- aus angeblich linken zusammenhängen wie faschisten verhalten haben. um einige leute nicht zu gefährden, der taz keinen stoff zu geben (falls denen zufällig eine interim in die hände fällt) und um die situation nicht zuzuspitzen, werde ich die situation allgemeingehalten beschreiben: es geht um ein ehemals besetztes haus in kreuzberg, in dem menschen aus der "szene" und außerdem noch polen/innen leben. bei"normalen" hausgemeinschaften ist es ja üblich, daß es zwischen unterschiedlichen kulturen wegen diverser vorurteile zu reibereien kommt. aber anscheinend sitzen diese vorurteile so tief, daß auch "linke" von diesen nicht frei sind. auf jeden fall meinten in diesem haus in kreuzberg einige leute mit den polen/innen nicht mehr klarzukommen. zumindest einer von ihnen erregte wegen seiner tierhaltung und der unterbringung von linken polen/innen in seiner <u>eigenen</u> wohnung die gemüter. daß ein kontakt zu den polen/innen wegen sprachschwierigkeiten die schuld der polen/innen selber ist, scheint auch klar zu sein. vielleicht mag es noch private gründe geben, aber überwiegend ist es anscheinend der lebensstil der polen/innen, weswegen diese aus dem haus rausgeschmissen werden sollen bzw. einer schon wurde. es gibt vielleicht noch andere gründe, wie die wohnungsnot oder der druck einer treuhandsgesellschaft (z.b. stern, gsg usw.), aber gegen solche spaltungsversuche von oben kann mensch sich wehren, wenn er/sie will. dennoch wurde einem polen ein ultimatum gestellt, obwohl andere hausbewohner/innen gegen den rausschmiß waren. ein vorher einberufenes plenum wurde von den rausschmeißern ignoriert. dafür erschienen sie umso zahlreicher zu dem ultimativ gesetzten termin, um ihre mehrheitsentscheidung (demokratie läßt grüßen) durchzusetzen. einige hausbewohner/innen wollten mit den rausschmeißern reden, was diese mit "keine diskussion, jetzt wird gehandelt" abwiegelten. daraufhin wurde ganz klar gesagt, daß entweder dieser pole freiwillig geht ("... bis ich die zigarette aufgeraucht habe...") oder er und alle, die sich in den weg stellten, würden rausgeschmissen, verprügelt oder aus dem

fenster geworfen werden. daraufhin schnapten sich drei mackermäßig auftretende typen den polen, zerrten ihn aus der wohnung, traten und schlugen ihn und prügelten ihn anschließend die treppen runter, während unten noch andere (angeblich mit basebal-schlägern) warteten. auf diese weise wurde der pole auf übelster art aus seiner wohnung "entfernt", in der er schon über 3 jahre gewohnt hatte. die anderen polen, einige hausbewohner und noch andere anwesende trauten sich nicht, wegen der aggressivität und brutalität der rausschmeißer einzugreifen.

wir hatten angst, das es ein blutbad geben würde oder tatsächlich jemensch aus dem fenster oder die treppe runterfliegen würde. es war in dieser situation vielleicht das beste, obwohl der pole einiges davontrug. als näxtes sollen die restlichen polen/innen rausgeschmissen werden. bisher interessieren sich kaum leute für eine veröffentlichung: die polen/innen sind eingeschüchtert oder vermuten die "deutsche mentalität", diedahinter steckt; die hausbewohner/innen, die auf der seite der polen/innen stehen, haben zumindest teilweise resigniert und außenstehende leute aus der szene meinen entweder, daß es besser für uns wäre, dies totzuschweigen oder rechtfertigen die aktion damit, daß die polen/innen sich nicht genug engagiert haben. daß die polen/innen sich aber hier in westberlin (und in der brd) erstmal in ganz neuen lebensverhältnissen zurechtfinden müssen -wobei ihnen von überall offener und verdeckter rassismus entgegenschlägt- dies scheint kaum wen zu interessieren. es sind halt nur die polen, die auf dem polenmarkt i ihre geschäfte machen, hier illegal leben und arbeiten und welche uns fremd sind. so fremd, daß mensch hier keinen kontakt zu ihnen will. es interessiert hier keine/n, daß die polen/innen bald zu tausenden abgeschoben werden sollen, daß sie kaum 'nen job finden oder sonstwie ihr überleben absichern können oder daß sie wie viele andere keine wohnung finden können. bei manchen polen/innen, wie in dem erwähnten haus, kommt dann noch hinzu, daß sie eine linke/linksradikale einstellung haben, mit der sie im polnischen und auch "unserem" staat verfolgt werden. wir sollten mal überlegen, was wir für einen umgang mit diesen menschen, die bisher hauptsächlich über ihre nationalität definiert werden, haben und haben wollen, damit nicht weiterhin leute zu handlangern dieses staates werden.

ein autonomer

VORFALL "STALINPLAKAT"

Im Rahmen der allgemein viel zuwenig geführten Stalinismusdebatte, aber gerade auch für die Westberliner linke Szene wichtigen Diskussion, insbesondere für anstehende Aktionsbündnisse Bsp. Kiezdemo am 12. Dezember 89, wollen wir noch einen kleinen Beitrag zusteuern, der eindeutig stalinistisches Denken und Politik beschreibt.

Wir, daß ist das agit-Druckkollektiv, und die auch für uns unerwartete Diskussion fing damit an, daß in der 2. Dezemberwoche leute von der KPD ein Plakat vorbeibrachten. Wir haben schon öfters was für die KPD gedruckt, das letzte Mal zum 1. Mai 89.
Die KPD besteht in Berlin aus ein paar Leuten, die sich früher KPD/ML nannten.

Als Motiv für das Plalat war STalin ganz groß und ein Aufruf zu ner Demo ab Oranienplatzam 21. Dezember anläßlich seines 128. Geburtstages. In der Hektik wurde das Plakat angenommen ohne richtig draufzusehen. Als wir das später nachholten war klar, daß wir das nicht drucken. Problem war, daß wir keine Telefonnr. bzw. Adresse der Leute hatten, die das Plakat vorbeigebracht haben und ihnen somit nicht Bescheid geben konnten.

4 Tage später kamen 2 Männer von der KPD und wollten das Plakat abholen. Ich war alleine und versuchte ihnen inhaltlich zu verklickern warum wir das Plakat nicht gedruckt haben.
Ich will andieser Stelle nicht inhaltlich-theoretisch auf die Debatte eingehen, weil dies den Rahmen dieses Artikels sprengen würde.
Jedenfalls wurde ich nach kurzem heftigen Gefecht als Trotzkistin, Revionistin, BZ-Leserin u.ä. beschimpft. Die beiden gingen wutschnaubend davon.

Ich mußte eher etwas grinsen oder hatte sowas schon erwartet, hätte es auch gut verstanden, wenn sie mich mehr darauf angemacht hätten, daß wir - inhaltlich unabhängig - 'ne Terminabsprache nicht eingehalten haben. Nun gut. Für mich war die Sache damit gelaufen. Nicht so für die KPD.

Ne' Woche später gibt's den ersten Anruf. So'n Typ mit stark hamburgerischen Slang ruft an und fragt ob denn der Eispickel schon angekommen wäre. MeinKollege frägt, welcher Eispickel denn? Ja wir sollten einen Eispickel bekommen und der würde auch angewendet werden und überhaupt bei uns würden doch Trotzkisten arbeiten.
Die meisten von Euch wissen vermutlich was es mit dem Eispickel auf sich hat, aber trotzdem nocheinmal, Trotzki wurde in Mexiko von Stalinisten mit einem Eispickel erschlagen.
Damit wird klar welches Denken bie den Kpdlern in Westberlin vorherrscht. Jeden Liquidieren der anderer Meinung ist.
Bis zu diesem Zeitpunkt hatte ich mich zwar schon immer von Stalinisten abgegrenzt, aber schon gedacht, daß es auch Berührungspunkte gibt. Das ist nun vorbei. Denn am Beispiel wie sich diese Leute uns gegenüber verhalten haben wird klar, daß es einfach um Ausmerzen andersdenkender geht und damit die damalige stalinistische Liqiudierungspolitik sehr bewußt mitgetragen wird.
Dieser Telefonanruf war nicht der erste und letzte gewesen. Wir bekamen 3-4 Wochen fast täglich Anrufe. Bsp.: Wir machen euch platt. Ihr Staatsschutzschweine. Dreckige Ratten, Trotzkisten u.ä.
Wir wollen, daß ihr wißt welches Denken in der KPD vorherrscht und daß bei zukünftigen Bündnisgeschichten N I X mit denen läuft.

Für ne' weitere Auseinandersetzung. die Agits

DIE WUT IN UNSEREN HERZEN WURDE ZUM FEUER IN EINER PLANUNGSZENTRALE DER MACHT

Wir haben in der Nacht von 2.2. auf den 3.2. 1990 in der Zentrale von Lahmayer International, in der Bürostadt Frankfurt-Niederrad mehrere Brandsätze gezündet.
Lahmayer International (LI) war/ist aktuell mit seinen Blaupausen-technokraten am Kernstück eines der weltweit größten Entwicklungs-projekte beteiligt:
am "Atatürk-Staudamm des Südostanatolienprojekt" (GAP) in Kurdistan. Regie über dieses Heer "beratender Ingenieure" führen RWE,die Dresdner und Deutsche Bank. Sie halten die Aktienmehrheit. LI selbst ist Mehr-heitseigner der Firma "Nuclear Ingenieur Service" (NIS), welche die Planung von Atomanlagen betreibt. Als im Herbst 1986 mehrere Brand-sätze in ein Gebäude von NIS in Hanau geschleudert wurden, sind die trikontinentalen Machenschaften von LI in der Erklärung schon einmal benannt worden.

Die Beteiligung am Atatürk-Staudamm entspricht der zerstörerischen Kontinuität dieser Firma. In den 70er Jahren z.B. projektierte LI zahlreiche Staudämme auf den Philippinen. Dies scheiterte am erbit-terten Widerstand der dortigen Bevölkerung. In den 80er Jahren lag einer Ihrer Schwerpunkte in Guatemala.

Unter dem Deckmantel "Energieversorgung in Entwicklungsländern" be-treibt LI seit Jahrzehnten Vernichtungsplanung durch Staudammprojekte: Zerstörung von lokalen Ökonomien und Regenwäldern, totale Zurichtung auf die Intressen der transnationalen Konzerne, Vertreibung der an-gestammten Bevölkerungen...

Ihr Eingriff in Kurdistan steht auch im Zusammenhang mit den Strate-gien von IWF und Weltbank. Das Diktat des Internationalen Währungsfond wurde unmittelbar nach dem türkischen Militärputsch 1980 durchgesetzt. Die NATO sicherte sich damit die Region mit ihrer strategischen Bedeu-tung gegen die UDSSR und den arabischen Raum. In deren Gefolge tritt verstärkt das EG-Kapital auf, um den türkisch besetzten Teil Kurdistans für den Weltmarkt umzustrukturieren.
Jahrzehntelang hält die Türkei den Nordwesten Kurdistans besetzt, die übrigen Teile Kurdistans sind vom Iran,Irak und Syrien annektiert.
Westdeutsche Firmen waren maßgeblich an dem Bau einer Giftgasfabrik i m Irak beteiligt, das Gas setzte das irakische Regime gegen die kurdische Bevölkerung ein. Noch größer ist die Beteiligung der BRD an der Auf-standsbekämpfung in Nordwest-Kurdistan: -das türkische Militär, deren Generäle jetzt mit dem Einsatz von Giftgas in den kurdischen Bergen drohen, ist mit deutschen Waffen ausgerüstet.

- Sondereinheiten("Schwarze Käfer"), die verwüstend, vergewaltigend und mordend durch die kurdischen Dörfer ziehen, sind vom Bundesgrenzschutz (BGS) ausgebildet.
- Kurdische Flüchtlinge werden aus der BRD abgeschoben und an das türk-ische Folterregime ausgeliefert.
- Der laufende § 129a-Prozeß gegen eine der kurdischen Widerstandsorga-nisationen (PKK) ist ein Höhepunkt der Verfolgung, in dem die BRD offen weltpolizeiliche Ambitionen zeigt.

Gleichzeitig laufen mit finanzieller und technischer Unterstützung der BRD die Bauarbeiten und Vorbereitungen für die ökonomische Einkreisung des kurdischen Volkes.

DAS "SÜDOSTANATOLISCHE ENTWICKLUNGSPROJEKT" (GAP):
Fast 5 Millionen Menschen leben im gesamten Projektgebiet, dessen Fläche eine Region von der Größe Bayerns umfaßt. Kern des GAP-Projektes sind die 21 Staudämme, die als Wasserkraftwerke und für ein mehrere hundert km langes Bewässerungsnetz genutzt werden sollen. Über 1,5 Millionen ha Ackerland sollen angeschlossen werden. Die geplanten Großplantagen und die Technisierung kommen, zusammen mit der Bodenkonzentration in den Händen der Großgrundbesitzer, der reichen Oberschicht zugute.
Zwar sollen speziell ausgewählte, loyale Klein-und Mittelbauern mit Krediten in das Projekt eingebunden werden, aber die Vertreibung und Verarmung des Großteils der Bevölkerung wird von den Planern offen ein-berechnet. Die vorgesehenen landwirtschaftlichen Produkte werden nach den Exportchancen in die EG und die reichen Ölländer ausgewählt. Für die Verarbeitung und Vermarktung dieser "cash-crops" (Geld-Früchte) werben die türkischen Projektmanager schon jetzt um ausländische, in-vestitionsstarke Unternehmen. Die Modernisierungsvision einer Weltmarkt-insel ist eindeutig.
"Zwischen Giftgas und GAP"- so ist der Schraubstock imperialistischer Vernichtung und Verwertung in Kurdistan denn auch treffend beschrieben.

Einzelne Maßnahmen, Planungen und Konsequenzen fügen sich zusammen zu einer einheitlichen Strategie: Überflutung von Landstrichen und Vertreib-ung der ansässigen Bevölkerung; Aufstandsbekämpfung und Neuansiedlung türkischer Bevölkerungsgruppen;Eindringen transnationalen Kapitals und die Schaffung eines rassistisch und sexistisch gespaltenen Arbeitsmarktes. Dies ist Unterwerfung durch abhängige Entwicklung.
Es ist der Versuch, mit dem GAP als "Oase" internationalen Agrarbusiness ein-historisch wie aktuell- sich verweigerndes und aufständiges Volk auf-zureiben.

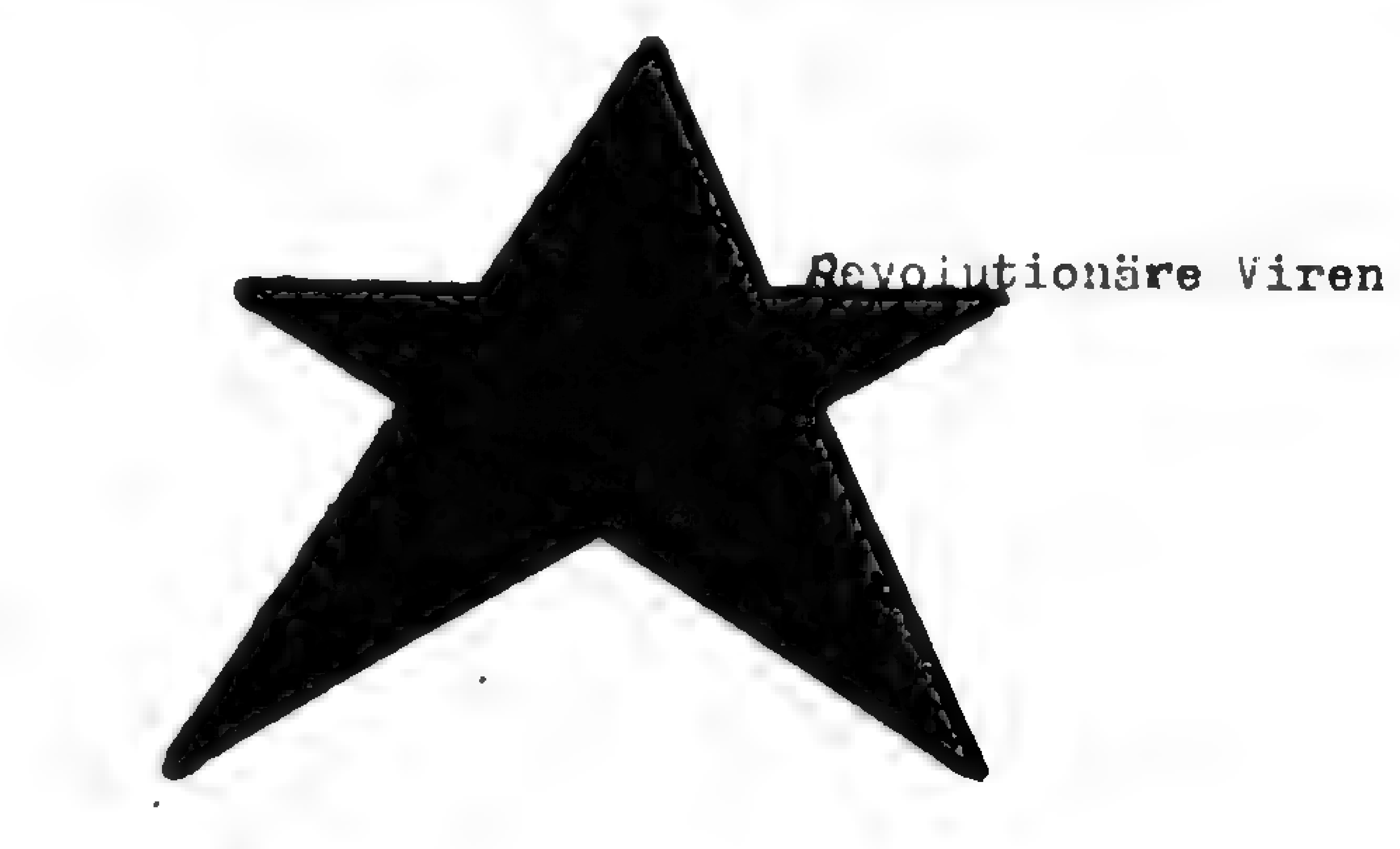
Kurdistan hat eine lange Geschichte von Aufständen und Befreiungskämpfen für die Unabhängigkeit, die in den 30er Jahren nur noch mit dem Krieg der türkischen Armee niedergeschlagen werden konnten. Seit dieser Zeit existiert im Rahmen der totalen Militarisierung des Landes die Strategie von (millionenfacher) Deportation und Zerstörung ganzer Dörfer in den Aufstandsgebieten. Neu angesiedelt in der West- Türkei sollten die Verschleppten "türkisiert" werden.
Die anzahl der verlassenen Dörfer wird immer größer: Die Menschen fliehen wegen fehlender gesundheitlicher Versorgungsmöglichkeiten, es gibt kaum Schulen; die kleinbäuerliche Vieh-und Subsistenzwirtschaft wird zerstört. Vor allem Männer folgten der Auswanderungswelle in die BRD- Frauen, Kinder, Alte blieben oft zurück.
Ob in Kurdistan oder im "Gece Kondu" (den Armenvierteln) der türkischen Großstädte - die Frauen kämpfen an"allen Fronten". Sie halten die Dorfstrukturen aufrecht, organisieren den Lebensunterhalt ihrer Familien. Frauen tragen die Dorfverteidigung und den Kampf gegen die Zerstörung derSubsistenzwirtschaft. Sie schaffen sich darin eigene, ihre Selbstständigkeit verstärkende Strukturen. Diesen Existenzkampf führen sie jedoch unter den Bedingungen patriarchaler Herrschaft, welche sie in der Rolle der Versorgerin festhalten und gegenüber den Männern entwerten.
In den Befreiungskämpfen versorg(t)en die Frauen die Guerillagruppen mit Lebensmitteln, Waffen und Munition; heute wird auch ihre Beteiligung am bewaffneten Kampf stärker.

Die patriarchale Unterdrückung ist damit nicht aufgehoben: die männerdominierte Darstellung der Geschichte wieauch aktueller Kämpfe verschweigt weitergehende Inhalte von Frauenbefreiung. In Berichten werden den kurdischen Frauen "Mut und Zähigkeit" nur im Rahmen traditioneller Aufgaben zugestanden.

In dieser Widersprüchlichkeit(die uns hier ja alles andere als fremd ist!) unterstützen wir den Befreiungskampf der kurdischen Frauen und Männer:
- die Beharrlichkeit auf die eigene Sprache und Kultur
- die Widerständigkeitin der vorallem von Frauen getragenen Subsistenz
- die Verweigerung durch z.B. Blockadeaktionen gegen weitere Deportationsversuche
- die Demonstrationen gegen Massaker und ständige Übergriffe des türkschen Militärs
- die sich verstärkenden und immer weiter verankernden Guerillaktivitäten die in erster Linie von der PKK getragen werden
- den Widerstand in den türkischen Knästen

Antiimperialismus in den Metropolen heißt für uns, diese Kämpfe aufzugreifen und mit sozialrevolutionären Ansätzen hier zu verbinden.
Flucht/Migration ist eine Ebene, in der sich die Konfrontation zwischen den globalen Verwertungsansprüchen des Kapitals und Widerstand und Befreiung wiederspiegelt, und sie direkt hier in die Metropolen verlängert.
Die Angriffe auf Institutionen und Träger des staatlich organisierten Rassismus, auf das Konzept der selektiven Ausbeutung einerseits, der Abschiebungen und Abschottung andererseits, begreifen wir in diesem Zusammenhang als eine Handelungsebene.
Daran festzuhalten finden wir wichtig.
Die Ausweitung dieses Ansatzes in Richtung eines Antirassistischen Alltagswiderstandes ist zwar nur vereinzelt entwickelt bzw. in Widersprüchlichkeiten blockiert. Wir stimmen aber mit den RZ überein wenn sie sagen: "Wir hatten nie die Illusion, daß Teile der proletarischen Jugend, der Frauen, der Arbeitslosen oder andere Teile der Gesellschaft rasch gemeinsame Interessen mit Flüchtlingen und ImmigrantInnen entwickeln würden, dafür greifen der Sexismus und Rassismus nur zu gut. Antiimperialismus muß aber genau dort angesiedelt sein und diesen Knoten durchschlagen." (RZ in ihrer Erklärung vom Mai '89)

Damit verbunden sind und bleiben Aktionen notwendig, die sich gegen transnationale Konzerne und sogenannte Entwicklungshilfeorganisationen richten.
Die Verwobenheit von Zurichtung und Ausbeutung, von "Modernisierung" und Verwertung im Trikont verkörpert sich im Know-How-Konzern Lahmayer International in besonderer Weise.
Unser Aktion zielt auf die Thematisierung und Störung dieses Synonyms imperialistisch patriarchaler Planungstechnokratie.



Revolutionäre Viren

DEN BRUCH MIT DEN HERRSCHENDEN VERHÄLTNISSEN
ZUM ZENTRUM DER POLITIK MACHEN

wir kämpfen gegen ein europa des kapitals.
indem wir die konzerne angreifen, treffen wir die,
die die bedingungen des lebens hier diktieren.
sie sind es, die hinter den projekten und technologien stehen, die eine faschistische patriachale gesellschaft schaffen, entmenschlicht und degeneriert, in der armut genauso lebensrealität ist wie der luxus für wenige und eine durchgestylte umwelt die über ein zudröhnen durch konsum und drogen ertragbar bleiben soll.

um uns gegen das atomprogram durchzusetzen, brauchen wir eine perspektive gegen das ganze system. und wir brauchen dafür eine einheitliche orientierung der revolutionären bewegung und die organisierung der militanten untereinander und mit der guerilla.

die organisierung unter den kämpfenden ist eine elementare sache für uns. deshalb knüpfen wir jetzt mit unserer aktion an den angriffen des kommandos wolfgang beer der raf und der kämpfenden einheit sheban atlouf/conny wissmann an.

gemeinsam wollen wir die bedingungen für eine neue offensive phase schaffen, die notwendig ist für eine gesellschaftliche bedeutung unserer kämpfe.
in dieser phase wollen wir zusammen mit den gefangenen ihre zusammenlegung durchsetzen.
im hungerstreik 89 gab es eine breite in der solidaritätsbewegung die die grenzen der teilbereichsbewegung durchbrochen hat und so eine perspektive für einen kampf mit einer einheitlicheren stoßrichtung von widerstand aufgezeigt hat.

SOLIDARITÄT MIT DEN HUNGERSTREIKENDEN IN SPANIEN !!

die isolationshaft soll bedingung für alle gefangenen revolutionäre in westeuropa werden. in spanien kämpfen jetzt die politischen gefangenen gegen diese "angleichung" ihrer bedingungen an das brd-modell.
das ergebnis dieses kampfs wird auswirkungen auch für die gefangenen in der brd haben.
an der solidarität mit den politischen gefangenen wird eine einheitliche bewegung möglich, die auf die gesamte revolutionäre bewegung in westeuropa wirken kann.

ZUSAMMENLEGUNG DER REVOLUTIONÄREN GEFANGENEN !!

ZUSAMMENKÄMPFEN !!

GRÜSSE AN DIE PLATZBESETZER IN GORLEBEN !!

kämpfende einheit "cepa" gallende
(er ist ein politischer gefangener aus spanien,
der im hungerstreik 81 ermordet wurde;
wir nennen uns nach ihm wegen der aktuellen situation:
wo sich der hungerstreik in spanien zuspitzt; um die solidarität und den druck von hier zu verstärken)

wir haben heute, am 4.2., die hauptverwaltung der rheinisch westfälischen energiewerke (rwe) in essen mit zwei sprengsätzen angegriffen.

rwe ist größter privater energieerzeuger und einer der größten konzerne in westeuropa.

sie arbeiten ausschließlich am profit orientiert, während wir für die energie die wir verbrauchen immer mehr geld bezahlen müssen, liefern sie der industrie den strom zu sonderpreisen,
und in jedem bereich ihrer energiegewinnung zerstören sie lebensbedingungen:
ob beim braunkohleabbau, der zur zerstörung der region (ville) führt; ob bei den ölbohrungen von dea (ehemalige deutsche texaco, die rwe gekauft hat), die das watt zerstören; oder beim uranabbau in australien und afrika, wo sie den menschen ihre gebiete rauben und sie in ihren mienen zu hungerlöhnen ausbeuten.
am schärfsten wird ihre destruktive politik im atomgeschäft deutlich.

atomindustrie in der brd ist ohne rwe undenkbar.
sie profitieren vom gesamten atomkreislauf:
von uranabbau, bau von akws und ihrem betrieb, brennelementeproduktion, wiederaufarbeitung, atommülltransport und lagerung, export und beteiligung am französischen und westeuropäischen atomgeschäft.

städte und gemeinden aus nrw bestimmen über ihre aktien, mit denen sie die stimmenmehrheit haben, die politik des konzerns und sind so verantwortlich für den atomkurs. die kommunalen vertreter kommen fast alle aus der spd und so zeigt sich die verlogenheit einer spd die den atomkurs der industrie fortsetzt, während sie vom ausstieg redet.

rwe ist in den 7oern in das atomgeschäft eingestiegen, um gegen die forderungen der 3.welt-länder nach gerechteren preisen und die auseinandersetzung darum (z.b. die "ölkrise") die metropole von der peripherie und ihren rohstoffen unabhängiger zu machen.
nach dem akw-boom der 7oer ist die hemmungslose expansion unter dem druck der anti-akw-bewegung unhaltbar geworden. sie sind vorsichtiger geworden und sie sind damit beschäftigt ihren atomkurs zu konsolidieren, zentrale bereiche darin neu zu organisieren.
sie setzen dabei auf staatliche absicherung der profite und auf die internationalisierung der atomindustrie.
beispiele sind
der verkauf französischen atomstroms in der brd, für den rwe eine neue trasse durchs saarland zieht; die verzwickung von kohle und atom -sie wollen für die vergasung von kohle zur stromproduktion die hitze des hochtempraturreaktors benutzen, und deshalb soll der auch wieder ans netz.

Liebe Kundinnen und Kunden

KEINE PANIK

Unsere Aktion richtet sich nicht gegen euch. Wir sind hier, weil der der Elefanten-Press-Verlag in Zusammenarbeit mit dem SFB ein Buch mit dem Titel "Westberlin für Ostberliner" herausgibt. Unter dem Kapitel "Überdruck" empfehlen sie Sexshops, speziell Beate Uhse, als "gute Adresse zur Auffrischung des Sexuallebens", geben Tips, wie Mann sich gegenüber Prostituierten verhält ("Der Preis wird vorher ausgehandelt") und wo diese zu finden sind.

Der Elefanten-Press-Verlag reiht sich damit in die Reihe der "alternativen" Verlage ein, die ihren immer offener zur Schau gestellten Sexismus mit einem linken Anspruch kaschieren und ihn damit in den sogenannten linken Schichten gesellschaftsfähig machen: Z.Bsp. "Anders Reisen", die den "sanften Sextourismus" propagieren. Da ist es dann die dauerhafte Frau für den ganzen Urlaub, die es bei einem linken Mann immer noch besser hat. Hier [illegible] es dann halt der Hinweis auf Hydra, der suggeriert, daß sie es ja gut [illegible]en Frauen meinen.

Der Elefanten-Press-Verlag verdient damit einerseits an der neuen "Marktlücke DDR-Bürger" und andererseits an der Ausbeutung der Ware Frau. Immer, wenn Frauen den alltäglichen Sexismus und diese Art der konsumorientierten, männerdominierten Sexualität angreifen, werden sie als prüde und verklemmt bezeichnet.

WIR LASSEN UNS DASNICHT ANDREHEN!

erst recht nicht von liberalen Alternativis! ! ! "Beate Uhse" und ähnliches haben nichts mit freier, lust-und phantasievoller Sexualität zu tun.

Die Situation auf der Straße hat sich in den letzten Jahren für uns Frauen ständig verschärft, brutale Anmache und Vergewaltigungen (nicht nur auf der Straße) nehmen immer mehr zu . Begleitet und unterstützt wird das propagandistisch von einer expandierenden Porno-Industrie, die Frauen als ständig verfügbare Sexualobjekte darstellt und Vergewaltigungen verharmlost und verherrlicht.

WIR HABEN KEINE LUSTUNS DASNOCH LÄNGER GEFALLEN ZU LASSEN!!!

Deswegen sorgen wir jetzt dafür, daß der Elefanten-Press-Verlag einen Teil der Bücher nicht mehr verkaufen kann, und hinterlassen ein paar sichtbare Spuren, damit die Elefanten-Press-Belegschaft uns nicht so schnell vergißt.

Überlegt euch, ob ihr hier noch Bücher kaufen wollt.

ANSONSTEN, KLAUT WAS DAS ZEUG HÄLT

Klar ist der Verlag nicht der einzige, der solche "Reiseführer" verkauft.

Wir haben uns diesen Laden aber nicht deshalb ausgesucht, weil wir denken, daß sie nicht zu den Bullen rennen. Das werden sie bestimmt tun. Vielleicht schaffen sie es ja trotzdem, sich zu ihrer Verkaufspraxis zu äußern.

Ansonsten freuen wir uns natürlich über jede Aktion von Frauen, die sich gegen die anderen Buchläden und Kioske richtet, in denen sexistische Bücher und Zeitschriften ausliegen.
Wir können nicht überall sein.

FRAUEN WEHRT EUCH

SEXISTEN IN DEN ZOO

ELEFANTEN IN DIE FREIHEIT

FÜRDIE UNBÄNDIGE LUST ALLER FRAUEN

MACHT JEDEN TAG ZUM FRAUENKAMPFTAG

FÜR EINE STARKE INTERNATIONALE FRAUENDEMO AM 8. MÄRZ!

DIE GEWITTERHEXEN

Überdruck

In WB gibt es eine Fülle von Sex-Shops, in denen Pornographisches in allen Schattierungen gekauft werden kann – Bilder, Prosa, Videos, Hilfs- und Anregungsmittel. Fast alle Sex-Shops führen ausschließlich Onaniervorlagen. Im Übrigen: Die Einfuhr von Pornos in die DDR ist verboten. Sucht man dagegen wirkliche Hilfen, um das Sexualleben aufzufrischen, findet man in den Beate Uhse Läden (z.B. an der Gedächniskirche) das größte Angebot. Die Seite 1390 des aktuellen Branchen-Telefonbuchs verrät Ihnen weitere Adressen einschlägiger Läden. Scheuen Sie sich nicht, Ihre Wünsche zu äußern.

»Prostituierte« ist eine Berufsbezeichnung, d.h. Sie bezahlen für eine Dienstleistung, die unter bestimmten Voraussetzungen erbracht wird. Vergleichen Sie die Preise, genaue Absprachen verhindern unnötigen Ärger. Ein fairer Kunde wird in der Regel gut bedient. Das gilt für den Straßenstrich (an der Potsdamer Straße, Bülowstraße, Kurfürstenstraße) und für »Hausbesuche« (Telefonnummern in der BZ und im TIP unter »Lonley Hearts/Profis«). Der Gebrauch von Kondomen ist im beiderseitigen Interesse Pflicht.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß viele Ostberlinerinnen in Westberlin arbeiten wollen. Da ein unkontrollierter Wildwuchs nur Ärger mit anderen Prostituierten und Zuhältern bringt, ist eine Beratung unbedingt erforderlich. Hier ist HYDRA, Treffpunkt und Beratungsstelle für Prostituierte und ehemalige Prostituierte, dringend zu empfehlen. HYDRA bietet Informationen zu Jobs, Arbeitsbedingungen, beruflichen und gesundheitlichen Problemen, Gesundheit und AIDS. HYDRA ist ein Treffpunkt zum Kennenlernen, zum Reden und zum gegenseitigen Unterstützen.
HYDRA ist in der Kantstraße 54, 1-12 (U-Bahn-Linie 7, Wilmersdorfer Straße), Tel. 3 12 80 61 und hat folgende Öffnungszeiten: Mo, Di, Fr 10-14 Uhr, Di 17-20 Uhr, Do 16-20 Uhr.

An das Kommando REBLAUS

Rechenschaftsbericht des Aktionsbündnisses gegen Shell

Liebe Rebläuse!

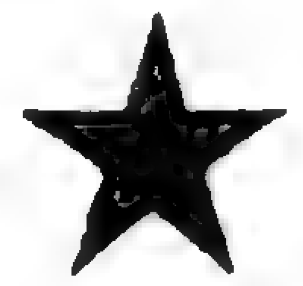
Aufs Schärfste begrüßen wir eure Silvester-Aktion. Für 1,2,3,viele Umverteilungsaktionen dieser Art! Wir hoffen, daß die Bewegung gegen den Integrationsjournalismus noch mehr Zulauf erhält mit ähnlich erfolgreichen Geldbeschaffungsaktionen.
In eurem Rechenschaftsbericht nach der Aktion schreibt ihr, 500 DM seien für den militanten Widerstand gegen die Rassisten-Herrschaft in Südafrika (Shell-Kampagne) bestimmt. Nachdem nun 1 Monat vergangen ist, wollten wir (einige Leute aus dem Aktionsbündnis gegen Shell) uns zwar nicht gerade aufdrängen – jedoch stehen von der Shell-Tankstellen-Blockade noch einige Rechnungen offen (1000 Plakate: 500 DM, 10 000 Flugis: 330 DM, Wandtafeln mit Fotos: 100 DM).
Nun kamen wir doch etwas ins Grübeln, ob eure militante Unterstützung nur für Bolzenschneider und Eisensägen gedacht war.
Zitat aus eurem Rechenschaftsbericht von Mauricio Rosencof (Tupamaros): 'Letztendlich ist es ein immerwährender Prozeß. Während man Widerstand leistet, und sei es auch nur mit dem kleinsten Flötenton, wird man nicht vernichtet werden.'
Nun, bislang können wir tatsächlich nur mit Flöten- und Trommeltönen, Feuerspuckern und einer 98%ig erfolgreichen Tankstellen-Blockade dienen. Jedoch sollte dies nur der Anfang sein, für vielfältige Aktionen gegen den Shell-Multi!

Kommando Trommeln u n d Sägen

die cuvrystr. 35 ist eins der ersten häuser, die vom spd-al-senat abgeräumt wurden. inzwischen ist es fast fertig modernisiert und frisch gestrichen.

es soll den herrschenden als ein weiterer mosaikstein in ihrem bild vom sauberen, friedlichen, intakten kiez dienen.
sie versuchen, alles lebendige und gewachsene zuzubetonieren und zu glätten, jede lebensregung abzutöten/überzupinseln, um den kapitalistisch-patriarchalen normalzustand durchzusetzen.
deswegen sind wir (an der schlange der wohnungssuchenden vorbei) auf das gerüst geklettert und haben die fassade nach unseren vorstellungen gestaltet.

ach ja: wir finden den vorschlag einer kampagne(....90/interim 84) gut und verstehen unsere aktion trotz des noch fehlenden mottos, als einen kleinen beitrag dazu.







Bekanntmachung
Umstrukturierung im Gesundheitswesen
betrifft Rudolf-Virchow-Klinikum-Wedding

1. Wir wollen der Berliner Medizin wieder Weltruf verschaffen, damit auch Sie wieder stolz sagen können: Ich bin ein Berliner!

2. Mit einem Aufwand von mindestens 2 Milliarden DM (Nur Baukosten, ein Bruchteil der Gesamtkosten) soll das RVK in ein High-Tech-Wissenschafts- und Forschungszentrum für Gentechnologie und Großtierversuche umgebaut werden.

3. Da nicht alle Schadfaktoren und Krankheitserregenden Einflüsse aus der Umwelt und Lebensweise zu eliminieren sein werden, liegt die Aufgabe einer künftigen Medizin darin, den Menschen selbst zu verändern.
   Auch Sie können sich in unseren Humangenetischen Beratungsstellen testen lassen, ob Ihre Fortpflanzung für unsere Gesellschaft von Nutzen ist.

4. Falls Sie in Besitz von Hunden, Kühen oder Pferden sind, können Sie diese für unsere Großtierversuche zur Verfügung stellen. Selbstverständlich bekommen Sie eine angemessene Aufwandsentschädigung. Rufnummer (838 30 78).

5. In dieser historischen Zeit muß die Berliner Bevölkerung Opfer bringen.
   Angesichts der Forschungsfortschritte und der enormen Kosten, sehen wir uns veranlaßt, am RVK zirka 1500 Betten zu streichen.

6. Es ist unwirtschaftlich und überflüssig, daß alle Alterserscheinungen, chronische Krankheiten und Simulationen im Krankenhaus behandelt werden.
   Längere Anfahrtswege und längere Wartezeiten werden die Inanspruchnahme der Krankenversorgung auf ein gesundes Maß reduzieren.

7. Dabei werden insgesamt 4800 Vollzeitarbeitsplätze eingespart. Bisher sind zirka 1000 weggefallen. Die Teilzeitarbeitskräfte haben wir bei dieser Planung noch nicht berücksichtigt.

8. Um den anhaltenden Protest des Personal einzudämmen, wurde ein Errichtungsgesetz geschaffen, das die Mitbestimmungsrechte des Personalrates außer Kraft setzt.
   Für den Abriß der Pavillions mußte das Denkmalschutzgesetz außer Kraft gesetzt werden. Zusätzlich mußten Paragraphen des Landeskrankenhausgesetzes und Hochschulgesetzes gestrichen werden.

9. Da der Baubeginn schon 1992 sein wird, mußten wir die Schwesternwohnheime im November '89 abreißen, um uns die Beteiligung des Bundes (Wissenschaftsrat) an der Finanzierung mit 450 Millionen DM zu sichern.
   Es hätten ohnehin nicht 20.000 Wohnungslose in 160 Wohnungen gepaßt.

10. Von den Koalitionsvereinbahrungen haben wir uns somit entgültig verabschiedet.

Berlin den 1.2.1990

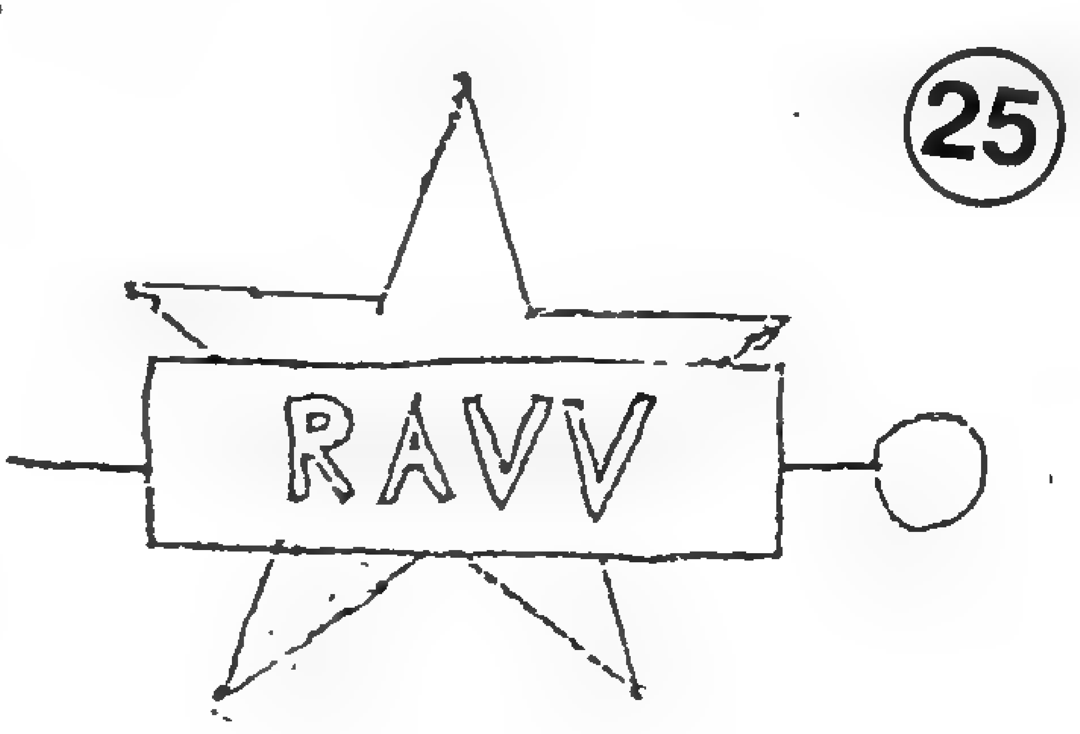
Senatsverwaltung für Gesundheit
und Soziales

Senatorin Stahmer

Wir haben in der Nacht vom 5. zum 6.2.1990 das Gelände des Rudolf-Virchow-Klinikums im Wedding mit Plakaten und Parolen gegen die Umstrukturierung verschönert.
Insbesondere die Villa des Generalbeauftragten Heinrich Neher, der die 69 Strafanträge nach der brutalen Räumung der Schwesternwohnheime in der Sylter Str. gestellt hatte, wurde mit der Forderung nach Rücknahme dieser besprüht. Sollte Neher dies nicht tun, werden wir ihn nochmal heimsuchen. Dann bleibt's nicht beim Sprühen ...

Verhindert die Umstrukturierung am RVK !!!
Gegen den Sozialabbau !!!
Klassenkrieg 90 / Bildet Banden !!!
Rücknahme der Strafanträge, sonst

Revolutionäre Autonome Vire Virchow



An die streikenden ErzieherInnen, Eltern, sowie alle anderen TeilnehmerInnen der Demonstration und Interessierte!



Wir, einige Menschen aus autonomen Gruppen, sind heute hierher gekommen, weil wir unsere Solidarität mit dem Kita-Streik und dessen berechtigte Forderungen zum Ausdruck bringen wollen. Einerseits weil Menschen aus unserem politischen Spektrum selbst von der Problematik betroffen sind, andererseits weil wir aus unserem politischen Selbstverständnis heraus gegen jede HERRschaft, Ausbeutung und Unterdrückung sind, wollen wir heute mit euch gegen die Politik des rot-grünen Senats demonstrieren.

Die miesen Arbeitsbedingungen sowie die (im Vergleich zu anderen Arbeiten) schlechte Bezahlung sind der Ausdruck eines ungerechten Wirtschafts- und falschen Politiksystems, das auf verschiedenen Unterdrückungsverhältnissen basiert:

- PATRIARCHAT
  Kindererziehung wird immer noch als Frauenarbeit angesehen und ist als solche weniger wert als Männerarbeit. Dies ist nur eine Form von Frauenunterdrückung in dieser Gesellschaft. Die niedrigen Löhne im Erziehungswesen und im Gesundheitsbereich sind Ausdruck eines patriarchalen (= Männerherrschaft) Unterdrückungsverhältnisses, das in unserer Gesellschaft HERRscht.
- KAPITALISMUS, IMPERIALISMUS
  Anstatt Geld für die wirklichen Bedürfnisse der Menschen zu verwenden, werden in einer Zeit globaler Entspannung Milliarden in neue Rüstungsprojekte wie Jäger 90, Flughäfen, Atomkraftwerke, Autobahnen, Gentechnologie und in faschistische Regimes wie in El Salvador, Südafrika oder Türkei gesteckt. Soziale Gerechtigkeit muß hierbei für die Profite der HERRschenden auf der Strecke bleiben. 12 OCO Obdachlose allein in West-Berlin und die Ohnmacht des rot-grünen Senats sprechen eine deutliche Sprache, wie es um die Machtverhältnisse in diesem Staat wirklich bestellt ist. Egal, welche Regierung gerade dran ist: die Politik wird immer noch von den Interessen des Kapitals, der Mächtigen der Wirtschaft bzw. des militärisch-industriellen Komplexes bestimmt. Dieses Unterdrückungsverhältnis (Kapitalismus, Imperialismus) leitet sich aus den Besitzverhältnissen in dieser Gesellschaft ab (Wer das Geld hat, hat die Macht; wer die Macht hat, hat das Recht!). Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit fungieren als Drohinstrumente gegen die von Mietausbeutung und Lohnarbeit betroffenen Menschen, um sie besser vereinzeln und unter Druck setzen zu können, damit sie sich nicht zusammentun und sich gemeinsam gegen ihre HERRen auflehnen.
- RASSISMUS, FASCHISMUS
  Bei der Spaltung derMenschen spielt der RASSISMUS eine wesentliche Rolle. Die von Mietausbeutung und Lohnarbeit betroffenen Menschen unterschiedlicher Hautfarbe oder Herkunft sollen gegeneinander ausgespielt werden, damit die Kapitalisten (Besitzer von Produktionsmitteln wie Fabriken, Betriebe und Wohnraum) ungestört ihre Profite machen können. Faschistische Parteien wie die Republikaner, die DVU, NF oder die FAP, aber auch bürgerliche wie die CDU/CSU versuchen, die Existenzängste der Menschen in einfache, für das Kapital nützliche Parolen wie "Ausländer raus" oder "Asylantenflut stoppen" zu kanalisieren.

Gegen diese unmenschliche Politik gilt es, solidarischen Widerstand zu leisten. Der Kita-Streik richtet sich dagegen, daß die HERRschenden Profite machen auf Kosten von Kindern, ErzieherInnen und Eltern. Laßt uns gemeinsam verhindern, daß sie ihre Profite auf Kosten von anderen Menschen (AusländerInnen, Frauen, Wohnungssuchende, MieterInnen, Arbeitslose, Lohnabhängige, Kranke, Alte, Kinder, usw.) machen!!

Es lebe die internationale Solidarität aller Unterdrückten!!

Für eine HERRschaftsfreie Gesellschaft ohne Ausbeutung!!!

Einige Autonome



Liebe Autonone,

ich möchte gerne ein paar kritische Bemerkungen zu eurem Flugi machen, in dem ihr euch mit dem KiTa-Streik solidarisiert.

Daß ihr zu der Kundgebung geht, euch solidarisiert und auch sagt,wie ihr die Zusammenhänge seht, ist sicher gut und richtig. Aber wenn ihr dann erklärt, wie der Streik gemeint ist ("Der KiTa-Streik richtet sich dagegen, daß die Herrschenden Profite machen..."), dann empfinde ich das als anmaßend und bevormundend. Erstmal ist ja wohl das Entscheidende, wie diejenigen, die diesen Streik tragen, ihn selbst begreifen. Darüber steht weder etwas in eurem Flugi noch in dieser oder einer der vergangenen Interim's. Das spricht für sich. Von den VeranstalterInnen und TeilnehmerInnen des (gewerkschaftlich organisierten) KiTa-Streiks ist anscheinend niemand auf die Idee gekommen, ihn in den politischen und Diskussions-Kontext der autonomen Bewegung zu stellen, sonst hätte uns sicher mal jemand Flugis oder anderes Material geschickt. Könnte es nicht sein, daß die Subjekte in dieser Auseinandersetzung sie gar nicht als Teil des Kampfes gegen Patriarchat, Kapitalsmus, Imperialismus, Rassismus, Faschismus sehen und sie auch nicht so führen? (Finde ich übrigens auch unangenehm, wenn über jede Form von Widerstand gleich immer die komplette ideologische Käseglocke gestülpt wird!)

Ich finde es ok, wenn ihr schreibt, daß ihr **eure** Solidarität in dem beschriebenen Zusammenhang verstanden wissen wollt, aber so klingt es danach, als ob ihr besser wißt, was der Streik soll ("objektiv"!) als die Leute selber.

Problematisch finde ich auch, daß die ausschließliche Veröffentlichung der autonomen Stellungnahmen zu solchen, von anderen gesellschaftlichen Gruppen getragenen Aktionen das Bild von deren Bedeutung völlig verzerren (Diese Kritik richtet sich natürlich nicht an euch sondern an diejenigen, die auf Veranstaltungen Papiere einsammeln und uns zuschicken) Platt gesagt: wir nehmen nur noch zur Kenntnis, was wir selbst denken über die Sachen, obwohl wir das ja nun inzwischen wirklich wissen. So rotieren wir in unseren seit Jahren unveränderten Vorstellungen von Klassenkämpfen und entfernen uns immer mehr von einer realen Einschätzung tatsächlich vorhandenen Widiersprüchlichkeiten, auf die wir uns doch immer wieder neu beziehen müßten, um nicht hoffnungslos in die sektiererische Isolation abgedrängt zu werden. Wollen wir eigentlich wirklich immer nur lesen, was **wir** meinen und sowieso schon immer gemeint haben?

Wenn wir uns schon in revolutionärer Absicht auf andere gesellschaftliche Gruppen beziehen, dann sollten wir das auch ernstnehmen, was sie selber als ihre Ziele formulieren, und uns damit auseinandersetzen. **eine Redakteurin**

Der "antifaschistische" Kampf der Theatermanufaktur gegen die Bildung eines Betriebsrats

Wer Westberlins berühmteste U-Bahnlinie zwischen Möckernbrücke und Hallesches Tor benutzt, kann sie nicht übersehen, die Theatermanufaktur. Laut Geschäftsführung ein antifaschistisches Theater. Stücke von Berthold Brecht sind z.B. immer wieder auf dem Spielplan. Nach den diesjährigen Theaterferien beschloß die Belegschaft, einen Betriebsrat (BR) zu bilden.

Unterstützt wurde sie dabei durch die IG-Medien. Es wurde ein Wahlvorstand gebildet, und der Wahltermin wurde auf den 23.11.89 festgelegt. Nach Bekanntwerden der Absicht einen BR zu bilden, reagierte die sich sonst so fortschrittlich gebende Geschäftsleitung ausgesprochen sauer.

MitarbeiterInnen wurden zu Einzelgesprächen geladen, in den ihnen klar gemacht werden sollte, daß ein BR an diesem Theater nicht nötig sei. Denn, das Theater sei antifaschistisch, und darüber hinaus habe die Theatermanufaktur eine Form, die den Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer schon überwunden hat. Weil der Gang der Dinge trotz der Gespräche nicht aufzuhalten war, reagierte die Geschäftsleitung mit einer drastischen Verschlechterung des Betriebsklimas. Dies reichte von der Verweigerung des Grußes über die Einführung von Anwesenheitsmarken bis zu der Frage an die Mitarbeiter: "Hast Du nichts zu tun?" Zugleich wurde der Vorwurf erhoben, die Aktivitäten für die BR-Wahlen störten die Produktion des in Vorbereitung befindlichen Stückes.

Um doch noch zu eine Verständigung mit der Geschäftsleitung zu gelangen, wurde im Oktober 89 eine außerordentliche Betriebsversammlung abgehalten, an der auch ein Vertreter der IG-Medien teilnahm. Auf dieser Versammlung wurde den von KollegInnen der Geschäftsleitung ein Friedensangebot unterbreitet: es sollte bis zur Premiere nicht mehr über die BR-Wahl gesprochen werden, um die Vorbereitung des Stückes nicht zu stören. Darauf ließ sich die Geschäftsleitung nicht ein, ging ihr es doch darum, die BR-Wahl ganz zu verhindern.

Am 23.11.89 wurden drei Betriebsräte, trotz aller Querschüsse der Geschäftsleitung, die kurz vorher noch den SchauspielerInnen eine eigene Wahlempfehlung gab, gewählt. Wer nun glaubte, die Geschäftsleitung füge sich nach der Wahl in ihr unvermeidliches Schicksal, der sah sich getäuscht. Inzwischen spricht die Geschäftsleitung nicht mal mehr mit den MitarbeiterInnen.

Wie wichtig die Wahrnehmung von Belegschaftsinteressen gerade in diesem Theater ist, zeigte kürzlich folgender Vorfall: In der zum Theater gehörenden Kneipe "Lampenfieber" war eine Tresenkraft gerade dabei eine Besucherin, die sich verletzt hatte, zu verarzten, als der Geschäftsführer Heuser hereinkam und schnell ein Bier wollte. Der Mitarbeiter hinter der Theke machte Heuser darauf aufmerksam, daß er gerade am verbinden sei. Woraufhin Heuser einen Streit vom Zaune brach. Das Ende vom Lied war, der Zapfer, die Angestellten im "Lampenfieber" arbeiten alle ohne Vertrag, wurde entlassen.

Walter Schneider nach Gesprächen mit Kollegen der Theatermanufaktur



200 Seiten SIND WIRKLICH NICHT GENUG !

Seid gegrüßt !!

Dieses Papier steht im Zusammenhang " RZ-Papier + Folgen " (ab INT.82) und hat seinen Schwerpunkt in den Begriffen Struktur und Perspektive. Ich möchte mich allerdings nicht auf die RZ als mögliche,politische Lebensform beschränkt verstanden wissen,weil dieser Bezug als solcher zu eng für die inhaltliche Band - breite einer Auseinandersetzung mit auch militanter Gegenwart,bzw. Zukunft ist.
Und gleich ganz klar:
Ich find`s gut,daß ein solcher Austausch läuft,notwendig,wichtig, spannend und hoffentlich effektiv.

Aufpassen sollten wir,daß wir uns aufeinander beziehen,also nicht nur Statements rausdröhnen,sondern so kontinuierlich wie möglich ent - wickeln.Dazu finde ich den Beitrag der Rucki-Zuckis aus der Nr.88 spitzenklasse,siehe auch Kritikpunkte im letzten Absatz jenes Papiers.

Ich fänd es prima,und damit komme ich auch vom Formalen runter,wenn diese Auseinandersetzung(die sich natürlich auch in der Praxis des revolutionären Kampfes nicht auf 36/HH beschränken darf) Strukturen verbessern helfen könnte,denn die Einschätzung der RZ,daß z.B. für irgendwelche Aktionen eine breite politische Verantwortungsübernahme der "gesamten Linken" KEINE

Selbstverständlichkeit mehr sei,ist ebenso richtig (Anpissbeispiele sind wohl nicht vonnöten?!!) wie Ausdruck jener "gegenwärtigen Perspektivlosigkeit",welche WIR ALLE knacken wollen.

Stichwort Postfordismus:

Wer mit diesem Begriff diskutiert,hat m.E.
a) eine historische Entwicklung verstanden,einen guten Teil Übergangsphase wohl auch gelebt

b) einen gesellschaftlich - politischen Begriff von der Gegenwart(sowohl weltweit wie auch klein-ich)

und c)
doch dann auch ein klares Feindbild,welches durchaus subjektiv akzentuiert angegriffen werden kann + sollte, sich aber trotzdem auch homogenisieren läßt als inhaltlicher Zusammenhang eben jeglicher Erscheinungsform des sich etablierenden Postfordismus in der Gesellschaft.

Kurz,ich finde,wer Postfordismus sagt,hat damit auch EINE HANDLUNGSPERSPEKTIVE !!!

Dem liegt klarerdings ein offensives Denken zugrunde,

die gerade stattfindende Analyse gesellschaftlicher Realitäten verschafft uns auch strategische Perspektiven,die offensive,d.h. nicht bloß reaktive und auf Verteidigung basierende Handlungsspielräume konkret ermöglicht.

Klar,der Druck ist stark,ob "Doitschland" oder "Kiez",die Gegenwart ist schnell,aber daß mit diesem Druck u.a. auch die militante Aktion wieder mitbestimmender Diskussionsinhalt wird, halte ich für entsprechend und G U T !!!
Will heißen,ich bin da mindestens solidarisch !

Über den schlechten Ist-Zustand des Widerstandes und seiner Strukturen sind sich alle einig, ich denke,daß z.B. über eine wieder offensivere Verbreitung lesenswerter Inhalte oder auch die Entwicklung einer solchen "praktischen" Diskussion (grins) viele Gedankenfunken zünden können,was jeder Gruppe zugute kommt und eine inhaltlich eingebundene praktische Militanz erst möglich macht.
(damit verringert sich wohl auch die Gefahr von "Kübel"-aktionen)

Dieses Raus aus dem Ist-Zustand heißt aber auch :

Raus aus dem Strudel der Vereinzelungs-, bzw. Verzweisamkeitstendenzen, raus aus den " Abschott-und-in-Mini-Grüppchen-vor-sich-hinspinn" - realitäten,heißt stattdessen :

kollektiver Kampf in allen Bereichen !
UND JEDES VERDAMMTE PAPIER IST TEIL DIESES KAMPFES !!

Als Abschluß zum Thema Strukturen noch erwähnt die Möglichkeit,daß z.B.über SHELL was kontinuierlich überregionales(!!) laufen könnte,müßte allerdings noch heftig angekurbelt werden. (die Westberliner Blockade fand ich schon erfolgreich, die 139 dazu auch prima,das Sonderheft geil;insgesamt ist dranbleiben gleich CHANCE)

UND daß es notwendig ist,die auch strukturellen Verbindungen der " DemogängerIn " über politische Realität bis hin zum bewaffneten Kampf klar aufzuzeigen,bzw,erstmal herzustellen.
Ich finde das deshalb wichtig, weil z.B. das Auschecken fixer und guter Abtauchmöglichkeiten aus dieser, unserer Gesellschaft kein abstraktes,verdrängbares oder mythenbehaftetes Thema IST , sondern notwendiges Auseinandersetzen schon in der bloßen Solidarität zur militanten Aktion.
Dies würde ,quasi nebenbei, einen Beitrag zur Entmysthifizierung der 2 oder gar 3

Buchstaben leisten,ein überflüssiges Problem weniger.

Trotzdem wird dadurch das Problem der Erreichbarkeit der durch den Postfordismus noch schwiieriger zugänglichen "Massen" immer noch nicht lösbarer,allerdings sehe ich michdurch das "Wie" der momentanen Entstehung eines "Doitschland" mit einer Massenbewegung konfrontiert,deren nationalistische Geschlossenheit mir den Schweiß auf die Stirn treibt.

Aber das unterstreicht das Problem halt nur noch und ich spreche diesen Komplex "Revolutionsperspektive/Massenbewegungen" deshalb an, weil ich durch Erlebnisse wie z. B. "Montags in Leipzig!" ein eher düsteres Gegenwartsbild der "deutschen Massen" entwickelt habe, was zur Folge hat, daß mir ein solcher Ansatz augenblicklich reichlich abstrakt vorkommt, worin ich auf der einen Seite das Isolationsproblem noch härter auf mich/uns zurollen sehe, andererseits aber auch die Notwendigkeit der Ausschöpfung der eigenen Möglichkeiten im revolutionären Kampf NOCH spürbarer, lebendiger, deutlicher wird.

Das Papier der RZ inclusive sämtlicher auch daraus entstandener Diskussionsaspekte kann Basis für mehr sein.

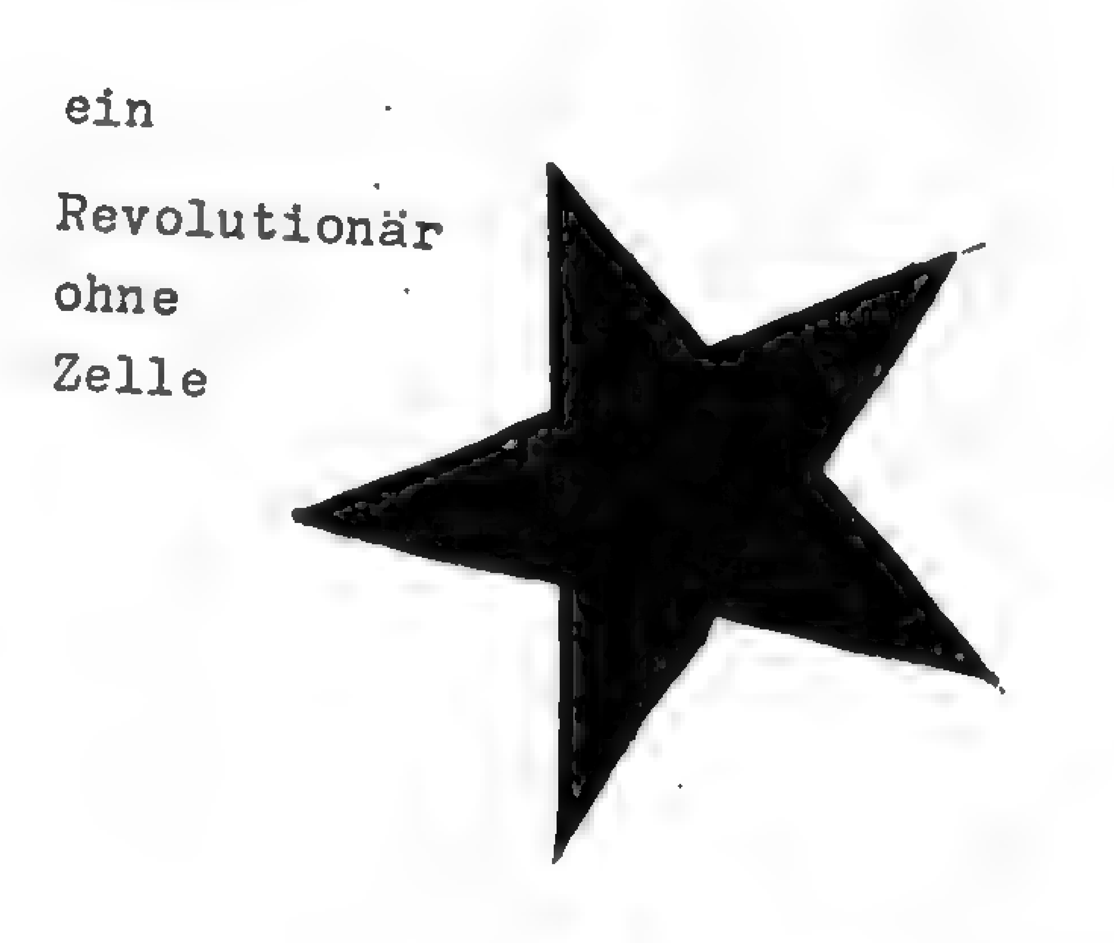
Es hat sich eine Auseinandersetzung entwickelt, die voranzutreiben, und das heißt auch "in die gesamte Breite der revolutionären Bewegungselemente gehen", lohnt, und einiges nützliches hervor - bringen konnte/kann.
Sollte diese Einschätzung von EUCH geteilt werden, halte ich es für sinnvoll, das Ding nochmal rauszubringen, am besten gleich mit den bislang existenten Nachfolgepapers und dies dann einem breiteren Forum zum Leben vorzuwerfen.

Macht`s erstmal gut, und...

D.I E P E R S P E K T I V E H E I S S T S I E G !!!

4.2.90

ein
Revolutionär
ohne
Zelle



ein paar Bemerkungen zur **Frauen-VV** vom 31.1.90 im Mehringhof

ein paar Bemerkungen zur **Frauen-VV** vom 31.1.90 im Mehringhof

Anlaß der VV war die nach wie vor alltägliche Gewalt gegen Frauen. Geredet wurde u.a. über die U-Bahnwagen-Aktion als positiven Ansatz und über nächtliche Frauen-Patrouillen in 36, die wohl eher als frustrierend und wenig hilfreich erlebt wurden: Im Ernstfall ist mit großer Wahrscheinlichkeit keine Frauen-Patrouille in der Nähe, die eingreifen und helfen könnte.

Im Rahmen dieser Diskussion wurde von Vorfällen in der Silvesternacht 1989/90 berichtet: In dieser Nacht sollen am U-Bahnhof Schlesisches Tor mehrere Frauen, die alleine unterwegs waren, von einer Gruppe Faschos aufs übelste mißhandelt worden sein. Die Angriffe auf die Frauen sollen sich in einem Zeitraum von etwa drei Stunden wiederholt haben. Zehn Frauen sollen mit teilweise schweren Verletzungen in der Nacht ins Urban-Krankenhaus eingeliefert worden sein.

Ja, verdammt nochmal! Warum konnte sowas **drei Stunden lang** passieren? Hat denn da keine andere Leute geholt, um gegen die Faschos vorzugehen? (Es waren ja wohl Silvester ziemlich viele Menschen auf der Straße, oder?) Ist nicht mal dem behandelnden Personal im Urban was aufgefallen, was hätte weitergemeldet werden müssen? Hat denn da keine die Bullen gerufen?

Aber mal angenommen, es gab irgendwelche Gründe, die all das erklären, die diese Fragen beantworten: Warum wird sowas erst **einen Monat später zufällig** bekannt? Warum ist der Notruf nicht benachrichtigt worden? Warum gab es keine Öffentlichkeit in der Presse?

All das habe ich auf der VV nicht gefragt, weil ich - fassungslos und wütend über den eigenartig lockeren Umgang einiger Frauen mit solchen Geschehnissen - gegangen bin.

Was wollen wir denn überhaupt erreichen, wenn wir nicht mal bei so schlimmen Sachen in der Lage sind, Öffentlichkeit herzustellen? Wenn wir nicht in der Lage sind, andere Leute auf das aufmerksam zu machen, was alles passiert! Wer soll uns denn bitte unterstützen, wenn auch wir Frauen so mit (alltäglicher!) Gewalt gegen Frauen umgehen? Wenn wir selber verschweigen, was passiert!

eine Frau



Wo Soll das Alles Anfangen ?!

Institutionalisiertes Sozialprojekt	oder	selbstverwaltete Perspektive mit politischem Aktionsradius
Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.BaföG- und Reife-beSCHEINigungsinstanz	oder	Freiraum zur Verwirklichung von Kollektivität,kritischer Auseinandersetzung und globalem Denken und Handeln
Billige HierARSCHiche Strukturen nach Muster des **demokratischen** "Mehrheits"parlamentarismuß	oder	SELBSTbestimmung experimentierfreudiger "Minderheiten"
Reintegrierungsrecycling für gescheiterte Existenzen	oder	weiterhin REALISTISCH bleiben und das UNMÖGLICHE wollen und fordern

WEITER GEHT ES OHNE FRAGE

DER SPASSBESCHAFFUNGSAUSSCHUSS MACHT

!!!AKTIONSTAGE!!!

30

1.Vorläufiges INFO zur SITUATION der SFE

Der Grundstein

Mensch schrieb das Jahr 1972. Es war unter anderem die Zeit der Berufsverbote und politischen Disziplinierung im Bildungssektor. An der damaligen Gabbe-Privatschule gab's Stunk. Ständige Schulgelderhöhungen, qualitativ schlechter Unterricht, Verbot polit. Engagements gaben den Anlaß. Es wurde gestreikt. Aus diesen und den Erfahrungen des Während des Streiks durchgeführten Selbstorganisierten Unterrichts, wurde die Idee geboren, eine eigene selbstverwaltete Schule zu gründen.



Der Baustein

Damit wurde ein Freiraum in einem Bildungssystem,mit (so damals formuliert) bürgerlichen Bildungsinhalten,hierARSCHichen Strukturen,Stereotypisierung vom Verhaltensweisen, Chancenungleichheit,Fremdbestimmung usw. erkämpft.
Statt dessen sollten Auseinandersetzungsformen entwickelt werden, in dem die eigene Rolle innerhalb des Systems erfaßt und in den politischen Alltag umgesetzt werden konnte. Kollektives Denken und Handeln, Lernen ohne Konkurrenz- und Leistungsdruck sollten gewährleistet werden.
Dazu wurde ein Selbstverwaltungsmodell, das ein möglichst breites Experimentierfeld zuläßt,entworfen.

Der Rännstein


Diese Ansprüche wurden nie ganz, sondern nur teilweise,bzw. nur von einigen oder überhaupt nicht eingelöst. Einerseits waren Sachzwänge und Kompromisse unumgänglich, andererseits mangelte es oft an Interesse und Initiative, vorhandene Möglichkeiten voll auszuschöpfen.
Dazu kommt, daß die politische Desillusionierung nach dem deutschen Herbst 77, der Aufschwung der Bewegung am Anfang der 80iger und die darauffolgende Resignation und Stagnation während der Betonregierung,nicht spurlos an der SfE vorübergegangen sind. Der CDU-Senat war zwar eine Instanz, gegen die mensch an der SfE "nichts ausrichten" konnte, der jedoch als gemeinsamer Gegner verstanden wurde, dessen Feindbild zumindestens einheitlich genug gesehen wurde, um einen gemeinsamen politischen Minimalkonsens gegen diesen zu bilden.
Schlagartig kam dann aber etwas in "Bewegung", als im Februar letzten Jahres die Freunde von Rot-Grün in den Senat gewählt wurden.

Kein schöner Land in dieser Zeit

Der Steinbruch

Nun Spaltete Sich die SfE, ähnlich wie auch die sogenannte Linke,in verschiedene Lager. Diejenigen, die spätestens nach der Räumung der besetzten Häuser und der Aushorchungsaktion an Kreuzberger Schulen nach dem 1. Mai (um nur zwei Beispiele zu nennen) weiterhin nichts von dieser "neuen" Variante erwarteten; Und diejenigen, die sich sehr viel davon versprachen. Nach dem Motto: da gibts was zu holen und den letzten beißen





die Hunde, gingen deren Vorreiter dann auch frisch ans Werk.

Im Frühjahr 89 wurde die Finanzkrise und die unbedingte Aufwertung der SFE„Attraktivität"zum Vorwand genommen eine Außenfinanzierungsdebatte anzuzetteln. Eine der Schule außenstehende PR- Managerin,die für den professionellen Touch sorgen sollte, legte ein Konzept vor, das heftig umstritten wurde.Hier waren Spenden von Stiftungen (Konrad-Adenauer-Stiftung nicht ausgeschlossen) und der Industrie (?!) unverbindlich eingeflochten. Anfragen ob vielleicht über den Umweg eine Gehaltserhöhung gedacht wäre, wurden vehement verneint. Die Außenfinanzierungsdebatte brachte folgenden Forumsbeschluß hervor.

Die Außengelder dürfen:

1. nicht in laufende Kosten (u.a. Gehälter) fließen (um möglichê Abhängigkeiten zu vermeiden)
2. nicht unter Bedingungen angenommen werden, die den Selbstverwaltungsstatus gefährden
3. nicht von Banken und Rüstungskonzernen angenommen werden

Der Stein des Anstoßes

Gleich darauf kam der nächste Hammer. Kaum waren die wochenlangen Auseinandersetzungen überstanden, forderten die PaukerInnen geschlossen eine Gehaltserhöhung von 33% (dreiunddreißig). Kostenpunkt: 25000,-DM monatlich, entspräche einer Schulgelderhöhung von 50 DM, also auf 220 Märker bei 685,-BAföG. LehrerInnenstreikgerüchte und eine angedrohte Kündigungswelle (...bei dem auf die Prüfungsklassen evtl. keine Rücksicht genommen werden könne...), verliehen den nötigen Nachdruck. SchülerInnen wurden so gegeneinander ausgespielt.

Die Gehaltserhöhung wurde als Top 1 auf die nächste VV angesetzt. Wir ersparen euch die Beschreibung des diffusen Ablaufs des Abstimmungstheaters und gehen gleich auf die sogenannten und immer wieder bis zum Erbrechen vorgebrachten Mehrheitsbeschlüsse ein, die deutlich genug für sich sprechen.

- Die Außenfinanzierungsbeschlüsse (s.o.) wurden in allen Punkten zurückgenommen.
- Zur Deckung des derzeitigen Minus von 14 000 Mark monatlich und zugunsten einer vorläufigen Gehaltserhöhung von 5% wurde das Schulgeld auf ein halbes Jahr begrenzt von 170,- auf 200,- DM angehoben.
- Eine stufenweise Gehaltserhöhung über 33% wurde festgelegt. Ab Januar die Hälfte, und ab Juni dann den Rest. (1990) (Im allgemeinen Fiasko wurde völlig "vergessen" diese auch von einer laufenden Außenfinanzierung abhängig zu machen. Damit wurde entweder mit Geldern spekuliert, von denen niemand wußte ob sie jemals zur Verfügung stehen würden, bzw. eine weitere Schulgelderhöhung weit über die Schmerzgrenze, in Kauf genommen)
- Es wurde ein Geldbeschaffungsausschuß (GBAS) installiert, der mit 3000,- DM (West) monatl. ausgestattet, die Außenfinanzierung in Bewegung setzen sollte. (der Ausschuß hat bisher 15000,- DM gekostet, dafür aber jede Menge unverschämte Vorschläge und leere Versprechungen eingebracht.)


.......ABER AUF UNS HÖRT JA KEINER.

Weiteres Nachdenken und inhaltliche Auseinandersetzung waren damit ad acta gelegt.

Der Gallenstein

In der Nachfolgephase sorgten die so entstandenen beschissenen Sachzwänge und verschiedene AUSSITZblähungen für eine verpestete Athmosphäre, die jeder Aktivität die Luft nahm.

...UND DARAUS ENTSTAND WIEDER ETWAS NEUES:



Der Geld-
verprassungsausschiß tat das seinige dazu. Mit dem Hinweis beim Senat, die Schule sei Mitte 90 pleite (fragt sich nur warum) bot er sie förmlich dem Ausverkauf an. Die Mittl. Reife könne evtl. dem Arbeitsamt ausgeliefert werden. Politische Inhalte wurden zugunsten eines anzustrebenden "Sozialprojekts" demontiert. U.a. wurde der genaue Prozentsatz der SchülerInnen aus Kreuzberg und aus dem Osten angegeben (Konzept Kreuzberg läßt grüßen). Das Siemens und Schering noch in die "Sachspendenliste" einkalkuliert wurde, wunderte uns nicht mehr.

Trotz dem vorhersehbaren und weiterhin bestehenden Finanzlochs und einer nach wie vor umstrittenen, nicht fließenden Außenfinanzierung, bestand die sogenannte Mehrheit auf die für Januar festgelegte Stufe der Gehaltserhöhung (s.o.)

Der Hinkelstein

Um die Auszahlung der Gehaltserhöhung zu verhindern, und um endlich eine umfassende Diskussion (Finanzierung, Gehälter, Inhalte, Struktur...) in Gang zu setzen, BESETZTEN wir am 23.1. das Finanzbüro.

Die Reaktion darauf spricht für sich! Über den Sinn und Zweck der Aktion wurde hinweggegangen.
Stattdessen entwarf man/frau ein Feindbild auf welches in den nächsten 2 Tagen in billigster Manier verbal eingedroschen wurde. Einige entblödeten sich soweit unsere Herangehensweise etwa als faschistoid oder stalinistisch sehen zu wollen.
Unser Verhalten wäre illegitim, gewalttätig und verstoße gegen die "Verfassung".
Die Vorstellungen wie mit uns zu verfahren sei reichten von "passiv verschimmeln lassen" bis räumen, rausprügeln, und kündigen. Statt der erwünschten inhaltlichen Diskussion wurde in den verschiedenen Foren nichts weiter getan, als die Macht- und Legitimationsfrage per Abstimmung festzulegen.
Während es uns zu primitiv wurde bei dieser Inszenierung als Komparsen für ein Feindbild zu dienen, wurden Stimmen aus den Foren die mit uns sympatisierten rethorisch abgewürgt und teilweise niedergebrüllt.

Der Feuerstein

Nach dieser letzten Erfahrung kamen wir zu der Erkenntnis, daß innerhalb der SfE alle Möglichkeiten zu einer konstruktiven Auseinandersetzung an den Ursachen der Probleme aussichtslos sind. Aus dieser Sichtweise heraus lösten wir die Besetzung auf, um die gesamte Problematik, über den SfE - Sumpf hinaus zu thematisieren.
Die Lebendig- und Experimentierfreudigkeit der Schule basiert auf ihrer Autonomie.
Wir sind der Auffassung, daß diese mit einem riskanten Kurs auf's Spiel gesetzt wird, in dem der Bankrott des Projekts zugunsten eines staatl. finanzierten, und damit kontrollierten Schulmodells (Ersatzschule) als "einzigst rettendes Ufer" fahrlässig oder bewußt in Kauf genommen wird, bzw. dafür vollendete Tatsachen geschaffen werden.

DESHALB WOLLEN WIR DIE IN UND EXTERNEN ANGELEGENHEITEN
DER SFE IM ZUSAMMENHANG THEMATISIEREN.

Wir erhoffen uns einen breiten gemeinsamen Austausch über den Microcosmos der SfE hinaus.

---- WIR WERDEN DAZU IN KORZE MEHRERE AKTIONSTAGE ---------
---- VERAN - UND UNSTALTEN. ------

TERMIN, INHALT und ABLAUF geben wir baldigst bekannt.

BIS DANN ! EUER SPASSBESCHAFFUNGSAUSSCHUSS (SBAS)

P.S. Kapitel: Der Grabstein entfällt.

Nachrichten

Kundgebung in Frankfurt am 16.2.
An diesem Tag beginnt der Prozeß gegen Gabi, Siggi, Sven und Stephan. Sie sind angeklagt, am 12.4.89 während des letzten Hungerstreiks der kämpfenden Gefangenen die Frankfurter Börse mit Mollis gestürmt zu haben. Gabi, Siggi und Sven wurden kurze Zeit später in der Innenstadt verhaftet und sind seitdem im preungesheimer Knast. Stephan **wurde** zwei Monate später bei einer Hausdurchsuchung mitgenommen und ist seitdem im Knast Höchst.
Treffpunkt ist um 8.00 im Prozeßcafe in der Stoltzestr. 11. Von da aus wollen wir gemeinsam zum Gerichtsgebäude gehen. Bringt viele Transparente, Trommeln und Krachinstrumente mit. Für Musik sorgen wir. Wir wollen so nah wie möglich ans Gericht.. Wir gehen auch zusammen zurück. Treffpunkt hinterher ist auf jeden Fall das Prozeßcafe. Am abend wollen wir eine Diskussion zu den Ereignissen und zum Prozeß machen.

Heftige Zusammenstöße mit Hausbesetzern in Kopenhagen

Kopenhagen (dpa). Die Kopenhagener Polizei hat in der Nacht zum Sonnabend 102 Hausbesetzer nach heftigen Straßenkämpfen vorübergehend festgenommen. Wie die Zeitung „Berlingske Tidende" berichtete, kam es zu den Auseinandersetzungen, nachdem eine Gruppe von Hausbesetzern vier Beamte einer Polizeistreife überfallen hatte. Ein Beamter erlitt dabei einen doppelten Schädelbruch.

Aktion gegen historische Pornos

Das „Sputnik"-Kino in der Reinickendorfer Straße in Wedding ist erneut Ziel einer Attacke aus offenbar radikal-feministischen Täterkreisen geworden. Nach Angaben der Betreiber hatten diese das Gebäude gestern früh mit verklebten Türschlössern und an die Fassade gesprühten Parolen vorgefunden.

Für den späten Abend war eine Vorführung von historischem Pornomaterial (schwarzweiß und stumm) geplant, mit analysierenden Untertiteln versehen. Der Termin war nicht zufällig gewählt: Gestern vor zwei Jahren hatten vermummte Frauen eine Vorführung von alten Pornos gestürmt, die zur Diskussion gestellt werden sollten. (Tsp)

HUNGERSTREIK DER REVOLUTIONÄREN GEFANGENEN IN SPANIEN

HEUTE AM 2.2.90 IST DIE SITUATION FOLGENDE:

alle hungerstreikenden gefangenen sind in einem kritischen zustand.
bei 14 gefangenen wird zwangsernährung in den knästen durchgeführt.
an zwei gefangene, Mercedes Padros Corominas und Joaquin Calero Arcones wird die komalösung praktiziert.
d.h. wenn sie ins koma gefallen sind, werden sie in zivile krankenhäuser transportiert, mittels infusionen aus dem koma zurückgeholt und nach "stabilisierung" ihres zustands zurück in die knäste gebracht.
dieser zustand des hin und hers, des ping-pongs zwischen leben und tod, soll solange fortgeführt werden, bis die gefangenen den hungerstreik aufgeben oder tod sind.
trotz der eskalierten situation im hungerstreik gibt es von seiten der spanischen regierung keine gespräche, keine verhandlungen. "mit terroristen wird nicht verhandelt" - das ist die "unerpressbarkeit", die harte haltung des staates.
zahlreiche spanische und baskische gruppen unterstützen den hungerstreik und die forderung nach wiederzusammenlegung: isquierda unida (vereinigte linke), anti-nato gruppe, komitee gegen folter, die autonomen gruppen, die baskische partei herri batasuna. in verschiedenen städten gab es demonstrationen, kundgebung vor dem justizministerium, angehörige halten seit dem 20.12.89 das büro des roten kreuzes in madrid besetzt.
es gab bewaffnete aktionen der GRAPO gegen bullen und militärs.
internationale solidarität:
in zürich wurde während einer kundgebung vor dem spanischen konsulat ein reisebüro, zuständig für spanienreisen, zugesprüht und mit plakaten vollgeklebt; genauso ein büro der lufthansa im zusammenhang mit dem solidaritätsstreik in der brd.
die vier gefangenen frauen in ossendorf christa eckes, sieglinde hofmann, heidi schulz und ingrid jakobsmeier sind aus solidarität mit den PCE (r) und GRAPO gefangenen am montag in den hungerstreik getreten. daraufhin wurden sie voneinander isoliert. es wurde ihnen gedroht daß bei fortführung des streiks die gruppe auseinandergerissen wird. daraufhin unterbrachen sie den hungerstreik und konnten danach wieder zusammensein.

Am 22. Feber findet er wieder einmal statt: der Opernball. Und natürlich auch die Demo dagegen. Während einerseits schon fleißig vorbereitet wird, gibt es andererseits aber ziemlich widersprüchliche Auffassungen über Strategien und Konzepte...

Wir wollen im TATblatt Raum bieten, die dringend notwendigen Diskussionen offen zu führen.

Blockade, Demo oder wie oder was?

Der nachfolgende Text stammt von einer Einladung autonomer Gruppen zu einem Anti-Opernball-Vorbereitungsreffen, die an verschiedenste unabhängige linke Gruppen geschickt wurde. Dieses Papier war auch Grundlage eines ersten großen Vorbereitungstreffen. Beschlüsse wurden noch keine gefaßt. Im gegebenen Fall wäre sicherlich, das wurde schon ausgemacht, das Wort »Ausnahmezustand« zu ersetzen.

Hallo!

Der Opernball steht wieder einmal vor der Tür (22.2.90).(...) Wir wollen prinzipiell mit allen außerparlamentarischen Gruppen zusammenarbeiten, die wie wir eine offensive Praxis hinter ihre Forderungen stellen und sich nicht von militanten Aktionsformen – die zu erwarten sind – distanzieren. Das heißt nicht, daß Kritik verhindert/ausgespart bleiben soll.

Bevor wir Vorschläge und Ideen für mögliche Aktionen gegen den Opernball beschreiben, wollen wir erstmal auf die Voraussetzungen, wie wir sie sehen eingehen.

Zuallererst natürlich die "Gewaltfrage": Aktionen gegen den Opernball sind bereits fast eine ebensolche Tradition wie der Opernball selbst. Gerade die Ereignisse des vorigen Jahres haben gezeigt, daß, unabhängig von allen Plänen der "OrganisatorInnen", viele Menschen nicht nur die Bereitschaft, sondern auch das Bedürfnis haben, ihre aus der täglich erfahrenen Repression und strukturellen Gewalt resultierenden Aggressionen an passenderer Stelle loszuwerden als untereinander oder an Telefonhütteln.

Wir gehen daher davon aus, daß selbst für den Fall, daß sich keine OrganisatorInnengruppe findet, einige Tausend Menschen am 22.2.an der Kreuzung Kärntnerstraße – 2er-Linie zusammenkommen werden. In so einem fall gäbe es aber weder Rechtshilfe noch SanitäterInnengruppe, die der zu erwartenden Repression auch nur teilweise entgegenwirken könnten. Diese Situation ist eine reale, von der wir glauben, ausgehen zu müssen.

Widerstandsaktionen gegen die Herrschenden, und als solche sind die Aktionen gegen den Opernball in jedem Fall anzusehen, sollen den aktiven Frauen und Männern "in Zeiten wie diesen" das Gefühl der Ohnmacht gegenüber dem Staat nehmen. Das erleben einer erfolgreichen Durchsetzung von Forderungen, praktischer Solidarität (wie kollektiver Schutz vor Festnahmen) oder einfach die Erkenntnis, daß es in unserer Macht steht, menschenverachtende und verhöhnende Projekte und Veranstaltungen wie den Opernball (aber auch Kraftwerke, Gentech-Zentren,...) zu be- oder sogar verhindern, machen Menschen den Mut, die gemachten Erfahrungen Tag für Tag im ureigensten Lebensbereich umzusetzen.

Ziel der Vorbereitungen und Aktionen bis zum und am 22.2.90 ist es, bei vielen Menschen genau oben beschriebenes Gefühl auszulösen.

Die eingangs beschriebene Situation ist eine gesellschaftliche Realität, von der wir uns genausowenig abmelden können wie von Erdrutschen oder Hochwässer. Jede einzelne Person und jede einzelne Gruppe entscheidet für sich, welche Aktions- und Widerstandsformen sie für richtig und anwendbar hält. Die adäquate Form auf Entscheidung und Praxis anderer Gruppen und Menschen Einfluß zu nehmen ist solidarische Kritik und Diskussion, die ihren Platz in Vor- und Nachbereitung hat; aber sicher nicht vor Ort, während der Aktion durch Beschimpfung als "gewaltfreie WaserIn", Distanzierung von "bösartigen GewalttäterInnen" oder gar Denunzierung und Auslieferung an die Polizei.

Wir wollen mit allen Menschen und Gruppen zusammenarbeiten, die das staatliche Gewaltmonopol in seinen verschiedenen Auswirkungen (Wohnungsnot, Sozialabbau, Umweltzerstörung,...) praktisch bekämpfen und denen ein solidarisches Verhältnis zu allen an den Aktionen Beteiligten selbstverständlich ist.

Alles was jetzt kommt ist eine Sammlung von Ideen, die nicht "beschlossen" sind und hier zur Diskussion gestellt werden.

DIE VORBEREITUNG

Das Ultimatum

Grundlage unserer gemeinsamen Aktionen könnte eine Zusammenstellung von Zielvorstellungen sein, die sich aus der alltäglichen Arbeit der Gruppen ergibt. Die Pyhrngruppe fordert sofortigen Baustopp, Obdachlose die Freigabe des leeren Wohnraums, andere 10.000.- Basislohn oder die Abschaffung des Bundesheeres. Es entsteht so eine Liste von Forderungen, die die Breite des Widerstandes gegen die herrschende Politik widerspiegelt. Als stilistisches Mittel schlagen wir die Form von Ultimaten vor, die per Plakat, Flugi etc, an die Öffentlichkeit getragen werden. Bei Nichterfüllung bis zu 15.2. (eine Woche vor dem Ball) wird von uns der Ausnahmezustand ausgerufen. Während die Zeit bis zum 15.2. dazu genutzt werden kann, Inhalt und Sinn der Ultimaten einer breiteren Öffentlichkeit über Veranstaltungen, Infotische, etc, zu vermitteln, sollte die letzte Woche vor dem Ball dazu dienen, durch Aktionen verschiedenster Art tatsächlichen Druck hinter die Forderungen stellen und so Menschen dazu zu bewegen, sich an den Aktionen gegen den Opernball zu beteiligen. Eine tägliche Volksküche mit Wohnaktion vor der Oper etwa würde viele Menschen mit der Situation von Obdachlosen konfrontieren und den Stadtgewalttätigen daher sicher ein Dorn im Auge sein. Andere Gruppen könnten Aktionen, die sie sonst auch machen (Straßenblockaden, Bürobesetzungen,..) verstärkt in diese Zeit legen.

Die Aktionsbörse

Um aber nicht nur bereits organisierten und aktiven Leuten das Mitmachen an der Aktionswoche zu ermöglichen, haben wir an die Einrichtung einer Ideenbörse gedacht. Mittels einer fixen und/oder mobilen K, sollen Widerstandsmöglichkeiten aufgezeigt werden, die leicht durchführbar sind, große Resonanz erzeugen und deren (strafrechtliche,..) Folgen Mensch abschätzen kann. Kombiniert soll das ganze werden mit Filmen über Widerstandsformen in anderen Ländern und aus der Geschichte, Veranstaltungen über Rechtshilfe und Selbstschutz, Aktionstrainings (wie verhalte ich mich bei Polizeieinsätzen/in Extremsituationen). Für die Durchführung dieser Aktionsbörse haben sich auch schon Leute gefunden;natürlich noch nicht genug.



Die Steckbriefe

Prinzipiell glauben wir, daß jede Gruppe selber mit Flugis und Plakaten für die Aktionen mobilisieren sollte. Sofern es überhaupt einen gemeinsamen Aufruf gibt, sollte er sich damit begnügen, grundsätzliches über außerparlamentarische Politik zu erläutern. Um aber zu vermitteln, daß die "Schweine" nicht nur an einem Tag in der Oper ihr zuvieles Geld ausgeben, sondern dieses das ganze Jahr über durch für uns folgenschwere Politik überhaupt erst bekommen, wollen wir "Steckbriefe" von tatsächlichen oder möglichen OpernballbesucherInnen anfertigen auf denen zu lesen ist, was die betreffende Person tut, in welchem zusammenhang das steht und welche Auswirkungen das für uns hat. Außerdem soll auf dem Plakat draufstehen, wo die Person bzw. ihr Arbeitsplatz zu finden ist, um klarzustellen: das Unrecht hat Name und Adresse und das das ganze Jahr über.

DER TAG DER TAGE

Untertags

Der 22.2. soll wirklich ein Tag des Widerstandes werden. Dieser Tag kann abermals eine Zuspitzung der Situation mit sich bringen, indem kleine leicht durchführbare Aktionen über das ganze Stadtgebiet verteilt die Situation für die Polizei völlig unberechenbar, undurchschaubar und unkontrollierbar werden lassen. Während die Polizei ihren Kessel um die Oper aufbaut, nerven wir sie durch kleine Infoveranstaltungen in Wohngebieten von "sozial Schwachen", provokanten Straßentheateraktionen in FußgängerInnenzonen, spontanen Notbremsungen, spontanen Kurzdemos, erfrischendes Bunt

in allzuviel Grau und vieles andere mehr. Art und Durchführung der Aktionen werden von den Gruppen selbst bestimmt. Manche Gruppen werden ihre Aktionen anmelden, andere wieder werden diesen Formalakt scheuen. Eventuell könnten wir die Bevölkerung schon vorher darauf aufmerksam machen, daß der Individualverkehr an diesem Tag des öfteren zum Erliegen kommen könnte (Frage:ist das gut? Welche Autos sollen dann den Stau machen, damit Ballbesucherlnnen und Polizei nicht weiterkommen? Oder können wir den wiener Autofahrerlnnen vertrauen?).

Womit wir bei den Ideen des abendlichen Gesamtverkehrsstillstandes angelangt sind:

Das dezentrale Tageskonzept könnte am Abend verstärkt den Innerstädtischen Bereich erfassen. Mit an neuralgischen Punkten vorbeigeführten Demonstrationen könnte 1.)der politische Inhalt nocheinmal klargestellt werden (Ministerien, Konzernniederlassungen -in der Vorbereitung schon bekanntgemacht) und 2.)in relativ weitem Abstand zur Oper an wichtigen Verkehrsknotenpunkten der Verkehr lahmgelegt werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß Blockaden von wenigen Minuten ausreichen, um stundenlanges Verkehrschaos zu erzeugen (Ringkette 1988). Die mit der Absicherung ihres Kessels beschäftigte Polizei wird durch das Chaos ebensowenig durchkommen wie alle anderen und muß außerdem befürchten, daß gerade dann Leute zum Karlsplatz kommen wenn sie es am wenigsten erwartet.

Eine andere Vorstellung ist die, am Abend mit allen gemeinsam eine große Demo zu machen. Die Gründe, die für einen große Demo sprechen, sind die:

Es gibt viele Leute, die wir für Blockaden nicht mobilisieren können und die dann am Abend vor der Oper stehen. Diese Leute sind uns auch wichtig. Eine große Demo bietet außerdem den Vorteil, daß sie sehr schwer angreifbar ist und wir aus der Demo heraus offensiven Schutz leisten können. Auch aus einer großen Demo heraus können wir Blokkaden machen, aber halt mit mehr Leuten.

WICHTIG: Die gesamte Vorbereitung muß so offen sein, daß alle Mitaktionistlnnen immer genau wissen, was von unserer Seite geplant ist und was sie wo erwarten könnte. Es ist wichtig die Erfahrungen des Auslandes zu vermitteln, daß gerade sog. gewaltfreie Aktionen von Polizeibrutalität besonders betroffen sind. Die Teilnahme an einer eventuell sogar polizeilich angemeldeten Katzenmusik vor einem Nobelhotel muß ebensogut psychisch und materiell vorbereitet werden wie etwa eine Kleingruppenaktion anderswo, da die Polizei in der Regel nur "Zugriff" auf Aktionen ersterer Art hat. Es ist also notwendig sich bei "gewaltfreien Aktionen" sich gut auszupolstern,... "halblegale Aktionen" wie Straßenblockaden können so durchgeführt werden, daß mensch sich selbst dem zugriff der Polizei entzieht indem er/sie sich bei deren Eintreffen einfach aus dem Staub macht und anderswo wieder in Erscheinung tritt. Je schöner das Fest, desto konfuser die Polizei bei (Fehl)alarmen aller Art.

In der Vorbereitung muß klargestellt werden, daß Nazis in der Demonstration nix zu suchen haben und hinaus geworfen werden. Ebenso muß gesagt werden, daß Alkoholisierte nicht nur sich selbst, sondern auch andere gefährden und das in so einer Situation nicht hingenommen werden kann.

Sollten wir in der Lage sein, dieses oder ein ähnliches Konzept auch nur ansatzweise durch zu halten, könnte es gut sein, daß es um 22 Uhr gar keine Bolognese gibt, weil noch zu wenig Leute in der Oper sind.

Das hätte auch noch einen anderen Vorteil: Erfahrungsgemäß beginnt der große Polizeieinsatz erst um 22 Uhr mit der Balleröffnung, denn vor diesem Zeitpunkt muß 1.) die Zufahrt der Gäste gesichert werden und 2.) könnten ja auch Ballbesucherlnnen von der Polizeiaktion getroffen werden. Wenn diese Besucherlnnen aber um 22 Uhr noch gar nicht in der Oper sind, folglich irgendwo am weg zur Oper sind, könnte die Polizei in die defensive gedrängt werden. Die große Knüppelei müßte später anfangen, vielleicht überhaupt entfallen.

Es ist jedenfalls wichtig, daß die Polizei möglichst desorientiert ist, wenn nach Abschluß der Blockaden die meisten Aktivistlnnen wahrscheinlich in Richtung Karlsplatz strömen. Eine konfuse Polizei kann niemals soviele Menschen verletzen oder festnehmen wie eine wohlorganisierte.

NACHBEREITUNG

Wichtig ist, daß eventuelle Nachfolgedemos schon vorher ausgemacht und bekannt sind. Ebenso verhält es sich mit nachfolgenden Diskussions- und Nachbereitungsveranstaltungen. Es ist klar, daß das Ultimatum allein nicht den gewünschten politischen Erfolg bringen wird. Konkrete weitere Zusammenarbeit ist notwendig;etwa bei der Vorbereitung von Aktionen zu 1.Mai, der heuer in Österreich zum 100 Mal stattfindet.

Zum Abschluß noch eine kleine Kopfrechnung:

Die BPD (BUNDESPOLIZEIDIREKTION) Wien verfügt zu Zeit über 5200 SICHERHEITSWACHEBEAMTE im Aussendienst (alle Sondereinheiten mitgerechnet;Zahl aus Standard vom 14.12.) Höchstens einsatzfähig sind auf einmal zwei Drittel (das sind 3400), mit denen auch die Arbeit der Bezirkspolizeikommissariate und Wachstuben abgedeckt werden muß. Zur Abschottung der Oper werden ca. 2000 Beamte benötigt. Der verbleibende Rest wird hoffentlich durch dezentrale Aktionen überfordert sein, zumal sich die Polizeiführung stets eine taktische Reserve von ca. 300 Beamten zurückbehalten muß.

Räumungsdrohung für besetztes Haus in Hamburg

Wir sind 35 Leute aus der LAMA (Laeisz-/Marktstr.) im Karoviertel, die hier schon seit Jahren zusammen leben und kämpfen. Die Schweine wollen dem durch die Gesamträumung ein Ende machen.

Angefangen hat der Streß 1987, als die Häuser vom Spekulanten Nicolai Rabels gekauft wurden.(Rabels ist 27 Jahre alt und Sohn des Ex-Staatsrats Dr. Peter Rabels, verantwortlich für den Hamburger Kessel 86.)

Damals gab er vor, mit uns zusammen ein Wohnprojekt aufzuziehen. Es stellte sich aber bald heraus, daß er nichts von dem, was er versprochen hatte, hält, uns stattdessen Schlägertrupps und die Bullen auf den Hals hetzte. Die Häuser ließ er immer weiter verlottern, wogegen wir uns rechtlich und autonom wehrten. Er hat uns dann Titel für Titel aus den Wohnungen geklagt, die wir aber mithilfe von dicken Barris, z.B. Gittern und Stahltüren einbruchssicher machten und somit weiter bewohnen konnten.

Letztes Jahr gab es immer wieder Großeinsätze mit ein paar Bullenhundertschaften, Wasserwerfern und schwerem Räumgerät.

Es gibt jetzt nur noch für eine Wohnung einen legalen Mietvertrag, was jedoch die Gesamträumung nicht mehr aufhalten wird.

Der offizielle Räumungstermin ist der 7. Februar. Die Bullen können aus taktischen Gründen auch früher oder später kommen.

Wir wehren uns gegen die Räumung auf allen möglichen Wegen: Rechtlich mit Hilfe unserer Anwälte, mit prominenten Unterstützern, mit Demos, Flugis, der Presse, der aktiven Szene und der interessierten Öffentlichkeit.

Gleichzeitig verbarrikadieren wir weiter die Häuser und IHR DIE UMGEBUNG !!!

EIN BESETZTES HAUS im Stadtteil Altona hat die Hamburger Polizei am Samstag geräumt. Der Häuserkomplex Pinnasberg 72 bis 79 war erst in den Mittagsstunden von rund 20 jungen Leuten in Beschlag genommen worden. Die Räumungsaktion, bei der insgesamt 80 Polizeibeamte eingesetzt worden waren, verlief nach Angaben der Polizei „völlig ohne Probleme". Die Besetzer wollten mit der Aktion nach eigenen Angaben auf den Verfall der Häuserzeile aufmerksam machen.

RÄUMUNG DES BESETZTEN HAUSES IN WIESBADEN

Am Dienstag den 16.1. wurde das 4 - Monate lang besetzte 'Günther Sare Haus' in Wiesbaden geräumt. Am frühen Morgen war das Viertel schon von Bullen durchtränkt. Die Straße wurde abgesperrt und es war kein durchkommen zum Haus mehr möglich. Für die Räumung fuhr die Bullerei alles auf, was sie zu bieten hatte; von normalen Bullen, über Wasserwerfer, bis hin zum Panzerwagen. Dementsprechend brutal verlief die Räumung, zuerst wurden Leute, die eine Kette vorm Haus gebildet hatten, weggeknüppelt. Über das Dach und durch das Nachbarhaus drangen die Schweine in das Haus ein und verprügelten erstmal die Anwesenden. Die Leute im Haus wurden noch getreten, als sie auf dem Boden lagen. Sie wurden dann mit Handschellen und in geduckter Haltung herausgezerrt und abgeführt (dazu wurden einigen Feuerzeuge ins Genick gehalten, damit sie auch unten bleiben). Sie wurden dann auf verschiedenen Wachen untergrbracht. Noch während der Räumung hatte ein Rechtsanwalt eine einstweilige Verfügung bei Gericht gegen die Räumung und den Abriß des Hauses bekommen. Die Stadt reagierte darauf in keiner Weise und der Einsatzleiter kommentierte nur, daß Papier geduldig sei. Das Haus wurde am Nachmittag abgerissen.

Gegen 19 Uhr gab es eine Demonstration, an der ca. 400-500 Menschen teilgenommen haben, obwohl in ganz Wiesbaden Bullen päsent waren und sie den Versammlungsort abgeriegelt hatten. Die Stimmung war trotz des Spaliers der Bullen gut, es waren auch viel mehr Leute aus den Stadtvierteln gekommen als erwartet wurde. Am Ende wurde die Demonstration eingekesselt und die Bullen provozierten eine Schlägerei, bei der viele verletzt wurden (einer mußte ins Krankenhaus).

Den Presseberichten zu Folge war die Räumung "unblutig" verlaufen und es sei wieder Ruhe eingekehrt. Auch war die Rede davon, daß sich die Besetzerlnnen mit Ketchup bespritzt hätten, um so den Anschein zu erwecken, daß sie verletzt worden seien.

Ex Faschofunktionärin in der Hannoveraner Szene

KERSTIN MUTSCHALL war Anfang September 1989 das erste Mal hier, in der Bürgerschule (Stadtteilzentrum neben dem Sprengelgelände). Sie kam mit einem anderen Motorradfahrer und fragte nach Sprengel, Korn und ob es noch andere Szenetreffpunkte gäbe.
Am 20.11. war sie bei der Bauwagenräumung (Sprengel), hat fotografiert und Leute vom Gelände kennengelernt.
Am 25.11. ist sie mit auf die Demo wegen des Mordes an Conny nach Göttingen gefahren.
In der Zeit danach war sie fast immer auf dem Gelände bei ihrem Freund, blieb aber im Wohnwagen eines Bekannten an einem anderen Ort wohnen.
Sie hat sowohl Leute vom Sprengel als auch aus der Szene angesprochen und konkret nach Aktionen gefragt oder wollte solche anregen. Sie bekam viel über Beziehungen der Leute untereinander und über bauliche/technische Sachen im Haus mit, teilweise durch gezieltes nachfragen.
Einigen Leuten erzählte sie, daß sie mal etwas mit der FAP zu tun gehabt hätte bzw. sie hätte mal einen Freund gehabt, der Fascho war. Sie behauptete aber bei anderen Leuten, aus Antifa-zusammenhängen zu kommen.
Kurz vor Weihnachten sprach sie in Hildesheim in einer Kneipe Punks an, die sie als Faschistin kannten, um ihnen zu sagen, daß sie nicht mehr Faschistin sei und jetzt auf dem Sprengelgelände wohne, sie sollten das weitersagen.
Am 8.1.1990 sagte sie auf dem öffentlichen Plenum zur bevorstehenden erneuten Bauwagenräumung auf dem Sprengelgelände viel und schlug als Erste militante Verteidigung vor. Sie sagte etwas von"Streß machen" und konkretisierte das auf Nachfrage:" Mollies und Steine".
Am 9.1. fuhr sie nach Hildesheim und Alfeld, um im Namen des Sprengel-Plenums wegen der Bauwagenräumung zu mobilisieren.
Nach diesem Gespräch sprach sie auf Sprengel mehrere Leute an, daß der Verfassungsschutz sie anwerben wollte, sprach aber von linken Zusammenhängen.
Am 12.1. fuhr sie mit Leuten vom Sprengel ein paar Tage in eine andere Stadt und erfuhr auch dort Sachen über die dortigen Zusammenhänge.

Am 13.1. erfuhr der größte Teil von uns erstmals von ihren FAP-Aktivitäten:
Am 15.1.90 forderten wir sieauf, zu ihrer Geschichte und ihrer Perspektive hier Stellung zu nehmen. Daraus wurde ein 15-stündiges Gespräch, wovon sie die ersten Stunden ihre letzten 4 Jahre von sich aus erzählte.
Im Laufe des Gesprächs verwikkelte sie sich oft in Widersprüche, mehrmals log sie.



KERSTIN MUTSCHALL, 24.6.68

Ihre finanzielle Situation ist ungeklärt, es gibt mehrere Unstimmigkeiten (z.B. sehr teure Anschaffungen i n letzter Zeit).
Aufgrund ihrer Geschichte und dem was sie hier gemacht hat, entstand der Verdacht, daß sie für den Verfassungsschutz spitzelt. Da wir es mit ihr zusammen nicht aufklären konnten, diese Gefahr aber auch für die Zukunft besteht ebenso wie die Möglichkeit, daß sie bei der Beliebigkeit ihrer Ansätze wieder die Szene wechselt, bedeutet ihr Hierbleiben für unsere Arbeit und Strukturen eine Gefahr.
Wir können uns, vor allem in der jetzigen Konfrontation, nicht vorstellen, mit ihr weiterhin zusammen zu arbeiten.
Mehrfach hat sie sich über ihre "Zugehörigkeit" zu Sprengel in Gruppen und auch in anderen Städten legitimiert, was wir nicht verantworten können.

SPRENGEL, Hannover
20.1.90

Monatsdemo gegen West-Mief

FRANKFURT A. M., 4. Februar (FR). „Die eingefahrene miefige Langeweile der Bundeshauptstadt wie der Bundesrepublik" möchten die Aufrufer zur Bonner Monatsdemonstration stören, die am heutigen Montag nach dem Vorbild der Leipziger Montagsdemo erstmals über den Marktplatz Bonns ziehen soll. In Anlehnung an den Vorschlag des kürzlich aus dem Dienst entlassenen Flottillenadmirals Elmar Schmähling heißt das Motto „Reduktion der Bundeswehr? — Ende des Gammeldienstes im Grundwehrdienst — statt 495 000 reichen denn nicht, verdammt, 200 000 Soldaten?" Als Teilnehmer werden neben Schmähling selbst Pfarrer Heinrich Albertz, die Fernsehmoderatoren Franz Alt und Klaus Bednarz sowie Bärbel Bohley als Vertreterin aus Leipzig erwartet.

„Die erste müssen wir machen, ohne sie genehmigen zu lassen, um die umgekehrte Wiedervereinigung nicht zu gefährden. Man stelle sich vor, wir würden so total unter den Leipziger Standard fallen, daß wir unsere Bonner Monatsdemonstration genehmigen ließen...", heißt es in dem Aufruf. Auch solle gegen die „installierte Kumpanei zwischen Politikern, Parteizentralen, Bundespresse- und Propaganda-Amt sowie Presseagenturen und der ganzen staatlich genehmigten Bonner Bundespressekonferenz" auf die Straße gegangen werden.

Polizeieinsatz rechtswidrig

MÜNCHEN, 4. Februar (dpa). Der Polizeieinsatz gegen Zuhörer eines politischen Prozesses am 8. November 1988 in München war nicht gerechtfertigt. Das hat das Verwaltungsgericht München entschieden und damit der Klage von fünf Betroffenen stattgegeben (Az.: M 17 K 89.2000 und M 17 K 89.2092). Während eines Prozesses wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung waren in einer Sitzungspause etwa 40 Zuhörer in ein nahegelegenes Cafe gezogen und dort von der Polizei einer Personalienfeststellung unterzogen worden. Die Behörde hatte dies offiziell mit der Durchführung einer nichtgenehmigten Demonstration begründet.

Bei dem damaligen Prozeß war gegen zwei Mitveranstalter einer Versammlung über die Situation der Häftlinge der Rote Armee Fraktion (RAF) verhandelt worden. Die Anklage war nicht nur in der linken Szene auf Unverständnis gestoßen, da die Versammlung zwar untersagt, dies den Veranstaltern aber erst nach Beginn mitgeteilt worden war.

PS. Uns h t geärgert,dass ihr in der letzten In terim von 200 Menschen auf der Demo zur Durchsuchung vom kurdischen Kulturzentrum BOTAN geschrieben habt,es waren um die 300 Menschen dort.Auch wenn die Solidarität zum kurdischen Befreiungskampf und den Kurdischen Gefangenen in der BRD noch sehr schwach ist,erwaten wir von euch,dass ihr nicht auch noch die Zahlen drückt.
Solidarische Grüsse

KOLLEKTIVE GESTERN UND HEUTE - ODER: EINE ANDERE FORM VON STELLENANZEIGE

agit druck, eines der, oder sogar das, älteste kollektiv west berlins, wurde vor einem jahr 20 jahre alt. entstanden aus der schülerInnen- und studentInnenbewegung, war die druckerei eigentlich immer teil der szene. das heißt, daß die leute, die dort arbeiteten, politisch in die bewegung eingebunden waren, es wurde im kollektiv gearbeitet, mit einheitslohn und dem anspruch, daß alle alles können und sich gegenseitig ihr wissen vermitteln. "die szene" gab ihre flugis, plakate etc bei agit, contrast und keule in druck. viel mehr szene-druckereien gabs nicht, bis zur häuserzeit. da stellten sich die leute druckmaschinen in die häuser und gründeten neue druckkollektive. die fotokopierer wurden immer besser, billiger, schneller und jederzeit verfügbar. es gab mehr geldquellen (al, netzwerk, reiche erbInnen) und die qualitätsansprüche an die gedruckten produkte stiegen. das hieß, daß plakate und broschüren zu druckereien gegeben wurden, die technisch und personell besser ausgestattet waren, während flugis oft selber gedruckt oder fotokopiert wurden.
wieso schreiben wir das alles? wollen wir jammern? uns beklagen, daß wir ungerecht behandelt werden? wenn es doch fakt ist, daß agit qualitativ oft zu wünschen übrig läßt, auch nicht mehr viel billiger ist als andere druckereien und außerdem soweit weg vom puls der zeit!
nein, darum geht es uns eigentlich nicht. es geht uns auch nicht in erster linie darum kundInnen zu werben. wir wollen erzählen, darstellen, zum diskutieren und überlegen anregen. wir sind notgedrungen an dem punkt einer bestandsaufnahme und veränderung angekommen, und sehen es nicht nur als unsere persönliche geschichte an, sondern finden daß "die szene" informiert werden sollte, teilhaben sollte.
wir, das ist der momentane kleine rest vom agit kollektiv, stehen vor der entscheidung leute zu finden, die mit uns zusammen weitermachen, das kollektiv und den laden wieder aufbauen; oder aber die druckerei zu verkaufen, und das geld wie auch immer, in die politische arbeit einfließen zu lassen. aber letzteres ist eh nicht unsere entscheidung, sondern mindestens aller der leute, die in den letzten jahren bei agit gearbeitet haben, und heute noch nen politischen interesse an dem laden haben.
ok, sollten wir also mit denen reden, und in der taz und über unsere privaten/politischen kanäle kundtun, wie die situation von agit ist. haben wir schon gemacht, reichte aber nicht. wir betrachten die druckerei weiterhin als teil der politischen struktur in der stadt und finden es wichtig, daß es agit weiterhin gibt. deshalb, und weil wir glauben, daß die situation von agit nicht unbedingt "agit spezifisch" ist, sondern damit zu tun hat, wir wir mit unseren arbeitsstrukturen umgehen, haben wir diesen artikel geschrieben.
wir brauchen leute, die technisch ahnung haben. der laden verkraftet es ökonomisch nicht mehr, leute anzulernen. das permanente anlernen ist einer der gründe warum agit heute so beschissen dasteht. wir brauchen leute, die kollektiverfahrung, bzw interesse und verantwortung haben im kollektiv zu arbeiten, denn es geht nicht, daß son laden als durchlauferhitzer benutzt wird. wir glauben, daß die tatsache, daß wir unsere arbeitsstrukturen, bzw. speziell die läden, die noch dem traum eines kollektiven arbeitens hinterherhängen, (z.b.komet, gegensatz, agit, und krautis) wie supermärkte benutzen, maßgeblich an deren krisen und untergang beteiligt ist. die große fluktuation, daß die leute dann gehen, wenn sie gelernt haben, was es zu lernen gab, es ihnen dann zu langweilig ist, sie sich verbessern wollen oder diese arbeit doch nicht ihr ding ist, sind einige gründe mit.
wir wollen nicht mit dem zeigefinger zeigen, wir nehmen uns nicht aus, sondern haben teilweise genauso unreflektiert unsere reise durch kollektive arbeitszusammenhänge hinter uns. uns ist nur, durch die aktuell erzwungenen reflexionen, einiges wieder aufgefallen, hochgekommen. wir müssen unter uns auch noch viel diskutieren, klären, darüber wie es technisch und ökonomisch weitergehen soll und kann und wie das konkret aussieht mit dem kollektivem arbeiten.

Selbst-Denkende aller Länder - vereinigt Euch!

An Alle,
Initiativen und Gruppen,
die in Alternativen denken,
leben und handeln... in Ost und West

Ost-West-Aufruf

Es ist da - das Bedürfnis nach Austausch und gegenseitigem Lernen, für eine Weiterentwicklung von Alternativen in Politik, Kultur und Alltag. Noch nie war sie so groß wie heute: die Chance, eine wirkliche Demokratie zu schaffen. Die Ereignisse in der DDR bieten dafür einmalige Voraussetzungen. Warum also die derzeitige Geschäftigkeit, den verordneten Kommunismus sehr schnell - ja panisch - in einen ebenso verordneten Kapitalismus zu "wenden"?
Jenseits von Plansoll, Leistungsdiktat, Konsumterror, Ellenbogenherrschaft und staatlicher Allmacht als höchsten "Werten" menschlichen Daseins, gibt es genügend Ansätze, gesellschaftliche Alternativen zu entwickeln, zu fordern und durchzusetzen.
Nur gemeinsam können wir verhindern, daß die Grundsätze nicht auf der Strecke bleiben, die für die Bewältigung der Zukunft und für tatsächliche Selbstbestimmung dringend nötig sind:
Basisdemokratie, Selbstverwaltung, Dezentralisierung, Gleichberechtigung, Solidarität und ökologische Prioritäten.
Die Zeit drängt. Am meisten werden wir erreichen, wenn wir unsere vielfältigen Erfahrungen, Ideen und Zukunftsmodelle in den verschiedensten Bereichen aus Ost und West zusammentragen, austauschen, auswerten, gemeinsam weiterdenken und veröffentlichen. Diese Vielfalt ist unsere Stärke, und wir vergeben diese Chance, wenn alle nur in ihren Kreisen vor sich hin brüten oder gar die Hände in den Schoß legen.
Wir schlagen eine Koordination und Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Bereiche und Gruppen vor, die an solchen Alternativen arbeiten - als Anknüpfungspunkte für eine weitergehende Vernetzung. Als erstes, öffentlichkeitswirksames Projekt schlagen wir vor:
ein gemeinsames Fest(ival) der Alternativen , gegen Ende April, in Berlin-Ost, mit Kabarett, Musik, Theater, Aktionen, Ständen, Spielen, Ausstellungen etc.
Mit diesem "futurologischen Jahrmarkt" können wir unsere Ansätze und unser Lebensgefühl auf kreative, spielerische und sinnlich nachvollziehbare Weise vermitteln. Aber auch Diskussionsforen wären möglich. Wichtige Ergebnisse und Modelle könnten schon vorher in die öffentliche Diskussion eingebracht werden. Die entstehenden Arbeitszusammenhänge ermöglichen auch, gemeinsam auf aktuelle Ereignisse zu regieren - falls dies notwendig erscheint.
Dieses Projekt ist überparteilich - und daher nicht für Wahlkampfmanöver zu mißbrauchen. Es will Erfahrungen, Kreativität und Phantasie zusammenführen, um zu längerfristig wichtigen Vorschlägen zu gelangen. Alle, denen die hier genannten Grundsätze noch etwas bedeuten, können sich beteiligen und die Zusammenarbeit für ihre Zusammenhänge fruchtbar machen. Qualität und öffentliche Wirksamkeit dieses Vorhabens hängen letztlich von der Zahl der Beteiligten ab, sowie von der intensiven Vorarbeit - ab sofort.

Als Arbeitstitel schlagen wir vor (in Abwandlung eines früheren "Büro"-Slogans):

"Alles Gute wächst von unten!"

Ein erstes, größeres Treffen findet statt: Am 7.Febr., im JoJo-Club, Wilhelm-Pieck-Str.216, 19 Uhr, U-Bhf. Rosenthaler Platz
Vorbereitungs- und Konzeptionstreffen: Am 29. Jan., Theaterverband der DDR, Rosenthaler Str. 52, 19 Uhr.
Kontakt-Adressen: "Büro für ungewöhnliche Maßnahmen", Cuvrystr. 20, 1000 Berlin 36
Tel.: 611 50 00 / 611 94 04
Verband der Theaterschaffenden der DDR, Rosenthaler Str. 52, 1040 Berlin
Tel.: 282 30 30 / 282 20 80

------diskutieren, ausfüllen, absägen, eintüten + ab geht die Post------------------

Wir sind dabei! (Name, Gruppe, Kontakt-Person/en, Adresse, Telefon).................

....

Wir beteiligen uns beim Fest(ival) mit: ....

Wir klinken uns in die Vorarbeit mit ein in folgende Arbeitsbereiche (bitte ankreuzen!)
○ Gleichberechtigung u. Quotierung, ○ Ökologie, ○ Sanierung, Wohnen, Mieten,
○ Kulturpolitik, dezentrale Kulturarbeit, Freie Gruppen, ○ Bildung, Wissenschaft,
○ Gesundheit, ○ betriebliche Selbstverwaltung + bedürfnisgerechte Produktion,
○ gesamtgesellschaftliches Modell, ○ sonstiges..............................

Wir arbeiten bereits in einem solchen Zusammenhang (Arbeitstitel, Treffen, Ort, Zeit)

....

DONNERSTAG, 8. 2.

19:00 VOLXKÜCHE mit Infos zum Prozeß wegen dem Angriff auf die Börse in Frankfurt und laufenden Verfahren gegen die kürdischen Gefangenen im besetztes Info-Cafe´ in der Lübbener Str. 29

19:00 volxküche & Infoaustausch anschließend **FETE** IM Cafe´GESCHWULST Ihnestr. 22

jeden Donnerstag

16:00 Frauen-Cafe´im besetzten Info-Cafe´ in der Lübbener Str. 29

18.00 Gruppentermin des ASTI (anarchistische Gruppe) im A-Laden, Rathenowerstr. 22.
19.00 Häuserkampfplenum in der Nostizstr. 49.
19.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.

FREITAG, 9. 2.

20:00 Theorie und Praxisdes revolutionären Marxismus Grundkurs (Fortsetzung) im Internationalistischen Zentrum, Mahlowerstr. 9 1/44

jeden Freitag

19:00 Offenes Plenum vom Werra-Block im Krümmelladen Weserstr. 155

19-20 h VOLXKÜCHE in der Lübbi 29 , Kein ALK

21:00 FRAUEN-LESBEN FEST im STEPS, Grossbeerenstr. 64 1/61 **nicht für männerInnen!**

21.00-3.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21/Invalidenstraße, Berlin, Hauptstadt der DDR.

15:00-20:00 MieterInnencafe´ in der Lunte, Weisestr. 53

SAMSTAG, 10. 2.

13:00 Tarifkampfauseinandersetzung und die 35-Stunden-Woche Eine Diskussion. Findet entweder im blauen Salon oder Versammlungsraum Mehringhof, Gneisenaustr. 2a 1/61

NACHTS Knast-Soli-Fete im Drugstore Potsdamerstr.

jeden Samstag

Frauentag im Infoladen Lunte, Weisestr. 53.

12.00 Frühstück in der Nostitzstr. 49.
16.00-20.00 Antifa-Info-Telefon 692 15 99. Informiert euch und uns über Überfälle, Faschoaktionen, Prozesse, ...

21:00 und 23:00 (??) **"FOREIGN BODIES"** Filmreihe zu Frauenhandel & Sextourismus im KOB, KOB, Potsdamerstr. 157 1/62 **NUR FÜR FRAUEN UND LESBEN!!**

Samstag

11:00 - 16:00 Frauen/Lesben-Tag in der M 99 Das Sonntagstermin gibt's dann nicht mehr (Wer neu zu dieser Zeitung ist und nichts versteht macht's nicht. Durch die übliche Initiierungs-Ritualen unseres Stammes wirdst du in unsere sämtliche Geheimnisse eingeweiht).

SONNTAG, 11. 2.

18:00 Kiezküche im Wedding bei den Zorrows in der Grüntalerstr. (U-Bahn Pankstr.)

19:00 Information und Diskussion zum Prozeß gegen die kürdischen GenossenInnen vor dem Oberlandsgericht in Düsseldorf. In der Yorkstr. 59 HH i. Etage

jeden Sonntag

14.00 Neuköllner Kiezküche im Syndikat, Weisestr. 56
16.00 Frauenkiezcafé im Falckeladen, Falckensteinstr. 46
ab **18.00 Kiezküche** im Anfall, Gneisenaustr.64
20.00 Film im EX, Gneisenaustr. 2a

MONTAG, 12. 2.

20:00 Frauen-VV zum Thema Gewalt auf der Straße, Patrouillen etc. **NUR FÜR MOABITERINNEN** im A-Laden, Rathenower Str. 22

jeden Montag

15.00 - 20.00 Antifajugendcafe im Infoladen Lunte, Weisestr. 53.
19.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfetreffen im Heilehaus, Waldemarstr. 36
19.00 Volksküche im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.
20.00 Volksküche in der Nostitzstr. 49.

DIENSTAG 13. 2.

jeden Dienstag

19.00 Gruppentermin der FAU (Freie ArbeiterInnen-Union) im A-Laden, Rathenauer Str. 22
20.00 Film &&&, im besetzten Infocafe Lübbenerstr. 29.
20.00-22-00 Ermittlungsauschuß (EA), Tel.: 692 22 22 im Mehringhof Gneisenaustr. 2a.

MITTWOCH, 14. 2.

19:00 Berliner Frühling 90 Frühlingsauflauf im Mauerstreifen,wider dem Packeis;besetzt das Leben !
Auf dem Mauerstreifen sollen Zeltstädte und Hüttendörfer entstehen,Volxküchen,Bewaldungsmaßnahmen,Theater...
Alle sollen aktiv werden,auch Obdachlose,Armeeflüchtlinge..
Treff: Lottumstr. 10a O-Bln U-BHF Rosenthalerplatz
mehr INFOS in Ordner

19:00 Justizstaatssekretär zum Anfassen (Flügge) in einer Veranstaltung der AL mit dem Thema "Offener Vollzug als Regelvollzug, wann Fallen auch diese Mauern?" in der Ölberggemeinde, Lausitzerstr. 30, 1/36 **(der bunte Kiez will einen bunten Empfang für ihren Gast vorbereiten)**

20:00 Wirtschaftsreform in der DDR - Aspekt des Geldes Veranstaltung des Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz mit Dr. Ulrich "Heini" Busch. Zeughofstr. 20 1/36

20:30 Filme mit Liedern von Ernst Busch (Spanien 1936-39 und Berlin 1945) in der Antifa-Kneipe, Falckenstein Str. 46, 1/36

jeden Mittwoch

16.00-19.00 MieterInnencafé in der Lunte, Weisestr. 5
17.00 "Strafvollzug in der BRD und Westberlin", Autonomes Seminar in der Rostlaube,Habelschwerdter Allee 45, Raum JK 25/219.
19.00 - 21.00 Autonome AlkoholikerInnen Selbsthilfe, Beratung im Heilehaus, Waldemarstr. 36
19.00-24.00 Cafe des Autonomen Begegnungszentrum "Kirche von unten", Elisabethkirchstr. 21/Invalidenstraße, Berlin, Hauptstadt der DDR.

Keine verzweifelten Einzelaktionen dei der VOBO ,deshalb Treff :19h Blauer Salon im Mehringhof

Donnerstag, 15.2.

15:30 Keine Räumung der Remise Danckelmannstr.51a 2.Hof
Übergabe der unterschriftensammlung in der BVV
Treff: Rathaus charlottenburg Haupteingang

LESBerlin lesbisch-feministisches Infozentrum & Treffpunkt Kohlfurterstr. 40,Tel 614 9498

UNI TERMIN jeden Tag,Mo-Fr 10-18h kreatives CAFE in der Ihnestr.22 im Keller

berliner frühling '90

frühlingsauflauf im mauerstreifen

um was es geht

wieder einmal wollen politiker über unsere köpfe hinweg die zukunft dieser stadt bestimmen. parteivertreter aller art streiten sich um konzepte wie "europäisches handels- und dienstleistungszentrum" oder modelle einer neuen gesamtdeutschen hauptstadt. daß die bedürfnisse und interessen der mehrzahl der bewohnerInnen dabei unter den (runden) tisch fallen zeichnet sich immer mehr ab:

- **die mieten sollen dem niveau westdeutscher großstädte angepaßt werden. spekulativer leerstand von wohnraum wird wieder interessant während über neue prestigebauten geredet wird.**
- **der ausverkauf wertvoller freiflächen steht an und der bau von neuen stadtautobahnen, sowie eines weiteren großflughafens verschlechtern die umweltbedingungen, während noch nicht einmal die beseitigung der wohlstands-müllberge gesichert ist, die unser trinkwasser vergiften.**
- **tausende mitbürgerInnen aus anderen ländern sind von abschiebung bedroht und noch mehr von der beteiligung an vielen bereichen des öffentlichen lebens ausgeschlossen.**
- **der entmilitarisierte Status berlins wird weiter untergraben, und die rede ist von einer vereinigung beider deutscher armeen (unter nato-oberbefehl) statt konsequente abrüstungsschritte zu verfolgen. auch besatzungsstreitkräfte bestehen weiter in vollem umfang.**

wir schlagen deshalb für den aufkommenden frühling einen auflauf im mauerstreifen vor. diese weltweit einmalige innerstädtische freifläche ist deabei unternehmern und technokraten zum opfer zu fallen: ca. 1.000 000 m² stadtlandschaft, die wir jetzt noch retten können, wenn wir gemeinsam handeln.

WIDER DEM PACKEIS

BESETZT DAS LEBEN!

wie soll das konkret aussehen

wir stellen uns vor, daß zum auflauf tausende von menschen den todesstreifen wiederbeleben. in provisorischen ***zeltstädten*** und ***hüttendörfern*** finden obdachlose und armeeflüchtige unterkunft (solange bis billiger wohnraum für alle und die entmilitarisierung garantiert sind). erste ***bewaldungsmaßnahmen*** finden statt. ***bühnen*** werden errichtet und ***kultur*** von unten sorgt dafür, daß es hoch her geht. ***volksküchen*** versorgen die besucher möglichst chemie- und abfallfrei. offene ***diskussionsgruppen*** bilden sich und es wird über die zukunft dieser stadt geredet; z.B. darüber, wie wir

- **dauerhaft bezahlbare mieten erreichen und den leerstand von wohnraum effektiv beseitigen,**
- **die ökologische situation der stadt verbessern und das stadtgrün gegen bauinteressen verteidigen,**
- **weitere abschiebung von mitbürgerInnen verhindern und die politische und soziale gleichstellung aller bewohnerInnen verwirklichen,**
- **die entmilitarisierung erreichen und militäranlagen einer zivilen nutzung zuführen.**

politiker haben kein rederecht. das genaue wann, wo und wie wird sich bis dahin finden, wenn genügend menschen sich dafür ein- bzw. zusammensetzen ...

treffen: 14.2.'90 19.00 Uhr Lottumstr. 10a (OSTBERLIN) U-BHF Rosenthalerplatz

initiative gegen frühjahrsmüdigkeit, c/o umweltbibliothek, griebenowstr., berlin-prenzlauer berg - café schlüpber, waldemarstr. 36, berlin-kreuzberg